

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION

GEGEN



NAZIS

GEFAHR FASCHISMUS?

die internationale

International

Die internationale Lage, Internationales Komitee der IV. Internationale..... 3

Covid-19-Pandemie

Pandemie-Bekämpfung: Erfahrungen in Asien und Europa, Frank Prouhet und Pierre Rousset..... 13

Ökonomie

Die schwarze Null, Paul B. Kleiser..... 20

Demokratische Planwirtschaft – mehr als ein frommer Wunsch? Paul Michel..... 26

Die Gesamtinteressen der bürgerlichen Klasse stehen gegen eine Patentfreigabe, Jakob Schäfer..... 32

Rezension

„Die Selbstgerechten“: Sahra Wagenknechts sozialdemokratische Kampfschrift gegen den „Linksliberalismus“, Friedrich Voßkuhler..... 35

inprekorr

Faschismus

Noch immer aktuell, Ugo Palheta..... 39

Ist der Faschismus eine aktuelle Gefahr? Alain Bihr..... 44

Rechtspopulismus

Gauland und Konsorten, Paul B. Kleiser..... 48

Rechter Terror

„Hasskrieger“ – gedüngter Terror der „Einzeltäter“, Horst Ferdinand..... 53

Kosovo

Eine historische Wende, Catherine Samary..... 57

Nachruf

Nachruf SAID und Nachruf Nina Gladitz, Paul B. Kleiser..... 62

letzte Seite

Internationaler Aufruf: Schluss mit dem System der privaten Patente..... 64

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (bfs/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:
Wilfried Dubois, Jochen Herzog,
Paul B. Kleiser, Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis (V.i.S.d.P.)

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 40,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Konto:
Neuer Kurs GmbH, Köln
Postbank Frankfurt
IBAN: DE97 5001 0060 0036 5846 04
BIC: PBNKDEFF

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:
die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln,
iso@intersoz.org
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
https://sozialismus.ch/

DIE INTERNATIONALE LAGE

Bericht des Internationalen Komitees der IV. Internationale

Im vergangenen Jahr wurde die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Lage sehr stark durch die Covid-19-Pandemie geprägt.

1. Einleitung

Die Krankheit wirkt sich weltweit aus und hat – mit Datum Ende März 2021 – bereits 128 Millionen Menschen infiziert; 2020 sind daran 1,8 Mio., bis Ende März 2021 2,7 Mio. gestorben. Dies stellt eine höhere Todesrate dar als die Infektionskrankheiten der vergangenen 15 Jahre, etwa HIV (1,7 Mio. 2004), Hepatitis B und C (1,3 Mio. 2015) oder TBC (1,4 Mio. 2019).

Covid-19 hat auf der ganzen Welt weitreichende Auswirkungen auf die Gesundheit gehabt und auch die Motoren der Weltwirtschaft getroffen; es hat die ihr zugrunde liegenden Produktionsketten in Mitleidenschaft gezogen. Die Pandemie verschärft die multidimensionale Krise des kapitalistischen Systems und eröffnete ein Zusammenwirken langfristiger Phänomene, die sich auf relativ autonome Weise entwickelt haben und nun mit der Pandemie auf explosive Weise zusammenkommen: Die ökologische Krise, die Schuldenkrise, die Legitimationskrise eines Großteils der Regierungsinstitutionen in Nord und Süd des Planeten sowohl auf nationaler wie internationaler Ebene, sowie der geopolitische Kampf um die Hegemonie zwischen dem US-amerikanischen Imperialismus und der VR China. Diese Prozesse zeigen und durchdringen sich und verändern die aus den 1990er Jahren stammende Weltordnung, wie sie durch das Ende des Ostblocks, den Zusammenbruch der UdSSR und die Restauration des Kapitalismus in diesem Teil der Welt und in China charakterisiert ist. Zweifelsfrei handelt es sich um eine historische Wegga-

belung und eine große Herausforderung für alle politisch Handelnden.

2. Die ökologische Herausforderung

Trotz aller in den letzten Jahren erfolgten Konferenzen und internationalen Abkommen schreiten die Prozesse der Verwüstung der Bedingungen, die das Leben auf unserem Planeten möglich machen, die beschleunigte Reduzierung der Artenvielfalt, die Dynamik der Entwaldung, der Verschmutzung der Luft, des Wassers und der Böden, die Überfischung und die Aussaat transgener Monokulturen ungebremst voran. Es bleibt sehr wenig Zeit, um nicht nur katastrophale, sondern irreversible Veränderungen zu verhindern.

Insgesamt wurden keine radikalen Änderungen in Produktion und Konsum vorgenommen, und die tiefgreifenden Ungleichheiten beim Zugang zu Gemeinschaftsgütern auf dem Planeten haben sich verschärft. Der kapitalistische Wettbewerb um kurzfristigen und maximalen Profit hat nach wie vor Vorrang vor den Lebensinteressen der Menschen. Obwohl die Emissionen 2020 niedriger waren als 2019, sind sie dennoch weit höher als was die Senken (Erde und Meer) aufnehmen können. Man schätzt, dass etwa 45 % der Emissionen in der Atmosphäre landen. Die Grenzen des Pariser Abkommens (maximale Temperaturerhöhung um 1,5 Grad) sind weiterhin bedroht und können in den 2030er Jahren nur bei einem grundlegendem Umbau der Weltwirtschaft und des Stoffwechsels zwischen menschlicher Gesellschaft und dem Planeten erreicht werden.

3. Der Kapitalismus im Übergang: Plattformen und Überwachung

Hinzu kommen noch die technologischen Veränderungen, die noch viel tiefer gehende Änderungen in der

Organisation der Produktionsketten und der Arbeitsbeziehungen – die immer digitaler und prekärer werden – mit sich bringen. Einige nennen das Plattform- oder Überwachungskapitalismus.

Im Grunde werden diese Umbauten auf Weltebene von den wichtigsten kapitalistischen Mächten und Konzernen gelenkt, ausgerichtet und kontrolliert. Sie finden außerhalb der demokratischen Kontrolle der Bevölkerung und im Wesentlichen ohne öffentliche Debatte statt. Drei technologische Bereiche stellen heute die größte Bedrohung des menschlichen Lebens dar:

- 1** Die Militärtechnologie mit einer neuen Generation von taktischen Atomwaffen, die ihren Einsatz wahrscheinlicher machen, sowie Drohnen, die selbständig entscheiden können, wann und wen sie töten;
- 2** Die Gentechnik, die durch Manipulierung und Aneignung von Leben so wie die Privatisierung des Saatguts Teil des weltweiten kulturellen Krieges gegen die Bauern und die menschliche Ernährung ist;
- 3** Die kapitalistischen Überwachungstechniken, im Vergleich zu denen die Orwell'sche Dystopie von 1984 als Kinderkram erscheint. Mit der Pandemie beschleunigt sich die Anwendung dieser Überwachungstechniken.

Die digitale Überwachung mit Hilfe von Handys, die örtliche Lokalisierung und Nachverfolgung, die Gesichtserkennung mit Hilfe von thermischen Scannern, die Überwachung ganzer Stadtteile mit Hilfe von Drohnen, die Verbreitung privater Überwachungsgesellschaften haben sich bereits seit dem 11. September 2001 massiv ausgeweitet. Die Nachverfolgung des Virus wird als Vorwand genommen, um die Überwachungssysteme, die die demokratischen Freiheiten bedrohen, zu verbreitern.

4. Die Änderung der Hegemonie und der Konflikt zwischen den USA und China

Wir leben in einer immer stärker militarisierten Welt. Die USA als imperialistische Macht sehen sich in ihrer weltweiten Hegemonie, besonders in wirtschaftlicher Hinsicht, immer stärkerer Konkurrenz ausgesetzt. Sie sehen in China die aufsteigende Supermacht, die ihre Überlegenheit bedroht. Aus diesem Grund nehmen sie gegenüber China und Russland immer aggressivere Haltungen an.

Schritte in diese Richtung erfolgen in der intensiven technologischen Konkurrenz, in einem spannungsgeladenen Handelskrieg, in einer bezeichnenden Umorientierung der Militärdoktrin des Pentagons, im Krieg gegen den Terrorismus der Präsidentschaften Bush und Oba-

ma mit ihrer militärischen Schwerpunktsetzung. Diese geopolitischen Umorientierungen können nur schwerlich friedlich bleiben. Am Horizont taucht erneut die Drohung eines nuklearen Konfliktes auf.

Gleichzeitig sichern Xi Jinping in China und Putin in Russland ihre Macht immer stärker ab, indem sie jede innere Opposition stilllegen als auch ihre Herrschaft in Randgebieten (Krim, Hong Kong, dem uigurischen Xinjiang) absichern. Außerdem versuchen sie, ihre militärische Einflussphäre auszuweiten (Syrien bei Putin, das Chinesische Meer und das Horn von Afrika bei Xi Jinping). Gleichzeitig hat die VR China ihre Position 2020 in der Pandemie stärken können. China hat sein Produktionssystem im Wesentlichen wieder hochgefahren und seine Exportfähigkeiten wesentlich verbessert. Mit dem Warenexport, aber auch seiner materiellen und medizinischen Hilfe, und zuletzt der Lieferung von Impfstoffen, machte China einen Sprung nach vorn in seinem Einfluss in Asien, Lateinamerika und vor allem in Afrika. In Asien versucht China, die „indo-pazifische Strategie“ von Trump und dessen militärische Manöver zu konterkarieren; dazu startete es die regionale Wirtschaftspartnerschaft (RCEP) mit vierzehn asiatischen Ländern; außerdem baut es seine Marine aus.

Die Schwächen und Widersprüche der Europäischen Union wurden durch die Covid-19-Pandemie brutal aufgezeigt, die die EU heftig getroffen hat (im Februar wurde die Schwelle von 500 000 Toten überschritten). Das Ausmaß der Krise, besonders im Süden, hat eine Reihe von in den Verträgen beinhaltenen Verboten gesprengt (im Hinblick auf die Politik der EZB, aber auch den Formen der Solidarität). Trotzdem kamen die Konflikte zwischen den Mitgliedsstaaten im Hinblick auf die Kompetenzen (Steuern, Gesundheit) wieder aufs Tapet. (Was ist Aufgabe der „Gemeinschaft“, der Einzelstaaten oder zwischenstaatlicher Absprachen?) Das erste Jahr der Pandemie hat also die Unfähigkeit der EU gezeigt, ihre wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen einzusetzen, um eine gemeinsame Politik des Schutzes der Bevölkerung vor der Pandemie zu entwickeln. Der Aufkauf von 1,85 Mrd. Schulden durch die EZB im Rahmen des Sofortprogramms gegen die Pandemie und die 750 Mrd. Euro als Instrument zum Wiederaufbau „Next Generation EU“ (eine Erhöhung des jährlichen Haushalts der EU um 14 Mrd.) werden ausschließlich zur Stützung der Banken und der Großkonzerne in einem Kontext eingesetzt, in dem der Wiederaufschwung der Exporte schwach ausfällt und auch der Konsum wegen der Verarmung der einfachen Bevölkerung schwächelt.

Außerdem werden die Hilfen der EU und die Kredite „Next Generation EU“ nur für nationale Pläne vergeben, die den neoliberalen Vorgaben der EU entsprechen. Wir erleben eine weitere Phase der Legitimationskrise der EU, denn die Pandemie stellt klar die Frage: „Wer soll für die Krise bezahlen?“ Dies zeigt die Unwirksamkeit und Ungerechtigkeit der gegenwärtigen Verträge angesichts der dringenden Bedürfnisse einer egalitären und solidarischen Gemeinschaft der Völker Europas und der übrigen Erde, die vom gleichen Unglück getroffen sind.

5. Die innerkapitalistischen Widersprüche auf Weltebene

Das neoliberale Projekt war eine kosmopolitische Utopie, ein Phantasma, aber mit dem Versprechen, dass in Zukunft Etatismus und Bürokratismus abgebaut würden; dadurch wurden die sozialen Zerstörungen verdeckt. Ganze Sektoren des Kapitalismus wie die Finanzbourgeoisie oder das Silicon Valley wurden zu Helden der Trilogie der liberalen Moderne: produzieren, konsumieren und sich bereichern.

Diese neoliberale Utopie verhüllte die unsozialen und antidemokratischen Umbauten der weltweiten – radikalen und globalisierten – Kommerzialisierung der 1990er Jahre, die die Logik der Konkurrenz, der Privatisierungen und des Unternehmergeistes auf alle Bereiche der Gesellschaft ausdehnte. Die neoliberale Utopie versuchte zu verstecken, dass die Anwendung neuer Technologien im Rahmen des globalisierten Kapitalismus heute die Tendenz besitzt, einen Großteil der bestehenden Arbeitswelt zu zerstören und somit Milliarden Opfer schafft. Dass diese negativen Konsequenzen für die gesellschaftliche Ordnung über Jahrzehnte ausgeblendet wurden, liegt eben an der Fähigkeit zur Hegemonie dieses globalisierten Projektes.

Wir haben gesehen, dass die neoliberale Offensive zahlreiche und unterschiedliche neoliberale Offensiven inspiriert hat: Reagan und Thatcher, aber auch Clinton, Fernando Henrique Cardoso und Tony Blair, sodann Bush und Lula, und heute Pedro Sanchez in Spanien, Angela Merkel in Deutschland, Joe Biden in den USA und sogar Xi Jinping in der VR China. Eben weil es jenen weltweiten Horizont gibt, konnte der Neoliberalismus – mit noch größerer Kraft als der antidemokratische Liberalismus des 19. Jahrhunderts – die alte Linke zerstören. Nach ihrem Verrat am Internationalismus am Vorabend des Ersten Weltkriegs ist die Sozialdemokratie zu einem Instrument kapitalistischer und imperialistischer Herrschaft geworden; später haben die stalinistischen bürokratischen Diktaturen, und dann die kapitalistische Restauration die brutalen

Formen des Zwangs und der Ausbeutung fortgesetzt; in jüngerer Zeit haben die „fortschrittlichen“ lateinamerikanischen Regime zu Beginn des 21. Jahrhunderts den kapitalistischen Rahmen nicht überschritten und haben ein Entwicklungsmodell vertieft, das auf Exporten, Ausbeutung der natürlichen Rohstoffe und einer Politik niedriger Löhne beruhte, um wettbewerbsfähig zu bleiben – auch wenn sie in den ersten Jahren eine Politik der „Unterstützungszahlungen“ praktiziert haben, die die Armut reduziert hat.

Da sie keine Selbstmordabsichten hegen, flirtet mehrere globalisierte Sektoren (auf ungleiche Weise) seit vier Jahrzehnten mit einem Diskurs dauerhafter Entwicklung oder des „grünen Kapitalismus“, ohne jedoch die Fahne des effizienten ökologischen Übergangs aufgreifen zu wollen, der – wie man weiß – einen gigantischen Kapitaleinsatz erfordert und zu großen Konflikten führen würde. Angesichts der Schwächen der linken Alternativen – die heute feministisch, antirassistisch und ökologisch sein müssen, um effizient und dynamisch zu wirken – wurde die Globalisierungskritik teilweise von konservativen, nationalistischen (oder traditionalistischen) politischen Projekten vereinnahmt. Diese sind im Allgemeinen fremdenfeindlich, rassistisch und suprematistisch, sowie neofaschistisch oder postfaschistisch. Sie versuchen, die Frustrationen und Revolten der einfachen Bevölkerung wegen des Sozialabbaus auf Sündenböcke zu lenken, wohingegen die „Globalisten“ sich als „Modernisierer“ ausgeben und auf Unterstützung bei den feministischen Strömungen, den LGBTQ und den Antirassisten aus sind.

Wenn aber linke Persönlichkeiten oder politische Kräfte gegen die vieldimensionale kapitalistische Krise radikale Lösungen vorschlagen oder konkrete Lösungen im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit und Förderung der Gemeingüter vorschlagen, lässt sich feststellen, dass diese Vorschläge in der einfachen und unterdrückten Bevölkerung auf ein breites Echo stoßen, gleich ob wir von Bernie Sanders, Alexandria Ocasio-Cortez oder der Squad¹ in den USA 2019/Anfang 2020 sprechen, oder von Jeremy Corbyn und dem „Labour Manifesto“ 2017/18 in Großbritannien, von Syriza 2010 und Anfang 2015 in Griechenland, von Podemos nach seiner Gründung 2014 in Spanien. Das Problem liegt dann in der fehlenden Kohärenz und/oder der Wende hin zur Anpassung ans System.

Die „globalisierten“ Alternativen zeigen immer stärker ihren antidemokratischen Charakter in Verbindung mit radikalen Angriffen auf den Sozialstaat. Parallel dazu sind die rechtsradikalen Alternativen nur „universalistisch“ in

dem Sinne, dass ihre Achse weltweit die *Fremdenfeindlichkeit*, besonders die Islamfeindlichkeit ist. Die Hasspolitiken nehmen im 21. Jahrhundert nicht mehr nur die Form der Verteidigung einer bedrohten Gemeinschaft an, sondern sind auch Ausdruck der Angst, wie sie mit dem Sozialdarwinismus und dem Machtwillen verbunden sind, wie jede Revolte gegen das universalistische Projekt sie hervorbringt. Die konservativen Nationalismen haben heute eine große Bandbreite an Formen und stellen eine Revolte gegen die Globalisierung, ja gegen die Moderne dar. Ihr immer ökologiefeindlicherer und misogyner Charakter wird von globalisierungsfreundlichen Strömungen benutzt, um sich als Vertreter*innen des Kampfes der Zivilisation gegen die Barbarei darzustellen, während sie selbst wesentliche Akteure der Zerstörungen sozialer und von Umwelt-Errungenschaften sind. Es ist daher die Aufgabe (wirklich) antikapitalistischer und gegen das System kämpfender Alternativen in ihrem Kampf gegen die Pandemie und die damit verbundenen Krisen, eine Alternative der Sorge, der Rechte und des Lebens gegen die verschiedenen Formen der Barbarei anzubieten.

6. Trumps Niederlage – ein großer Rückschlag für die Rechtsradikalen

Das Wahlergebnis in den USA (die weiterhin der führende Imperialismus des Westens sind), in dem die Verzerrungen des Wahlsystems und die 70 Millionen Stimmen für Trump weiterhin Gewicht haben, stellt einen schweren Rückschlag für das konservative, traditionalistische und faschistische Projekt der Ultrarechten auf der Welt dar. Es löscht aber die allgemeinen Entwicklungstendenzen diese extremen Rechten nicht aus.

Trotz der von der Pandemie verursachten Beschränkungen scheint die Wahlbeteiligung im November in den USA die höchste seit 2008 gewesen zu sein. Diese starke Wahlbeteiligung war das Ergebnis der Polarisierung, wie sie in den antirassistischen Mobilisierungen und den demokratischen Kämpfen von hunderttausenden Menschen ihren Ausdruck gefunden haben. Das machte es für Trump schwierig, das Wahlergebnis anzufechten und eröffnete den Weg für die Amtseinsetzung von Joe Biden. Trump Niederlage bringt den weltweiten Elan des Autoritarismus durcheinander, wie er sich in Polen, Ungarn, der Türkei, Indien, den Philippinen, Nicaragua, Ägypten, Brasilien, Birma usw. zeigt.

Trump und der Trumpismus (wie auch Bolsonaro, Modi, Duterte usw.) gehören zu einer breiteren Tendenz, in der sich neue Formen des Autoritarismus und aus dem Mittelalter stammender uralter und wissenschaftsfeindli-

cher, gegen die Aufklärung gerichteter Verschwörungserzählungen in vielen Ländern ausbreiten. Sie drückt das Misstrauen breiter Schichten gegen die bestehenden Institutionen aus und sie werden von Kräften der extremen Rechten ermutigt und manipuliert. Wenn es keine Massenmobilisierungen und Siege der fortschrittlichen Kräfte gibt, könnten sich diese Ideen weiter ausbreiten. Unsere Aufgabe ist es, diese Kräfte mit allen Mitteln zu isolieren, sie zu bekämpfen und sie anzuprangern, denn sie eröffnen den Weg zu einem extremen Autoritarismus.

Es ist offensichtlich, dass die Regierung Biden – wie die Obama-Regierung (2009–2017) versuchen wird, die internationalen Beziehungen – vor allem zu Europa – zu normalisieren und die Fortschritte Chinas einzugrenzen, indem sie eine Politik zur Begrenzung des Niedergangs der USA durchführt. Aber die Rechte, die sich zu den Wahlen um die Republikaner herum stark mobilisiert hat, wird sehr mächtig bleiben, während es die Aufgabe der sozialen Bewegungen ist, ihre eigenen Aktionen zu verstärken.

7. Wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Auswirkungen der Pandemie

Massiver Rückgang der Wirtschaftstätigkeit

Die Pandemie und die zu ihrer Bekämpfung ergriffenen Maßnahmen haben eine tiefe Wirtschaftskrise ausgelöst, wobei die Wirtschaft sich noch nicht völlig von der Krise 2008 erholt hatte. Es ergab sich immer deutlicher eine Hegemonie der großen Informatikgesellschaften – der GAFAM. Auf offensichtlich widersprüchliche Weise hat die wirtschaftliche Rezession zu einer Finanzblase geführt, vor allem in den USA, der EU und Japan. Doch die Börsengewinne und die der anderen Finanzmärkte können die Tatsache nicht verbergen, dass wir uns in der längsten der depressiven Wellen des internationalen Kapitalismus befinden. So führt die Pandemie zu tiefen Erschütterungen in den Wertschöpfungsketten, was wiederum zu einem Sinken der Kapitalrentabilität führt – abgesehen von den Sektoren, die direkt von der Pandemie profitieren, darunter die Kommunikationsgiganten, der elektronische Kommerz und die Pharmakonzerne.

Das Absinken der Wirtschaftstätigkeit führte 2020 zu einem Rückgang des weltweiten BIP um etwa fünf Prozent, dem größten Rückgang seit der Großen Depression; er war fünfmal stärker als in der Krise 2008/09. Die gegenwärtige Krise weist auch die Besonderheit auf, dass sie weltweit synchron auftritt, was durch die Synchronität der Wertschöpfungsketten verstärkt wird. Es ist für diese

oder jene Region bzw. das eine oder andere Land nicht mehr möglich, sich völlig von den Tendenzen der zentralen Wirtschaften abzukoppeln. Und dieses Element hat 2020 zum allgemeinen Rückgang der Produktion und der Preise der Rohstoffe beigetragen – auch wenn die Unterschiede in Mengen und Intensität zwischen den Kontinenten und den Ländern bestehen bleiben.

Nur die VR China konnte ihr Wirtschaftswachstum beibehalten, wenn auch in geringerem Umfang als in den beiden zurückliegenden Jahrzehnten (+2,3 %). Die US-Wirtschaft ist hingegen um 3,5 % geschrumpft, die Japans um 4,8 %, die der Euro-Zone um 6,8 %, die des Vereinigten Königreichs um 7,8 %, die Indiens um 8 %, die Mexikos um 8,5 %, die Brasiliens um 4,1 %, die Russlands um 3,1 % und die der Länder mit „geringen Einnahmen“ um 1,2 %.

Obleich für 2021 ein gewisser Aufschwung erwartet wird, werden die USA und Europa in den kommenden Jahren nur ein schwaches Wachstum bekommen, was zu einer Zunahme der Ungleichheiten und der Armut führen wird. Das trifft umso mehr zu, als der Rückgang der Gewinnmargen die Kapitalisten und Regierungen dazu bringen wird, den Druck auf die Beschäftigung und die Löhne zu erhöhen und zu einer Austeritätspolitik zu greifen.

Zunahme der Ungleichheit und der Armut

Die Wirtschafts- und Gesundheitskrise führen zu Armut (unter 1,9 US-Dollar pro Tag). Laut Weltbank wird das 2021 hundertfünfzig Millionen Menschen zusätzlich betreffen (die zu den 2,8 Mrd. hinzukommen, die sich ohnehin in Armut befinden; insgesamt 36 % der Weltbevölkerung). Von den zwei Milliarden im informellen Sektor Arbeitenden wurden 80 % heftig von der Pandemie betroffen.

Während die reichsten Länder für ihre Bevölkerung Impfstoffe bunkern – und sich weigern, die Regeln zum Schutz von Patenten der Pharmazieunternehmen aufzuweichen, obwohl die Impfstoffe mittels massiver öffentlicher Zuschüsse entwickelt wurden – werden viele Länder im Süden vor 2022 laut Schätzungen der People's Vaccine Alliance keinen wirklichen Zugang zu Impfungen haben.

So zeigen sich in der Pandemie mit großer Brutalität die Ungleichheiten beim Zugang zu gesundheitlichen Dienstleistungen, Medikamenten, Wasser, Nahrung und geeignetem Wohnraum. Die vom Virus am meisten heimgesuchten Bevölkerungen und die mit komplettem oder partiellem Lockdown leben unter den prekärsten Bedingungen (in Zonen, in denen der Zugang zu öffentlichen Gesundheitsdiensten selten oder fast inexistent ist). Dort ist wegen der

schlechten Gesundheit und Ernährung die Sterblichkeit oft höher. Diese Menschen mussten oft bereits den Verlust ihres Arbeitsplatzes oder von Ressourcen erleiden.

In den meisten Ländern ist die Gewalt der Covid-19-Pandemie das Ergebnis von jahrelanger Reduzierung der Gesundheits- und der Sozialausgaben. Im Allgemeinen hat die Pandemie die in der kapitalistischen Gesellschaft herrschende Gewalt gesteigert, die Diskriminierung, die Gewalt gegen Frauen, den Rassismus, die prekären Lebensverhältnisse, die Verschlechterung der ohnehin unzureichenden Transport- und Wohnungssituation, ja auch die Versorgung mit Lebensmitteln.

Wachsende öffentliche Verschuldung und die Politik der Zentralbanken

Die wichtigsten Zentralbanken (FED, EZB, Bank von England, Bank von Japan und Bank von China) haben auf dieselbe Weise reagiert. Sie haben Milliarden von Dollars oder Euros in die Wirtschaft gepumpt, um die Preise der Finanzaktiva (Aktien und öffentliche oder private Anleihen) zu stützen, um Pleiten oder massive Verluste des reichsten Prozents (dessen Vermögen so schwer wiegt, wie das der „restlichen“ 99 Prozent) zu verhindern. Das ist in diesem Umfang neu in der Geschichte des Kapitalismus und übertrifft bei weitem das Geschehen von 2008.

Alle Regierungen haben vorübergehend ihr Ziel einer Reduzierung der Budgetdefizite aufgegeben. Aber bis heute wurden keine Maßnahmen ergriffen, um die höchsten Vermögen und Einkünfte höher zu besteuern; keine Sondersteuern für die Krisengewinnler (Big Pharma, Amazon, Google usw.) wurden beschlossen.

Die massive Erhöhung der öffentlichen Verschuldung wird in den kommenden Jahren dazu hergenommen werden, mit den neoliberalen „Reformen“ der Gesundheitsdienste, des Arbeitsrechts, der Privatisierungen und der Angriffe gegen öffentliche Dienstleistungen weiterzumachen. Es ist entscheidend, den Einsatz der öffentlichen Schulden zugunsten der Großunternehmen zu kritisieren und die Streichung der illegitimen öffentlichen Schulden zu verlangen, indem man mit der Einstellung der Zahlungen beginnt.

Vorwand für autoritäre Maßnahmen des Staates

In vielen Ländern wurden 2020 autoritäre Maßnahmen verfügt, Notstandsmaßnahmen oder Ausgangssperren, ohne die – dank neuer Technologien – großen „Fortschritte“ in der Kontrolle der Bevölkerung zu vergessen. Zig Regierungen haben im Namen des Gesundheitsschut-

zes ein Maximum an Notstandsmaßnahmen verfügt. Für die reaktionärsten unter ihnen war die Pandemie eine Gelegenheit, ihren Zugriff auf die institutionellen Mechanismen zu verstärken und den Regierungen oder ihren Präsidenten außergewöhnliche Vollmachten zu verschaffen. Damit wollten sie die Legislative oder Judikative, vor allem aber die Zivilgesellschaft und die Freiheitsrechte weiter schwächen.

Diese Maßnahmen wurden oft von autoritären Regierungen getroffen – in Brasilien, Indien, den Philippinen, Polen, der Türkei, Ägypten oder Israel –, mit all den Unterschieden im Anteil rechtsradikaler Kräfte in den verschiedenen Ländern.

Auf den Philippinen hat der Kampf gegen die Pandemie mit Dutertes Befehl, auf diejenigen, die die Ausgangssperren nicht beachten, „zu schießen, um sie zu töten“ den Druck von Polizei und Armee erhöht; Duterte hat die Presse angegriffen und mit der Wiedereinführung des Ausnahmezustandes gedroht. Viele Länder haben von der Pandemie profitiert, um ihr gesetzliches Arsenal zu schärfen, das die demokratischen Rechte und individuellen Freiheiten einschränkt. So wie Duterte hat auch Orban ein Gesetz durchgepeitscht, das ihm große Machtvollkommenheit sichert; außerdem hat er die Pressefreiheit angegriffen. In Myanmar hat die birmanische Armee am 1. Februar 2021 zur Stärkung ihrer Macht einen Staatsstreich organisiert, „einen präventiven Putsch“, weil die Lage unkontrollierbar geworden war. Angesichts einer außergewöhnlichen Widerstandsbereitschaft der Bevölkerung hat die Armee systematisch Feuerwaffen eingesetzt und binnen zwei Monaten über 500 Demonstrant*innen getötet.

In Polen hat die Regierung die direkte Kontrolle über den wichtigsten Sender übernommen. Putin hat die Verfassung ändern lassen, um bis 2036 Präsident bleiben zu können. In einem Dutzend Länder überall auf der Welt haben Notstandsgesetze die Presse daran gehindert, ihre Kritik an den Pandemie-Maßnahmen der Regierung zu äußern; hunderte Journalist*innen wurden verfolgt und eingesperrt. Viele angeblich demokratische Regierungen haben zu Sicherheitsmaßnahmen gegriffen und neue, undemokratische Verfügungen erlassen, die zu den bereits im Kampf gegen Terrorismus oder Drogenhandel verfügbaren noch hinzukamen.

8. Die Pandemie und der Klimawandel: Neuen gesellschaftlichen Katastrophen entgegen

Bei Covid-19 handelt es sich wie auch schon bei früheren viralen Erkrankungen um eine Zoonose. Es ist absehbar,

dass die Gründe, die zum Überspringen des Virus auf den Menschen geführt haben, auch in Zukunft wirken werden. Außerdem werden sich die Auswirkungen des Klimawandels in den kommenden Jahren verschärfen, was für viele Bevölkerungen katastrophale Auswirkungen haben wird.

Allein zwischen 1980 und 2000 wurden in Lateinamerika, Asien und Afrika 100 Mio. Hektar Wald zerstört. Die Feuchtzonen, die sich bereits seit Beginn des 20. Jahrhunderts im Rückgang befinden und von denen eine Milliarde Menschen in ihrer Subsistenz abhängt, haben zwischen 1970 und 2015 um 35 % abgenommen. Diese Veränderungen bewirken eine Verschiebung des Lebensraums von wildlebenden Tieren, die pathogene Viren in sich tragen, die vorher vom Menschen getrennt waren – sie kommen in Kontakt mit ländlichen Bevölkerungen und tragen zur Entwicklung von Zoonosen bei.

Abgesehen von den Schäden durch Entwaldung verändert der Klimawandel wegen des Wassermangels und extremer Wetterereignisse unsere natürliche Umwelt und bringt die Ökosysteme durcheinander. Er begünstigt somit – zusammen mit dem Anwachsen der Mobilität vieler Menschen und Waren und dem Wechsel im Gebrauch der Böden – das Entstehen neuer Epidemien. Pathogene Viren tragende Mücken [Stechmücken] bewegen sich in Richtung der früher gemäßigten Zonen. Dies gilt auch für die Zecken, die Borreliose verbreiten. Bis zum Jahr 2100 könnten 70 Prozent der Gebiete des Permafrostes verschwunden sein. Abgesehen von der massiven Freisetzung von Methan würde dieses Verschwinden vielen Viren und Bakterien ermöglichen, in die pflanzlichen und tierischen Kreisläufe einzudringen.

Die Globalisierung verstärkt die Risiken von ökologischen Katastrophen oder Zoonosen und ihre schnelle Verbreitung über den ganzen Planeten. Wir wissen, dass die Lebens- und Wohnverhältnisse der einfachen Bevölkerung und die starken Einschnitte bei den Sozialausgaben die Risiken von Epidemien für diese Klassen und die verwundbaren Teile der Bevölkerungen erhöhen, so für die Bauern und Bäuerinnen, die Migrant*innen, die vom Rassismus betroffenen Menschen und die autochthonen Völker.

9. Der Widerstand ist nicht eingeschlafen

Das Jahr 2019 war durch massive Aufstände in verschiedenen Regionen des Planeten gekennzeichnet, vor allem in Afrika (Sudan, Algerien und Libyen gegen die Diktaturen), im Vorderen Orient (Libanon, Irak und Iran), in Mittel- und Südamerika (Puerto Rico, Honduras, Costa

Rica, Panama, Haiti, Ecuador, Chile, Kolumbien und Bolivien) – aber auch in asiatischen Ländern wie Indonesien und Kasachstan, ja sogar auf dem kleinen Malta in Europa. Laut der französischen Internetzeitung *Mediapart* gab es in diesem Jahr Mobilisierungen in 32 Ländern. Im Allgemeinen handelt es sich um Kämpfe aus Gründen der Wirtschaft und der Demokratie.²

Wenn man die Protesthandlungen der Frauen in Lateinamerika und Europa und die weltweiten Mobilisierungen von jungen Leuten wegen des Klimawandels hinzufügt, außerdem den demokratischen Widerstand in Hong Kong und die sozialen Kämpfe in Frankreich, so befinden wir uns womöglich in einer Zeit der stärksten Mobilisierungen seit 1968. Diese Mobilisierungen zeigen das Entstehen einer fortschrittlichen Gegenmacht zum Post-2016-Szenario, als die Projekte der Rechten wegen des Brexits und wegen Donald Trump immer stärker wurden. 2019 gab es starke, gegen den Neoliberalismus gerichtete Bewegungen, die begannen, demokratische und antiautoritäre Kämpfe miteinander zu verbinden, und die bisweilen den tyrannischen Regimen Niederlagen beibrachten.

Die Pandemie hat gegenüber dieser Welle des Widerstandes eine Pause erforderlich gemacht. Doch gleichzeitig hat die Pandemie die verheerenden Konsequenzen der kapitalistischen Globalisierung, der Entwaldung, die desaströse Bilanz der Sozialpolitik, die Sackgassen der Regierungen, die den Profit des Kapitals dem Wohlergehen der Bevölkerung vorziehen, aufgezeigt. Die Pandemie hat auch die prekären Lebensbedingungen eines Großteils der Weltbevölkerung offenbart, die unter Ungleichheit und Diskriminierungen leidet, besonders die Frauen und die farbigen Arbeiter.

Daher haben die Kämpfe, die während der Pandemie entstanden sind – abgesehen von spezifischen Fragen wie die Sicherheit am Arbeitsplatz, die Polizeigewalt, die Erhöhung der Ausgaben für die Gesundheit und das Recht auf Abtreibung –, als gemeinsamen Nenner die demokratischen und antirassistischen Forderungen, die Ablehnung der korrupten Regime und der Eingrenzung der sozialen Rechte – als Fortsetzung der Welle, die schon früher begonnen hatte. Hinsichtlich dieser neuen Etappe sollten wir herausstreichen:

■ Die wichtigen Kämpfe der im Gesundheitsbereich und der Erziehung Arbeitenden in der ersten Welle im März/April 2020, als sie gegen die gefährlichen Arbeitsbedingungen protestierten. Die prekären Bedingungen in einigen Bereichen (Einzelhandel) haben ebenfalls zu Streiks

geführt, etwa bei Amazon oder in zahlreichen Nahrungsmittelfabriken in den USA.

■ Trotz der Ausbreitung der Pandemie gab es am 8. März 2020 massive Mobilisierungen von Frauen wegen Problemen, die auch in den vergangenen Jahren auf der Tagesordnung standen, so die Gewalt von Männern (Frauenmorde, Missbrauch und Übergriffe aller Art), die aber in den Lockdowns zugenommen haben. Frauengruppen haben Mobilisierungen zur Unterstützung stark von Frauen geprägter Bereiche sowie in Solidarität mit Bewegungen gegen Rassismus und Polizeigewalt durchgeführt. In Bewegungen gegen den Rassismus haben Frauen ebenfalls eine führende Rolle gespielt. Die Bewegung in Polen gegen die Einschränkungen des Rechtes auf Abtreibung hat sich zu einer Kampfansage für das undemokratische politische System ausgewachsen, das auf einem Kompromiss zwischen den Anhängern der Regierung und der Katholischen Kirche beruht. Zu Ende des Jahres hat die Bewegung in Argentinien neuerlich zugunsten parlamentarischer Maßnahmen zur Legalisierung der Abtreibung mobilisiert. Im Oktober haben in Namibia Demonstrationen gegen sexistische Gewalt und Frauenmorde die Straßen beherrscht.

■ Als die Einschränkungen der „ersten Welle“ von Covid-19 langsam wieder aufgehoben wurden, haben in den USA große Mobilisierungen der Black-Lives-Matter-Bewegung stattgefunden, die in weltweite Demonstrationen gegen Rassismus und Polizeigewalt eingemündet sind. Eine Bewegung zugunsten der Rechte von Migrant*innen und gegen Polizeigewalt, sodann gegen neue repressive Gesetze, hat sich in Frankreich entwickelt.

■ Im dritten Jahresviertel ist in Thailand eine breite demokratische Bewegung als Kampfansage an die Monarchie entstanden. In Weißrussland hat sich eine Massenbewegung entwickelt, die den Wahlbetrug bei der Wiederwahl des autoritären Präsidenten Lukaschenko angegriffen hat.

■ In Indien haben mehrere Mobilisierungswellen das Land durchzogen: Gegen die neoliberale und rassistische Politik der Regierung Modi, vor allem in Hinblick auf die Änderung des Bürgerschaftsgesetzes, hat am 26. November ein Generalstreik mit einer starken Mobilisierung der bäuerlichen Bevölkerung stattgefunden, der den Norden des Landes und die Hauptstadt Neu Delhi erschüttert hat. Die Bewegung ging über Monate und hat im Februar 2021 in einem Teilerfolg geendet.

■ In Griechenland ist es der Linken gelungen, am 7. Oktober 2020 ein ganz große antifaschistische Demonstration

zu organisieren, die im Verbot der Neonazipartei „Goldene Morgenröte“ als krimineller Vereinigung geendet hat. Im Februar und März 2021 fanden ebenfalls große Mobilisierungen unter starker Beteiligung von jungen Leuten gegen die repressiven Maßnahmen statt.

■ Auf Mauritius gab es eine Mobilisierung des Volkes gegen die Umweltverschmutzung und für den Erhalt der Biodiversität, als ein Tanker havarierte und die Küsten verschmutzte.

■ Trotz starker Repression ging die demokratische Bewegung in Hong Kong das ganze Jahr 2020 über weiter. Dasselbe gilt für die Bewegung im Libanon gegen die Regierungspolitik. Im Juli haben in Mali Massenbewegungen den Sturz des neoliberalen Präsidenten bewirkt. In Tansania, Guinea und der Elfenbeinküste gab es Bewegungen gegen den Wahlbetrug.

■ In Nigeria gab es im Oktober eine breite Mobilisierung der Bevölkerung gegen Polizeigewalt (Bewegung #Stop-SARS), die im Wesentlichen von jungen Leuten geführt wird. In Angola Demonstrationen von jungen Leuten gegen Arbeitslosigkeit, Korruption und gesellschaftliche Ungerechtigkeiten. Im Irak erhoben seit Oktober 2019 in vielen Städten junge, religiös ungebundene Leute – unabhängig von ihren sonstigen Zugehörigkeiten – politische Forderungen (und sie prangerten die Korruption der politischen Klasse an); sie forderten soziale Reformen ein (gegen die Armut – für soziale Gerechtigkeit); sie wandten sich gegen die Anwesenheit von ausländischen Streitkräften (des Irans und der USA). In Ungarn gab es Mobilisierungen gegen die Privatisierung der höheren Bildung.

■ In Lateinamerika haben die großen Kämpfe der Jahre 2019 und 2020 zu wichtigen Wahlsiegen geführt. In Chile hat die von Frauen geleitete Bewegung vom Oktober/November 2019 bei der Volksabstimmung über die neue Verfassung einen historischen Sieg eingefahren. Die boliviarischen Landarbeiter haben trotz mehrerer Opfer den repressiven Manövern der Putsch-Regierung Añez widerstanden. Sie haben bei den Wahlen im Oktober 2020 der MAS die Regierungsmacht zurückgegeben – nach einem großen Volksaufstand gegen die neuerliche Wahlverschiebung drei Monate zuvor. In Puerto Rico hat eine neue politische Bewegung – die Bewegung für den Sieg der Bürger (MVC), die aus Demonstrationen zugunsten der Demokratie von 2019 hervorgegangen war – bei den Wahlen im Oktober gut abgeschnitten. In Peru gab es im November starke Mobilisierungen von jungen Leuten gegen das politische System; sie forderten den Rücktritt eines Putschisten und Änderungen an der Verfassung. In

Guatemala hat ein Volksaufstand den Haushaltsplan für 2021 abgelehnt und den Rücktritt des Präsidenten verlangt. Sogar in einem Land, das in diesem Prozess zurückhängt, Kolumbien nämlich, gab es Mobilisierungen (und einen von den Bauern unterstützten Generalstreik) und Erfolge (Ex-Präsident Uribe kam ins Gefängnis). Es bieten sich Möglichkeiten einer Restrukturierung der Opposition und der Linken.

■ In Birma (Myanmar) hat die Bevölkerung mit außergewöhnlichem Mut Widerstand gegen die blutige Repression der Armee seit Februar 2021 geleistet. Teile der industriellen Arbeiterklasse beteiligen sich aktiv daran, vor allem die aus chinesischen Firmen, während die chinesische Regierung die putschenden Militärs unterstützt.

10. Die großen Aufgabe für die neuen Bewegungen der Arbeitenden und der Völker

Viele Regierungen mussten zeitweilig die Dogmen des Neoliberalismus aufgeben. Staatliche Interventionen haben teilweise die „unsichtbare Hand des Marktes“ in der Gesundheitspolitik außen vor gelassen. Die unverzichtbare Rolle der Arbeitenden hat sich gezeigt, vor allem bei denen, die in „vorderster Front“ kämpfen, im Gesundheits- und Sozialwesen, den Transporten, der Logistik, der Ernährung und der Erziehung. Dieses Aufgreifen wirtschaftlicher und sozialer Sachverhalte, aber auch der in den Arbeitervierteln gezeigten kollektiven Solidarität, verstärkt die Idee, dass die Welt nach Covid-19 eine andere sein muss als zuvor. Dass das Leben, die Gesundheit, die Wohnung, die grundlegenden Bedürfnisse der Bevölkerung das gesellschaftliche Leben und die Wirtschaft leiten müssen – im Gegensatz zu einem System, in dem die Interessen der Kapitalisten ausschlaggebend sind.

Es gibt auch starke demokratische Forderungen, das Verlangen der Arbeiterklasse, nicht unter der Pandemie und den Entscheidungen des Staates leiden zu müssen, sondern sich zu organisieren, um über die Bedingungen am Arbeitsplatz, in den Wohnvierteln und den Stadtvierteln bestimmen zu können. Häufig ist auch die Ablehnung der Polizeigewalt, der Pressezensur, der rassistischen und xenophoben Diskriminierung und der sexistischen Gewalthandlungen, die sich durch die Pandemie ausgeweitet haben.

Somit hat die Pandemie objektiv einen gemeinsamen Nenner für soziale Mobilisierungen hervorgebracht: den Kapitalismus und alle Konsequenzen seines Systems angesichts der Pandemie. Doch die politischen Veränderungen in den meisten Ländern zeigen nicht gerade einen

ausgeprägten Willen der Regierungen, die neoliberalen Dogmen in Frage zu stellen.

Wir Revolutionär*innen müssen unsere Bemühungen verstärken, Initiativen zu ergreifen, um Kämpfe zusammenzuführen (alle Arten von Aktionseinheiten und sogar breite Fronten mit punktuellen Zielen) und die Selbstorganisation an der Basis (von Arbeitenden, Frauen, gegen Rassismus, für die Umwelt, im Stadtteil) voranzubringen und Querverbindungen zu schaffen. Wir müssen die Bewegungen von der Wichtigkeit der internationalen Organisation und Solidarität überzeugen, um stärker zu werden. Wir müssen eine möglichst breite programmatische Einheit der gegen das System kämpfenden Kräfte schaffen. Diese müssen wir mit den Trägern der demokratischen, ökologischen, sozialen und Bereichsbewegungen erarbeiten, wobei wir immer stärker den Kapitalismus und seine Regierungen angreifen müssen, um schließlich die Menschen von der Notwendigkeit eines radikalen Bruchs mit dem kapitalistischen, rassistischen, patriarchalen und räuberischen System zu überzeugen.

Für die Bewegungen der einfachen Bevölkerung gibt es zwei große Gefahren:

1 Die Verschwörungstheorien, die die gesellschaftliche Passivität fördern und die antikapitalistischen Forderungen umlenken und schließlich den Weg nach ganz rechts begünstigen;

2 Die Anwendung einer „Schockstrategie“ bei Covid-19 durch die Regierungen und die Kapitalisten, nicht nur durch dauerhafte Einführung von autoritären Praktiken und den Abbau demokratischer Rechte, sondern auch durch Durchsetzung ultraliberaler „Reformen“.

All das verstärkt die Notwendigkeit, in die Offensive zu gehen, indem man sich auf die sozialen Bewegungen der letzten Zeit stützt, um die Aktivist*innen und die die Bewegungen Führenden zu koordinieren, um dringende antikapitalistische Maßnahmen voranzubringen. Sie müssen alle sozialen, demokratischen, feministischen, umweltpolitischen Forderungen einschließen, besonders auch die Kämpfe gegen den Rassismus und die Diskriminierungen. Dieser Rahmen verstärkt für die sozialen und politischen Kräfte, die für einen revolutionären Umbau kämpfen, die Notwendigkeit, gemeinsame Fronten und Konvergenzen aufzubauen, die eindeutig in Richtung sozialistischer und revolutionärer Alternative gehen.

Das extreme Niveau der vielgestaltigen Krise des Kapitalismus rechtfertigt mehr denn je zuvor die Enteignung der Kapitalisten, wobei man mit folgenden Sektoren

beginnen sollte: Gesundheitswesen (auch Big Pharma), die Energie, die Finanz und die industrielle Landwirtschaft. Die Krise bringt die Notwendigkeit einer durch die Bürger*innen kontrollierten sozialistischen Planung auf die Tagesordnung. Die Legitimationskrise der Regierungsentscheidungen verpflichtet auch dazu, die Notwendigkeit zu betonen, einen verfassunggebenden Prozess zu initiieren, um die politische und juristische Struktur der Gesellschaft radikal zu ändern.

11. Angesichts der multidimensionalen Krise des globalisierten kapitalistischen Systems müssen wir eine internationalistische, feministische und ökosozialistische revolutionäre Linke neu aufbauen

Die gesellschaftlichen Protestaktionen der vergangenen zwei Jahre haben wegen des Niveaus ihrer Radikalisierung und Politisierung gezeigt, dass man die etablierte Ordnung angreifen möchte. Die starke Beteiligung junger Menschen und radikaler Bevölkerungsteile, die Präsenz junger Frauen, die eine führende Rolle in diesen Bewegungen einnehmen, beweisen, dass neue Generationen eine erhebliche Quelle an Radikalität, Diversität, Dynamik und Erneuerung der Strukturen der Bewegungen sprudeln lassen. Wenn die Kämpfe aber umfänglicher und breiter werden, wird der Abstand zwischen der Dynamik der Mobilisierungen und der Schwäche der politischen Antworten umso deutlicher. In den letzten Jahren haben viele Kämpfe der Massen keine Konsolidierung einer breiten Schicht von organisierten antikapitalistischen Kräften gesehen. Und sie haben noch nicht zu neuen politischen Instrumenten geführt, die in der Lage wären, die Bewegungen zu verstärken. Das heute fehlende Element ist eine Alternative, die eine authentische Radikalität verkörpern würde und die eine politische Rolle spielen könnte analog zu den Bewegungen Ende des neunzehnten und zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts; außerdem bereichert um die Erfahrungen der großen Emanzipationskämpfe und der Kämpfe für Umweltgerechtigkeit von heute.

Dazu sind konkrete Initiativen erforderlich, die das Klassenbewusstsein voranbringen, sowie politische Fronten, die auf der Grundlage der gesellschaftlichen Kämpfe gegen alle Formen der Ausbeutung und Unterdrückung aufgebaut werden, und die in der Lage sind, Breschen in die neoliberale Politik zu schlagen, die extreme Rechte zu bekämpfen und die traditionelle Linke zur Seite zu drängen.

Als positives Element, um in diese Richtung voranzukommen, müssen wir das hohe Niveau der gesellschaft-

lichen Konfliktbereitschaft betonen, wie sie durch die zahllosen Restriktionen der Freiheiten und der Bewegungsmöglichkeiten durch die Regierungen in zahlreichen Ländern hervorgerufen wurde. Unser politisches Handeln muss dieses neue Szenario berücksichtigen.

Der Beitrag unserer Internationalen zum Entstehen einer solchen radikalen Alternative muss auf pluralistische, demokratische und durch das Einbringen in die auf verschiedenen Ebenen ablaufenden Kämpfe erfolgen. Es geht darum, eine „Übergangsdynamik“ zustande zu bringen, die auf Mobilisierungen für grundlegende Forderungen beruht – von der örtlichen Ebene bis auf Weltniveau. Wir müssen die Selbstorganisation der Massen verstärken, um Errungenschaften zu verteidigen und neue soziale und ökologische Rechte zu erkämpfen – gegen alle Herrschaftsbeziehungen und die Institutionen, die sie aufrecht erhalten. Jeder Teilkampf, sofern er nicht auf „realistische“ ungerechte Ziele abgelenkt wird, kann Vertrauen erwecken, die Vorstellungskraft stärken und einen Beitrag leisten, das Kräfteverhältnis auf allen Ebenen zu verbessern.

Als IV. Internationale ergreifen wir zusammen mit den in diesen Kämpfen aktiven Menschen Initiativen, um programmatische Initiativen zu den Herausforderungen der Krise des kapitalistischen Systems zu diskutieren und zu erarbeiten. Dies sollte uns ermöglichen, unsere eigenen Positionen zu verfestigen und zum Zusammenfließen der Vorschläge in Richtung einer revolutionären Perspektive beizutragen.

Übersetzung: pbk

1 Squad ist der informelle Name einer Gruppe von vier Frauen, die 2018 in den Senat gewählt wurden; sie besteht aus Alexandria Ocasio-Cortez aus New York, Ilhan Omar aus Minnesota, Ayanna Pressley aus Massachusetts und Rashida Tlaib aus Michigan. Diese farbigen Frauen sind alle unter 50 Jahre alt und gehören zum linken Flügel der Demokratischen Partei.

2 Donatien Huet, „L’atlas planétaire des colères populaires“. In: *Mediapart.fr*, 24. November 2019.



PANDEMIE-BEKÄMPFUNG: ERFAHRUNGEN IN ASIEN UND EUROPA

Der Vergleich der Geschichte der Covid-19-Pandemie in Asien und Europa (sowie zwischen asiatischen und europäischen Ländern) hilft bei der Beurteilung der Entscheidungen und Maßnahmen der Gesundheitspolitik. Die Antworten auf einige Fragen können offensichtlich sein oder sich als viel komplexer erweisen.

■ **Frank Prouhet und Pierre Rousset**

Die Geschichte jeder Epidemie (und erst recht jeder Pandemie) umfasst viele Bereiche: biologische und ökologische, medizinische und wissenschaftliche, politische, soziale oder kulturelle und so weiter. Daher werden Gesundheitssysteme (im weiteren Sinne), Solidaritäten (zwischen den Generationen, männlich-weiblich, sozial und international) und Staaten auf die Probe gestellt.

Wegen der kapitalistischen Globalisierung breitet sich eine Epidemie unter günstigen Bedingungen heute weltweit viel schneller aus als früher. Die Grippe von 1957 brauchte 6 Monate, um Europa zum Zentrum der Pandemie zu machen; für Covid-19 reichten zwei Monate. Es blieb also weniger, aber trotzdem noch genügend Zeit, sich darauf vorzubereiten – diese Zeit wurde verschenkt, mit den dramatischen Konsequenzen, die wir alle kennen. Wie wir sehen werden, handelt es sich nicht nur um ein Versäumnis aufgrund bürokratischer Dysfunktion. Wir haben es nicht einfach nur mit mangelnder Vorbereitung aus Zeitgründen zu tun, sondern sie ist der (bürgerlichen) Klassengesellschaft geschuldet.

Nicht nur wurden die chinesischen Warnungen im Januar 2020 ignoriert, sondern auch die frühen Erfahrungen in Ostasien nicht beachtet, obwohl diese es ermöglicht hätten, den Verlauf vorauszusehen und eine entsprechende

Gesundheitspolitik zu entwickeln. In den Datensätzen der Johns Hopkins University – die nur Staaten oder Gebiete berücksichtigt, in denen Fälle von Covid-19 gemeldet wurden – liegen von den fünf Ländern mit den wenigsten Todesfällen pro 100.000 Einwohner vier in Asien: Taiwan, Vietnam, (Tansania in Afrika), Papua Neu-Guinea (aber hier sind die soziale Struktur und Dichte außerordentlich unterschiedlich) und Thailand. Zum Vergleich: Die Sterblichkeitsrate pro 100 000 Einwohner*innen betrug im Januar 2021 in Frankreich 113 gegenüber 0,03 in Taiwan!

Europa unvorbereitet

Entgegen der landläufigen Meinung ist das „höher entwickelte“, aber „reiner“ kapitalistische Europa weniger auf Epidemien vorbereitet als die asiatischen Länder, in denen entweder gemeinschaftliche oder bürokratische Strukturen als fernes Erbe der Revolutionen (wenn auch verblasst) fortbestehen und eine öffentliche Gesundheitspolitik ermöglichen. Auf dem weltweiten Pandemie-Gesundheitsvorsorgeindex belegt Thailand den sechsten Platz und Frankreich den elften.

Nach den mächtigen gesundheitlichen Fortschritten (verbesserte Lebensbedingungen, Antibiotika, Impfstoffe) hatte die westliche Welt das „Ende der Epidemien“

verkündet, die künftig „unterentwickelten“ Ländern vorbehalten seien. Die Gesundheitssysteme haben sich auf die individuelle Behandlung konzentriert, die anders als Prävention und allgemeine Gesundheit den größten Profit verspricht. Auch wenn Asien schon von den Übeln der neuen kapitalistischen Welt (explosive Zunahme von Diabetes, Krebs usw.) betroffen ist, sind Infektionskrankheiten doch immer noch vorhanden und werden nicht nur als individuelle Krankheitsbilder verstanden.

Das Paradoxe ist, dass der kapitalistische Westen infolge von Überheblichkeit und neoliberaler Gegenreformen sein epidemiologisches Wissen (und die entsprechende Infrastruktur) liquidiert hat, obwohl die Gefahr neuer Epidemien stieg. Die kapitalistische Globalisierung kann durch eine dramatische Beschleunigung des Waren- und Personenverkehrs die Natur von Krankheiten verändern: Vier verschiedene Dengue-Viren kamen ursprünglich nur in abgegrenzten geografischen Gebieten vor. Durch die Zunahme der Außenkontakte ist eine neue Form entstanden, das hämorrhagische [blutbrechende] Dengue-Fieber, das in den 1950er Jahren in Asien (Thailand, Philippinen) auftrat und dessen Ausbreitung durch die globale Erwärmung noch erleichtert wurde. Krankheiten, die durch Viren verursacht und von Mücken, Zecken und anderen Blutsaugern übertragen werden (Arboviren), treten nunmehr in dichter Folge auf: Zika, Chikungunya, Gelbfieber.

Die adaptive Mutation des Coronavirus von 2003, SARS-Cov-2 (dies ist der Name des Virus, das die Krankheit verursacht) fällt in eine Umbruchsphase der Pathozönose, d. h. von raschen Veränderungen des Gleichgewichts der humanen Pathologien [Krankheiten des Menschen]. Ökologische Umwälzungen, einschließlich der Entwaldung, verändern das Verhältnis zwischen Tierwelt und menschlichem Leben ebenso wie die Massentierhaltung: Die H1N1-Grippe trat erstmals in Mexiko (und nicht in Asien!) auf, nicht weit entfernt von den Smithfield-Schweinefabriken.¹ Die Entwicklung gigantischer Großstädte hat ein besonders günstiges Umfeld für die Verbreitung von Viren geschaffen. Die Lebensmittelindustrie hat ihre Produkte gnadenlos am Markt durchgesetzt und sogenannte Zivilisationskrankheiten explodieren (Diabetes, Bluthochdruck). Die Bevölkerung wird älter. Diese Komorbiditäten [Begleiterkrankungen] bereiten dem neuen Coronavirus den Weg. Es ist sicher weniger tödlich als sein Vorgänger [SARS-Cov-1], aber es läuft um den Globus und verursacht in der Summe viel mehr Todesfälle. Covid-19 ist eine Krankheit der kapitalistischen Globalisierung.

Es gibt kein allgemeingültiges Rezept zur Bekämpfung einer Infektionskrankheit. Eine sinnvolle Gesundheitspolitik hängt insbesondere von den für jedes Land oder jede Region spezifischen sozialen Strukturen und Umweltbedingungen ab. Die Wirksamkeit der von den Behörden getroffenen Maßnahmen kann zwischen benachbarten und vergleichbaren Ländern gemessen werden. Doch zunächst einige einfache Vorbemerkungen.

Der Preis der Verzögerung

Angesichts einer schwerwiegenden Epidemie hat jede Verzögerung der Reaktion der Behörden einen hohen Preis. Dies wurde in China Ende 2019 bis Anfang 2020 dramatisch bestätigt. Nachdem sich die Covid-19-Krankheit festgesetzt hatte, war ihre rasche internationale Verbreitung unvermeidlich (vor allem seit China im Zentrum des weltweiten Handels steht). Die Frage war dann: Würde der gleiche Fehler in anderen Ländern wiederholt werden? Mehrere asiatische Länder reagierten schnell, aber in Europa war dies im Allgemeinen nicht der Fall, was es zu einem Sprungbrett machte, von dem aus die Epidemie zu einer globalen Pandemie wurde.

Das Gegenbeispiel Taiwan zeigt positiv, was eine schnelle Reaktion bewirken kann. Dieses Land war besonders exponiert: Hunderttausende Taiwaner arbeiteten in China und eine Vielzahl chinesischer Tourist*innen besuchten die Insel. Der erste eingeschleppte Fall von Covid-19 wurde am 21. Januar 2020 entdeckt. Die Regierung aktivierte sofort den auf Grundlage der Erfahrungen mit der SARS-Epidemie 2003 erstellten Seuchenbekämpfungsplan und setzte rund 100 Maßnahmen in Kraft. Zu keinem Zeitpunkt musste die Bevölkerung eingesperrt werden. Ein Jahr später hat das Land nur 8 Tote (Taiwan hat gerade seinen ersten Todesfall seit Mai 2020 verzeichnet) und die Zahl der Infektionen liegt bei 912.

Vietnam, ein weiteres Gegenbeispiel, stand ebenfalls an vorderster Front. Wie in Taiwan reagierten die Behörden unverzüglich. Während der ersten Welle der Epidemie gab es keine Todesfälle. Nach der zweiten Welle verzeichnete das Land 35 Todesfälle durch die Pandemie infolge lokaler Infektionen.

Der Preis des Eurozentrismus und des bornierten Kulturchauvinismus

Im Januar 2020 wussten wir noch nicht alles über das SARS-Cov-2-Coronavirus – und auch heute überrascht es noch immer, und je mehr wir darüber lernen, desto mehr neue Fragen stellen sich. Wir wussten jedoch schon damals

mehr als genug, um zu handeln. Viele Artikel wurden in führenden wissenschaftlichen Fachzeitschriften veröffentlicht, und in Frankreich hatte das Gesundheitsmonitoring seine Aufgabe erfüllt. Die frühen und vielfältigen Erfahrungen in Asien waren lehrreich. Leider sind europäische politische Kreise selten bereit, von Asien zu lernen. Die Metropolen der ehemaligen Kolonialreiche tun sich schwer, ihre Arroganz und ihren blinden Eurozentrismus abzuschütteln. Warum sollte man sich Gedanken darüber machen, was „dort drüben“ in der Ferne passiert?

Die Weigerung, von Asien zu lernen, war mit rassistischen Klischees und Konnotationen verbunden, als würden sich Asiat*innen (in diesem Fall die aus Fernost) trotz ihrer Freiheiten wie gehorsame Roboter verhalten. Doch Proteste der Bevölkerung in China gegen die Behörden sind nicht zu übersehen (als Beispiel sei auf die vielen in Brand gesetzten Verwaltungsgebäude verwiesen). Die südkoreanische Jugend beansprucht auch ihr Recht, sich zu amüsieren. Sicher grüßen die Japaner sich, ohne sich zu berühren, aber sie sind auch Menschen, die gerne gut leben, die regelmäßig kleine Bars und traditionelle Restaurants (wie wir wissen Orte hoher Ansteckung) besuchen, in denen das Gedränge höher ist als hier.

„In Frankreich sind wir schlauer“ – wie oft hat Gesundheitsdirektor Jérôme Salomon dies auf den Pressekonferenzen von Februar bis März 2020 gesagt. Wir machen die Dinge auf unsere Weise, natürlich besser. Auch in Frankreich lachten „wir“ törichterweise über die Leichtfertigkeit der Italiener*innen, die kurz vor uns von der Pandemie schwer getroffen wurden. Dem nationalistischen Ego zu schmeicheln, ist ein Rezept, das so oft verwendet wird, um die Aufmerksamkeit von wirklichen Problemen und wirklichen Verantwortlichkeiten abzulenken. Diese Haltung enthüllt eine verblüffende Kurzsichtigkeit, und so kann Covid-19 sogar die Verlagerung des geopolitischen Zentrums der Welt nach Asien und in die indopazifische Region beschleunigen.

Der Preis des Lügens

Die vietnamesische Regierung hat während der Epidemie von 2003 gelogen und dafür teuer bezahlt; doch sie hat ihre Lektion gelernt: 2020 sprach sie die Wahrheit offen aus, was einer der Faktoren für den Erfolg ihrer Gesundheitspolitik in der ersten Welle von Covid-19 ist. Die chinesische Regierung hat gelogen, aber die taiwanische Regierung hat die Wahrheit gesagt. Die französischen Behörden haben sich in Lügen verstrickt, um ihre Verantwortung für den damals herrschenden Mangel an Schutz-

ausrüstung zu verschleiern. In Vietnam waren OP-Masken in jeder Drogerie rezeptfrei erhältlich. Frankreich war nicht einmal in der Lage, sie zu produzieren. Das Erstaunen in Vietnam war groß, die ehemalige Kolonialmacht so deindustrialisiert zu sehen, dass sie quasi zu einem „abhängigen Imperialismus“ wurde.

Da es keine Masken, Desinfektionsmittel oder Kittel gab, behaupteten die französischen Politik- und Gesundheitsbehörden, Covid-19 sei nicht so gefährlich und Masken seien nutzlos (oder vergrößerten die Gefahr). Lügen wurde Teil der Politik. Noch heute zahlen wir dafür den Preis. Nicht nur wurden die Behörden unglaublich, sondern auch den brandgefährlichen Corona-Leugner*innen Vorschub geleistet. Es wäre gesünder und einfacher gewesen, die Wahrheit zu sagen: Masken und Desinfektionsmittel sind wichtig, aber wir haben keine, also müssen wir für eine Weile ohne sie klarkommen.

Aber man kann nicht erwarten, dass die Politik- und Gesundheitsbehörden zugeben, gelogen zu haben. Anklagen sind möglich, wenn das Leben anderer gefährdet wurde. So behaupten sie, es sei nicht bekannt gewesen, ob Masken gegen dieses Coronavirus helfen, ob es durch Kontakt oder auf dem Luftweg verbreitet würde. Doch Masken sind in beiden Fällen nützlich, da sie auch verhindern, dass wir unsere Nase oder unseren Mund berühren (was wir spontan tun). Außerdem sind Masken eine Standardmaßnahme im Falle einer epidemischen Infektion über die Atemwege. Vor allem asiatische Länder haben ab Januar auf unterschiedliche Weise effektiv reagiert. Neben Taiwan und Vietnam galt dies auch für Südkorea (nach einer kurzen Verzögerung), Thailand oder die Menschen in Hongkong, die sich über Nacht maskierten, ohne auf eine Empfehlung der Behörden zu warten.

Die Schuldigen verweisen nun auf verspätete Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Unsere Politiker*innen wissen jedoch nur zu gut, dass dieses Gremium dem Druck der wichtigsten Mitgliedstaaten ausgesetzt ist und nicht (oder nicht mehr) frei sprechen kann. Sie haben eine Organisation unter Kontrolle gebracht, die sich in den 1970er Jahren als zu unabhängig erwiesen hatte (was eine Garantie für ihre Wirksamkeit war). Heute unterliegt sie dem doppelten Druck von Regierungen (insbesondere von China im Januar 2020 ausgeübt) und privaten Gebern. Angesichts des weltweiten Mangels an Masken war sie (zu Recht) der Ansicht, dass diese den Beschäftigten im Gesundheitswesen vorbehalten sein sollten. In Zeiten der Knappheit müssen wir natürlich Prioritäten setzen, aber in Frankreich haben

wir eine echte Anti-Masken-Kampagne erlebt, die tiefe Spuren hinterlassen hat.

Einige Erfahrungen

Viele französische Kommentatoren spielen ein gefährliches Spiel, indem sie die „liberale Demokratie“ den „autoritären Regimen“ (China, Vietnam) oder „(ost-) asiatische Traditionen“ der „westlichen“ Sorge um individuelle Freiheiten gegenüberstellen, und damit andeuten, im Kampf gegen eine so gewaltige Epidemie wie Covid-19 sei eine diktatorische Ordnung effektiver als eine „demokratische“.

China. Die diktatorische Ordnung hat in China dazu geführt, dass „Whistleblower“ brutal unterdrückt und die ersten festgestellten Ausbrüche nicht im Keim erstickt wurden. Als die Epidemie dann außer Kontrolle geraten war, verhängte Peking in den am stärksten betroffenen Städten äußerst harte Lock-downs – die alles andere als Vorbilder sein können (um es milde auszudrücken)! Doch die chinesische Erfahrung verdient es, studiert zu werden. Xi Jinping hat zwar die Alleinherrschaft der KPCh und seine persönliche Diktatur erheblich gestärkt, aber die chinesische Gesellschaft ist komplex und nicht nur eine politische Ordnung. Die Macht muss auch Mechanismen entwickeln, um die Unterstützung der Bevölkerung zu sichern (der Großmachtnationalismus ist einer davon). Die Erfahrung der Pandemie ist auf diesem Kontinent nicht einheitlich. In nicht betroffenen Gebieten haben lokale Strukturen, die mit der KPCh verbunden sind (und normalerweise die Bevölkerung überwachen), Kontrollen eingerichtet, um die Einreise potenziell infektiöser Personen zu verhindern. Die Erinnerung an die kriminellen Fehler, das zugefügte Leid und die Lügen wird nicht verschwinden, aber sie vermischt sich mit der Erleichterung nach den errungenen Siegen und der Hoffnung, dass der Staat die Gefahr weiterer Infektionen durch die Rückkehr von chinesischen Einwohnern oder Ausländern in das Land eindämmen kann. Viele Fragen bleiben aber unbeantwortet.

Hongkong. Während der ersten Welle von Januar bis Februar 2020 war die Reaktion der Menschen in Hongkong bemerkenswert. Sie sahen die drohende Gefahr. Das Gebiet stand in direktem Kontakt mit einem der virulentesten chinesischen Epidemiezentren. Die Bevölkerungsdichte ist eine der höchsten der Welt, und die Struktur des städtischen Wohnungsbaus macht es schwierig, physische Abstände innerhalb von Wohnungen oder Gebäuden

einzuhalten. Aufgrund der Erfahrung mit SARS 2003 maskierte sich die Bevölkerung jedoch spontan, während die Behörden unter Pekings Einfluss immer noch für Abwarten plädierten – eine Form der spontanen Selbstorganisation.

Beschäftigte im Gesundheitswesen streikten fünf Tage hintereinander, um die Schließung der Grenze und die Beschaffung ausreichender Ressourcen zu fordern, da die Krankenhäuser sonst nicht in der Lage wären, die Pandemie zu bewältigen. Diese Mobilisierung wurde durch die Gründung einer kämpferischen Gewerkschaft in diesem Bereich im Dezember ermöglicht, die aus der Bewegung von 2019 hervorgegangen ist.

All dies geschah während eines echten Bürgeraufstands zur Verteidigung der bei der Übergabe der ehemaligen britischen Kolonie an China vereinbarten gesetzlichen und bürgerlichen Rechte der Bevölkerung. Tatsächlich hatte Peking ja beschlossen, diese „Sonderverwaltungsregion“ unter ihren direkten Einfluss zu stellen. Der Kampf gegen die Epidemie wurde Teil eines umfassenden Kampfs, was erhebliche Auswirkungen im Bereich der Gesundheit hatte.

Das allgemeine Klima hat sich seitdem verändert. Nicht nur erwies sich Covid-19 als langlebig wegen der ständigen Gefahr neuer, durch die Rückkehr der Bewohner*innen in ihre Häuser angeheizter Infektionswellen (daher die Quarantänepolitik), sondern auch der Kampf um die Verteidigung der Autonomie des Territoriums wurde verloren. Nach dieser Niederlage und der erheblichen Verschärfung der Unterdrückung ist Müdigkeit zu spüren. Ende Januar 2021 gab es seit Beginn der Epidemie 10 453 Infektions- und 181 Todesfälle im Zusammenhang mit dem Coronavirus (das Gebiet hat 7,5 Millionen Einwohner).

Südkorea. Südkorea war im Februar 2020 eines der am stärksten von der Pandemie betroffenen Länder, nachdem Mitglieder der pseudo-christlichen Sekte „Shincheonji-Kirche Jesu“² heimlich aus Wuhan zurückgekehrt waren. Die Regierung mobilisierte und orientierte die Industrie um, um das zu produzieren, was zur Bekämpfung der Epidemie notwendig war (keine Ähnlichkeit mit Macrons „patriotischen Masken“, die vermutlich der französischen Textilindustrie helfen sollten). Enorme Ressourcen wurden eingesetzt, um die Infektionsketten zu „testen und zu verfolgen“ und diejenigen, die ansteckend sind, zu „isolieren“. Anfänglich führte diese letztgenannte Maßnahme zu Tragödien, wenn die Namen der Patient*innen bekannt

und sie der Rachsucht ihrer Umgebung ausgesetzt wurden. Dies wurde teilweise korrigiert (Anonymität wird jetzt durch die medizinischen Teams besser garantiert und die Daten werden unabhängig vom Staat gespeichert), aber die Regierung fordert heute zur Denunzierung von Personen auf, die die Schutzmaßnahmen nicht einhalten (mit Belohnungen) – ein sehr gefährlicher Rutsch in Richtung „Überwachungsgesellschaft“.

Die südkoreanische Erfahrung zeigt jedoch, dass „testen, verfolgen, isolieren“ bei Covid-19 eines der Schlüsselemente einer Gesundheitspolitik ist. Ohne einen Lock-down stabilisierte sich die Infektionskurve bei etwa 8–9 000 Fällen. Das Land (mit mehr als 50 Millionen Einwohnern) hatte am 30. Januar 1425 Todesfälle verzeichnet.

In der Ile-de-France haben die COVISAM-Teams erst vor kurzem begonnen, effektiv zu arbeiten. Bis heute blieben die Hotels gähnend leer und die Einzelheiten der Isolationsbedingungen zu Hause sind sehr ungewiss, da sie trotz Macrons uneingelösten Versprechens eines Hausbesuchs für jeden Virusträger nicht Teil einer Präventionspolitik waren. Wenn die französischen Behörden von Südkorea hätten lernen wollen, hätten sie die Umsetzung einer Screening-Politik frühzeitig vorausplanen können (wie auch von vielen Forschern gefordert).

Vietnam. Der Erfolg Vietnams hängt damit zusammen, dass es in der Lage war, die Bevölkerung zu mobilisieren, indem es die Wahrheit über die Situation sagte und soziale Medien nutzte, um Bewusstsein zu schaffen – darunter ein 65 Millionen Mal angeklicktes Musikvideo. Screening wurde eingerichtet, die Grenzen wurden geschlossen, eine strenge Quarantänerrichtlinie für die Rückkehr von Staatsangehörigen und die Einreise von Expert*innen festgelegt, wofür Hotels, Kasernen und Krankenhäuser genutzt wurden (bis zu 40 000 Menschen waren betroffen). Alle mit der Partei verbundenen Massenorganisationen (Frauenunion usw.) wurden aufgefordert, die Gesundheitspolitik umzusetzen. Vietnam hat nur zwei Wochen nationalen Lock-down erlebt und 35 Tote bei einer Bevölkerung von 97 Millionen.

Politische Systeme und „Gesellschaftsstruktur“

Gibt es angesichts einer Epidemie einen einfachen Zusammenhang zwischen dem politischen System und der Gesundheitseffizienz? Die Antwort ist alles andere als offensichtlich.

Der Neoliberalismus dominiert fast überall die Politik – auch in Sri Lanka, aber das kostenlose öffentliche

Krankenhausversorgungssystem ist noch nicht abgeschafft worden und konnte sehr wirkungsvoll bei Covid-19 eingesetzt werden. Ist eine föderale Struktur ein Plus oder ein Minus? Vermutlich hängt die Antwort darauf von den jeweiligen Umständen ab. Angela Merkel konnte in der ersten Epidemiewelle mit Zustimmung der Länder Maßnahmen schneller und effektiver als Frankreich durchsetzen; dies war im Herbst nicht mehr der Fall, was zu einem Ausbruch der Epidemie führte (einige Ministerpräsident*innen der Länder geben dies heute zu). Unter Trump widersetzten sich von Demokraten kontrollierte Staaten seinem verheerenden Wahnsinn; unter Biden haben sich die republikanischen Staaten geweigert, die auf Bundesebene eingeführte neue Gesundheitspolitik umzusetzen.

Andererseits könnte man sagen, dass das hyperzentralistische französische System, das auf den Präsidenten gemünzt ist, Nachteile hat. Das System ist undurchsichtig, während Transparenz auf lange Sicht ein Schlüsselfaktor für die Unterstützung durch die Bevölkerung ist. Das Vokabular unterstreicht dies noch: Die Entscheidungen werden vom Verteidigungsrat getroffen, dessen Sitzungen dem Militärgeheimnis unterliegen! Die französische Verfassung, die vom Kontext ihrer Entstehungszeit gekennzeichnet ist (eine aufständische Armee, die den Zugriff De Gaulles auf die Präsidentschaft unterstützt), ist wahrscheinlich die am wenigsten demokratische in Westeuropa (trotz Unterschieden vielleicht gemeinsam mit der spanischen Verfassung). Der Macronismus verstärkt seine Geburtsfehler, indem er in der Praxis noch präsidialistischer handelt. Emmanuel Macron entscheidet nach Lust und Laune und mag es nicht, wenn starke Persönlichkeiten ein Gegengewicht zu seiner Autorität bilden. Die Präsidentschaft ist jedoch nicht so organisiert, dass sie die Umsetzung der Politik regeln und vorausplanen würde (z. B. in der Logistik). Macrons politischer Werdegang prädestiniert ihn nicht gerade zum Gesundheitspolitiker. Die Merkels sind Wissenschaftler. Der taiwanische Vizepräsident Chen Chien-jen ist ein von Johns Hopkins ausgebildeter Epidemiologe und Virologe – das hilft! Macron wurde von einer Welt der Herrschaft des Kapitals geprägt – das ist katastrophal.

In Frankreich gibt es eine Fülle von Erfahrungen mit gegenseitiger Hilfe „an der Basis“ bei einer Epidemie. Dies war der Fall bei der Hilfe für AIDS-Patient*innen, als es darum ging, ihre Isolation zu brechen, zu informieren und Schutzmaßnahmen (Kondome) bekannt zu machen. Dies war auch der Fall bei Covid-19 während des Lock-down, häufig in Zusammenarbeit mit Kommunalverwaltungen,

insbesondere in einkommensschwachen Vierteln: Verteilung von Nahrungsmitteln, Aufspüren isolierter älterer Menschen oder Bevölkerungsgruppen, die nicht durch offizielle Versorgung abgedeckt waren (einschließlich ausländischer und Trans-Prostituiertes, die alle Einkommensquellen verloren hatten), Kampagnen zur Unterbringung von Obdachlosen, Maßnahmen gegen häusliche Gewalt (gegen Frauen und Kinder) und so weiter. Der Macronismus hat sich jedoch immer geweigert, bei der Umsetzung der Gesundheitspolitik Kontakt mit der „Basis“ aufzunehmen (er hat sogar Schwierigkeiten, mit gewählten Beamt*innen in den „Dialog“ zu treten). Er ist zutiefst autoritär und vertikalistisch.³ Folgerung: Er hat eine beengte Vision und, nachdem er die Mobilisierungen von Pflegekräften gewaltsam unterdrückt hat, bleibt ihm jede Form eines demokratischen und ganzheitlich orientierten Gesundheitswesens fremd.⁴

Je tiefer wir graben, desto deutlicher wird, dass wir die tatsächlich existierende Gesellschaft als Ganzes berücksichtigen müssen und uns nicht an Definitionen klammern dürfen, die sich oft nur auf staatliche Herrschaftsstrukturen beziehen. Ein Vergleich zwischen Thailand und Frankreich, zwei in Bezug auf die Einwohnerzahl vergleichbaren Ländern, ist sehr aufschlussreich. Grundsätzlich hätten die Kosten der Epidemie im thailändischen Königreich viel höher sein müssen als in der französischen „westlichen Demokratie“: Thailand steht unter Militärrherrschaft und der Monarch hat einen zweifelhaften Charakter. Doch tatsächlich ist es umgekehrt.

In Thailand haben die Gesundheitsbehörden die politischen (militärischen) und königlichen Behörden umgangen, um bereits bestehende Freiwilligennetzwerke in Dörfern und städtischen Zentren zu mobilisieren – was in Frankreich gerade nicht geschehen ist. Im Januar 2021 gab es in Thailand 77 Tote gegenüber 76 000 in Frankreich.

Solidarität, ein Faktor für Gesundheitseffizienz und soziale Gerechtigkeit

Einwanderer*innen wurden während der Pandemie oft herausgegriffen und diskriminiert. Doch sie sind deren Opfer und haben nur wenige Ressourcen, um der Gefahr zu begegnen. Die Regierungen haben vorrangig nur ihre eigenen Staatsangehörigen geschützt, beispielsweise in Thailand und Singapur, nur um nach einer Weile festzustellen, dass durch den Ausschluss von Migrant*innen die Pandemie immer weiter grassierte. Um Migrant*innen in das Gesundheitssystem einzubeziehen, muss denen ohne Aufenthaltstitel natürlich garantiert werden, dass sie nicht

sanktioniert oder ausgewiesen werden, damit sie nicht den Gesundheitskontrollen ausweichen.

Auf den Philippinen hat die Unsicherheit der Bevölkerung noch weiter gestiegen, durch Dutertes Diktatur, Straflosigkeit der Polizei und Gewalt der Todesschwadronen, weit verbreitete Korruption, harte Lock-downs ohne wirksamen sozialen Ausgleich und viele militärische Konflikte (insbesondere in Mindanao im Süden des Archipels). Solidaritätsnetzwerke arbeiten unter besonders schwierigen Bedingungen, um die am stärksten marginalisierten Bevölkerungsgruppen zu unterstützen.

Ein besonders großer Teil der philippinischen Bevölkerung ist seit langem in den Westen oder in den Nahen Osten ausgewandert; das Überleben der Familien im Land hängt von ihren Überweisungen ab. Manche Emigrant*innen mögen sichere Arbeitsplätze haben, aber die meisten sind prekär (Haushaltshilfen). Deren Unsicherheit hat mit Covid zugenommen.

Viele Krankenpflegekräfte in britischen Krankenhäusern stammen von den Philippinen. Sie können einer heimtückischen Rollenhierarchie unterworfen sein, einer faktischen, wenn auch unsichtbaren Rassendiskriminierung, etwa indem sie häufiger als andere in riskante Situationen geraten und Schutzausrüstung seltener oder später erhalten. Es sei auch darauf hingewiesen, dass die Krankenhausbeschäftigten in Großbritannien für die fehlende Epidemie-Vorbereitung und die falschen Entscheidungen der Regierung von Boris Johnson einen extrem hohen Preis bezahlt haben (viermal mehr Infektionen als in der Gesamtbevölkerung). Nebenbei sei angemerkt, dass sich die Mitglieder der Verwaltungshierarchie in einigen Krankenhäusern (wie in vielen Ländern?) den besten Schutz gesichert haben, obwohl sie keine Patient*innen behandeln.

In Hongkong haben chinesische Familien philippinische und indonesische Bedienstete auf die Straße geworfen, aus Angst, sie könnten sich bei ihnen anstecken. Andere haben ihnen das Verlassen des Hauses verboten (wodurch sie ihre Verfügbarkeit 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche verlangen können). Doch die Familie des Arbeitgebers ist kein Ort für die Freizeit einer Hausangestellten, die zudem auch noch Rassismus ausgesetzt ist. Traditionell findet man sie an ihren freien Tagen auf Promenaden, wo sie nun Abstand halten müssen.

Die Pandemie stellt die soziale Solidarität auf den Prüfstand: innerhalb von Familien, zwischen den Generationen oder zwischen den Nationen. Es wird nach Sündenböcken gesucht (Ausländer*innen, ältere Menschen). Dies

wird im Westen durch den neoliberalen Individualismus begünstigt, der Teil der herrschenden Ideologie ist und die Solidarität zerstört (wobei aber Initiativen des solidarischen Widerstands dagegen arbeiten). Inwieweit ist dies in Ostasien weniger dominant? Der Kampf für Solidarität wird an allen Fronten geführt, auch an kulturellen.

Im Allgemeinen müssen wir an zwei Fronten gleichzeitig kämpfen. Gegen die „wissenschaftlichen“ Behauptungen der Pharmaindustrie, deren Entscheidungen von finanziellen Erwägungen (insbesondere hohen Dividenden für die Aktionäre) bestimmt werden, und gegen das Anwachsen eines zunehmend beunruhigenden Irrationalismus. Eine Szene, von der man vielleicht gedacht hat, dass sie nur in den Vereinigten Staaten spielen könnte, findet auch in Frankreich statt: Ein gewöhnlicher Patient beleidigt Krankenpflegekräfte und behauptet, dass „Covid nicht existiert“, als er an ein Sauerstoffgerät angeschlossen werden muss. Dass sich die 5G-Theorie verbreitet, macht uns sprachlos.⁵ Durch ihre Lügen haben die politischen Behörden eine Bresche geöffnet, durch die sich Verschwörungstheorien ausbreiten, die auch von „populistischen“ Persönlichkeiten angefacht werden, die darauf aus sind, eine Klientel aufzubauen.

Die asiatischen Erfahrungen bestätigen das Offensichtliche: Menschen lernen aus Erfahrungen (manchmal mehr als ihre Herrscher). Wenn sich jedoch der Irrationalismus ausbreitet, kann dieser Lernprozess in einem Land wie Frankreich gebrochen werden. Dieses Problem ist keineswegs marginal.

Die Politik des gesundheitlichen Ausnahmezustands gibt politischen Systemen einen fast allumfassenden autoritären Schub. Ein demokratisches und ganzheitlich orientiertes Gesundheitswesen wird somit zum Schlüsselement des demokratischen Kampfes.

Dasselbe gilt für die Versorgung mit Medikamenten und Impfstoffen. Privatunternehmen haben weder den Willen noch die Mittel, sie in ausreichender Menge zu produzieren, um den Bedürfnissen einer Pandemie wie Covid-19 gerecht zu werden. Diese Präparate müssen gemeinfrei sein und den armen Ländern sollte es ermöglicht werden, Produktionsketten auf ihrem eigenen Territorium zu entwickeln.

Die Logik des Gemeinwohls muss sich gegen ihre Privatisierung durch Patente durchsetzen. Neben der Ernährungssicherheit ist das Recht auf Gesundheit eine Selbstverständlichkeit. Die Bereitstellung von Impfstoffen (und hoffentlich bald auch Medikamenten) und ihre durch die kapitalistische Profitlogik organisierte Verknappung un-

terstreichen die brennende Aktualität einer solidarischen Alternative, einem radikalen Bruch mit der herrschenden Ordnung.

6. Februar 2021

Quellen

<https://internationalviewpoint.org/spip.php?article7040> en
<http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article56879> en
Sunday 7 February 2021

<http://europe-solidaire.org/spip.php?article56465>
fr samedi 6 février 2021

Übersetzung: Björn Mertens

1 Siehe dazu: <https://www.provieh.de/node/10335> – Anm. d. Üb.

2 Für eine ausführliche Darstellung dieser Sekte siehe http://www.religio.de/dialog/110/bd30_s15-19.pdf

3 In Frankreich gibt es ein gewaltiges Bündel sogenannter Gesundheitsverwaltungsstrukturen, die oft sehr politische Funktionen haben: Einige steuerten vor 30 Jahren den Angriff auf den öffentlichen Krankenhausdienst, bei dem ein für die Geschäftswelt typisches Finanzmanagement eingeführt wurde, das innerhalb von zwanzig Jahren zur Vernichtung von hunderttausend Betten führte. Macron hat zwei weitere, nach seinen Bedürfnissen gestaltete Institutionen geschaffen.

4 Wenn Macron sagt, dass seine Entscheidungen sich nach der „Akzeptanz“ der Gesundheitsmaßnahmen durch die Bevölkerung richteten, sind seine Augen auf die nächsten Präsidentschaftswahlen gerichtet. Wenn die Bevölkerung über Vereinigungen oder Bürgerkomitees, soziale Bewegungen oder lokale soziale Strukturen bei der Entwicklung von Gesundheitsentscheidungen mitwirken würde, würde sich diese „Akzeptanz“ vervielfachen und die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen wäre viel größer als es derzeit der Fall ist.

5 Nach dieser Theorie sollen die 5G-Betreiber*innen die Epidemie ausgelöst haben, damit zusammen mit dem Impfstoff eine Sucht nach 5G eingeeimpft wird.



DIE SCHWARZE NULL

Nach sechs Jahren vergleichsweise guten Wirtschaftswachstums, was einen Haushalt ohne Schuldenaufnahme (2014–2019) ermöglichte, betrug die Nettokreditaufnahme des Bundeshaushaltes als Folge von Corona im vergangenen Jahr 130,5 Mrd. € (Quote 73%).

■ Paul B. Kleiser

Dieses Jahr werden es wohl noch gut 100 Mrd. € mehr sein; der geplante Gesamthaushalt für 2021 liegt bei fast 548 Mrd. €. Und auch in den kommenden Jahren wird der Haushalt aller Voraussicht nach ohne Neuverschuldung nicht zu finanzieren sein.

Am 26. Januar 2021 hat Kanzleramtsminister Helge Braun in einem Gastbeitrag im *Handelsblatt* die Schuldenbremse in Frage gestellt. Sie sei „in den kommenden Jahren auch bei ansonsten strenger Ausgabendisziplin nicht einzuhalten“. Daher solle das Grundgesetz geändert werden, damit zur Abarbeitung der Corona-Krise ein „degressiver Korridor für die Neuverschuldung“ festgelegt werden könne. Brauns Intervention hat in der CDU – vor allem auf dem rechten Flügel bzw. bei der „Mittelstandsunion“ – für ziemlichen Aufruhr gesorgt, denn die „schwarze Null“ gilt in der Union als sakrosankt und als eine Erfolgsstory, die die aktuelle wirtschaftspolitische Identität der Konservativen bestimmt. Hinzu kommt, dass auch die Finanzminister der SPD (Steinbrück und Scholz) im Zuge der Rechtswende dieser Partei das konservative (bzw. ordoliberal) Credo übernommen haben. Dies zeigt nur, wie sehr die beiden „Volksparteien“ ihre ursprünglichen programmatischen Inhalte geschreddert haben. Zu Ende der Ära Merkel geraten die beiden miteinander verbundenen Topoi ihrer Wirtschaftspolitik, „die schwarze Null“ und die „schwäbische Hausfrau“, wegen der multiplen Folgen der Corona-Pandemie in eine zunehmende Krise. Die Auseinandersetzung darüber wird den Bundestagswahl-

kampf bestimmen. Der Vertreter des Ordoliberalismus im Rat der Wirtschaftsweisen, Prof. Lars Feld vom Eucken-Institut, wurde bereits gefeuert.

In seinem hervorragenden Buch über „die Erschöpfung des deutschen Konservatismus“ schrieb der Politologe Thomas Biebricher: „In inhaltlicher Hinsicht hat sich der deutsche Konservatismus bei allen gelegentlichen symbolpolitischen Maßnahmen daher weitgehend erschöpft – mit einer großen Ausnahme. Die letzte intakte konservative Kernposition ist das Bekenntnis zur öffentlichen Haushaltsdisziplin, die innenpolitisch durch die ‚schwarze Null‘ versinnbildlicht wird und sich auf europäischer Ebene in einem Regime niederschlägt, das der Haushaltsdisziplin die meisten anderen wirtschaftspolitischen Ziele kategorisch unterordnet.“ (Biebricher 2018, 290)

In einem Gastbeitrag für die *Süddeutsche* schrieben Stephan-Götz Richter von *The Globalist* und Daniel Dettling vom Institut für Zukunftspolitik: „Mit Blick auf das Erfordernis eines entschlossenen Aufbruchs zu einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Wirtschaftsstruktur erweist sich die CDU-Terminologie à la ‚Schwarze Null‘ – oder aktuell die ‚Grüne Null‘ – als defensiv, mutlos und inhaltsleer. Was fehlt, ist eine politische Erzählung, die mit einem überzeugenden Narrativ verbunden und mit konkreten Zielvorgaben untermauert ist.“ (SZ, 15. Februar 2021)

In einem Interview mit der GEW-Zeitung *Erziehung & Wissenschaft* (Nr. 2/21) sagte der Bremer Wirtschaftsprofessor Rudolf Hickel: „Die Schuldenbremse ist

eine Katastrophe und eine Todsünde, denn sie verhindert, dass gesellschaftlich wichtige, nachhaltige Investitionen auch über Kredite finanziert werden. Sie hat den Staat gezwungen, in wichtigen Infrastrukturbereichen zu kürzen. Das sieht man ja an den Schulen, wo teilweise nicht mal mehr Reparaturen finanziert werden, geschweige denn neue Gebäude. Bei den Kommunen gibt es – durch den Druck der Null-Verschuldung bei den Ländern – einen Investitionstau von 44 Milliarden allein bei den Schulen. Der lässt sich nur durch neue Kredite abbauen. Die Schuldenbremse ist zu einer Investitions-, ja: Zukunftsbremse geworden. Kein Unternehmen käme auf die Idee, auf Kredite für seine später rentierlichen Investitionen zu verzichten.“

An anderer Stelle schreibt Rudolf Hickel: „Diese populistischen Vorurteile gegen den *gestaltenden Staat* werden im vorherrschenden Dogma von der Schuldenbremse massenwirksam zugespielt. Es dominieren Irrtümer nach dem Muster der Trugschlussökonomik, die auf der Ineinssetzung einzelwirtschaftlichen Verhaltens mit der Rolle des Staates in der Gesamtwirtschaft resultieren.“ (Hickel in: Marquardt/Pulte 2019, S. 144)

„In Deutschland ist der Abbau der Neuverschuldung ohne Rücksicht auf die Aufgaben eines die Gesellschaft gestaltenden Staates seit 2011 (damals noch unter Schwarzgelb, pbk) Hauptziel der neuen Finanzpolitik. Nach recht kurzer Debatte wurde die Schuldenbremse in das Grundgesetz aufgenommen. Spiegelbildlich dazu ist die zuvor geltende ‚goldene Regel‘, die im Ausmaß öffentlicher Investitionen eine Kreditaufnahme vorsah, aus dem Grundgesetz gestrichen worden.“ (ibid., S. 145) Den Ländern wurde – von konjunkturell bedingten Schwankungen der Steuereinnahmen abgesehen – eine Kreditfinanzierung komplett verboten. Nur im Falle von „Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen“ (Art. 115 GG) sind Ausnahmen möglich.

Mit dem „europäischen Fiskalpakt“ wurde der deutsche ordoliberalen Ansatz mit den Maastricht-Kriterien auch auf die EU übertragen. („Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ vom 1. Januar 2013.) Hier wurde der Anteil der strukturellen Neuverschuldung am BIP eines Mitgliedslandes von drei auf 0,5 Prozent abgesenkt.

Diese Austeritätspolitik hatte katastrophale Auswirkungen: Spanien und Italien erreichten 2018 wieder das Wirtschaftsniveau von 2011, und Griechenland fiel von einem BIP von etwa 300 Mrd. Euro auf heute ca. 230 Mrd. Euro (statista.com, alle vor Corona), also ein für

Friedenszeiten einmaliger Verarmungsprozess. Wahrlich tolle Erfolge dieser Sparpolitik!

Wachstum und Schulden

Im Januar 2010 veröffentlichten die beiden Wirtschaftsprofessoren Carmen Reinhardt und Kenneth Rogoff einen wirkmächtigen Aufsatz „Growth in a Time of Debt“ (Wachstum im Zeitalter der Schulden), der in Deutschland (abgesehen von vielen Wirtschaftswissenschaftler*innen) vor allem von den Finanzministern Peer Steinbrück (Finanzminister 2005–2009) und Wolfgang Schäuble (Finanzminister 2009–2017) rezipiert wurde. Den Autor*innen ging es dabei vor allem um die Verschuldung der USA, die 2010 bei knapp 100 % lag. („2019 erreichte sie dort 107 % und dürfte Ende des Jahres bei über 130 % liegen. (statista.com) Die Grundthese besagt, dass bei einem Schuldenstand von über 90 Prozent – gemessen am BIP – das Wirtschaftswachstum drastisch abnimmt. Student*innen haben nach einiger Zeit die Berechnungen der Professoren nachgeprüft und aufgezeigt, dass diese zahlreiche Fehler begangen haben, so dass die Grundthese unhaltbar ist.

Die Austeritätsideologie wurde schon unzählige Male widerlegt, steht aber – gleich einem Zombie – immer wieder von den Toten auf. „Der Grund dafür ist zum einen die verführerische Einfachheit der Idee und zum anderen die Tatsache, dass sie es konservativen Kräften erlaubt, den verhassten Wohlfahrtsstaat aus scheinbar plausiblen Gründen zurechtzustutzen. Alles in allem ist Austerität also aus drei Gründen eine gefährliche Idee: Sie funktioniert nicht in der Praxis; sie lässt die Armen für die Fehler der Reichen bezahlen; und sie basiert darauf, dass der Fehlschluss von den Teilen auf Ganze kein Problem darstellt – was in der heutigen Welt ganz eklatant falsch ist.“ (Mark Blyth 2014, 34)

Die drohende Inflation

Im Umfeld der Finanz- und Bankenkrise von 2008 ff., die zu einem Wirtschaftseinbruch von 5,7 Prozent und zu einem raschen Anstieg der Neuverschuldung führte, erklang in Deutschland die alte Leier von der drohenden Inflation. Vor gut zwanzig Jahren hat dann die Föderalismuskommission (im Rahmen der Diskussionen um den Maastrichter Vertrag) die Schuldenbremse beschlossen; ab dem 1. Januar 2011 erhielt sie Gesetzeskraft. Das Ziel der Schuldenbremse war es, langfristig tragfähige Haushalte sicherzustellen, um dem Staat *à la longue* einen größeren Handlungsspielraum zu sichern. Doch damals ging man von steigenden Zinsen bei (je nach Land) zwischen fünf und zehn Prozentpunkten aus – wie das in der Ära Kohl/Waigel ja auch der Fall

gewesen war. Aber mittlerweile erhält der deutsche Staat noch Geld, wenn er sich an den internationalen Finanzmärkten verschuldet – die Zinsen sind für ihn negativ. Das hat nur bedingt mit der Geldpolitik der EZB zu tun, wie viele mutmaßen; tatsächlich gibt es international ein starkes Überangebot an Geld, das sichere und profitable Anlagemöglichkeiten sucht. (Das hat zu einer „asset-inflation“ geführt; Aktien und vor allem Immobilien haben sich massiv verteuert, ein Blick in die deutschen Großstädte genügt.) Der deutsche Staat (alle öffentlichen Haushalte zusammen) konnte den Rückgang der Verschuldung von über 80 auf 59 Prozent (2019) des BIP einerseits durch höhere Steuereinnahmen infolge des Wirtschaftswachstums und des Exportbooms (die Schulden wuchsen sich sozusagen aus), vor allem aber durch sich steigernde *Zinsersparnisse* finanzieren: Sie betragen (laut Deutscher Bundesbank) 2010 18,8 Mrd. €, 2011 21,6 Mrd. €, 2012 28,2 Mrd. €, 2013 41,6 Mrd. €, 2014 45,2 Mrd. €, 2015 49,2 Mrd. €, 2016 53,4 Mrd. €, 2017 55,7 Mrd. €, 2018 56,3 Mrd. € und 2019 57,9 Mrd. €. Die Ersparnis seit 2009 erreichte also eine Gesamtsumme von 435,5 Mrd. Euro!

Diverse Artikel des Grundgesetzes mussten zur Einführung der ‚schwarzen Null‘ geändert werden, so der Artikel 109: „Die Haushalte von Bund und Ländern sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen.“ Den Ländern wurde eine Kreditaufnahme ganz verboten. Für den Bund wurde in Artikel 115 GG völlig willkürlich festgelegt: „Die strukturelle Neuverschuldung des Bundes darf demnach 0,35 Prozent des nominalen Bruttoinlandsproduktes nicht überschreiten.“ Allerdings gibt es eine Berücksichtigung von heftigen Konjunkturschwankungen. Mit Zustimmung des Bundestages dürfen die Kreditobergrenzen nur „im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen“, außer Kraft gesetzt werden. Dieser Passus wurde bei der Haushaltsplanung der Corona-Jahre 2020 und 2021 in Anspruch genommen. Eigentlich sind diese Bestimmungen verfassungswidrig, denn sie widersprechen dem Demokratieprinzip, wonach die Parlamente in ihren Entscheidungen souverän zu sein haben. Hier finden sich Reste von Obrigkeitsstaat.

Stoiber und Steinbrück: Die Ängste des deutschen Kleinbürgers

Am 12./13. Mai 2021 veröffentlichten Edmund Stoiber (CSU) und Peer Steinbrück (SPD), langjährige Ministerpräsidenten und Kanzlerkandidaten, nachdem sie ange-

lich „über Monate konferiert“ haben, in der *Süddeutsche Zeitung* ein gemeinsames Papier, in dem sie ein „Ende der Schuldenpolitik“ (so der Titel) einfordern. Das Papier wurde von den „üblichen Verdächtigen“, den früheren CDU-Ministerpräsidenten Günther Oettinger und Roland Koch, von Hans-Werner Sinn, Kurt Faltlhauser (früher bayerischer Finanzminister), Nikolaus von Bomhard (Münchner Rück), Paul Achleitner (Deutsche Bank), Wolfgang Reitzle (Linde) und Linda Teuteberg (bis 19. September 2020 FDP-Generalsekretärin), unterzeichnet. Auf den ersten Blick könnte die Mitarbeit von Steinbrück überraschen, doch längst reiht er sich unter die Neokonservativen ein. Im Grunde geht es angesichts der Kosten der Coronakrise um eine Neuauflage der „Agenda 2020“.

Jürgen Habermas hatte diese Volte erwartet, als er schrieb: Bis zum Auftreten der AfD hatte „die CDU-Führung stets dafür gesorgt, dass sich der deutsche Wirtschaftsnationalismus in eine europafreundliche Rhetorik einkleiden ließ. Doch mit der Verschiebung der parteipolitischen Machtbalance hat gleichzeitig ein Protestpotential seine Sprache gefunden, das sich im innerdeutschen Einigungsprozess lange aufgestaut hatte.“ (Habermas, „30 Jahre danach: Die zweite Chance“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 9/2020, S. 45)

Das Hauptargument der beiden Autoren liegt in der Behauptung, die EZB gefährde durch ihre expansive Geldpolitik die langfristige Finanzstabilität, insbesondere weil sie die langfristige Finanzstabilität großenteils durch den Erwerb von Staatspapieren erreicht habe.

Die Autoren kritisieren den „Europäischen Wiederaufbaufonds“, der zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Pandemie eingerichtet wurde und den sie „als riesigen Nebenhaushalt mit gesamtschuldnerischer Haftung“ bezeichnen. „Einige Mitgliedstaaten sehen darin die Gelegenheit, ihre bei Beginn der Währungsunion nicht durchsetzbaren Forderungen nach gemeinschaftlicher Haftung und umfassenden Transfersystemen voranzutreiben.“ Natürlich wird verschwiegen, dass es vor allem Deutschland und seine Satelliten waren, die sich einer weitergehenden Integration verweigert haben. Erst der Brexit und der Druck von Macron haben nun die halbherzige gemeinsame Schuldenaufnahme möglich gemacht.

Angeblich ergeben sich aus der „ultralockeren Geldpolitik“ der EZB sechs massive Gefahren: Für den deutschen Kleinbürger droht immer und überall die Inflation. Natürlich dürfte die Inflationsrate etwas ansteigen, weil in der Erholung der Konjunktur auch Konsumwünsche

realisiert werden. Außerdem führt das kalte Frühjahr zu einem Anstieg der Energiekosten. Doch handelt es sich um ein vorübergehendes Phänomen, denn der Globalisierungsprozess verhindert aufgrund der weltweiten Konkurrenz tendenziell starke Teuerungen. Andere Autoren, so Charles Goodhart, behaupten, eine alternde Bevölkerung treibe die Löhne hoch und das führe zu Inflation – ein Argument, das auch Hans-Werner Sinn seit Jahren vertritt. Empirisch nachvollziehen lässt es sich nicht.

Das nächste neoliberale Argument von Stoiber-Steinbrück ist, die lockere Geldpolitik verführe zu einer Verfestigung von „nicht mehr wettbewerbsfähigen Strukturen“, wodurch die Anreize der Mitgliedsstaaten sinken würden, „durch strukturelle Reformen ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen“. Auch dieses Argument stammt aus der neoliberalen Mottenkiste, die die Austerität zu einer Dauer-einrichtung machen möchte. Wer sich nicht so verhält, entwickelt eine „Anspruchshaltung“ an den Staat, der „alle wirtschaftlichen Risiken abzudecken“ hat. Selbstverantwortung und der „marktwirtschaftliche Auswahlprozess“ hätten dahinter zurückzutreten. Schlussfolgerung: Der Staat solle also möglichst Sozialabbau betreiben.

Der EZB wird ein „Rundum-sorglos-Paket“ unterstellt, das die Politik entmündige, „indem es die notwendige politische Prioritätensetzung in der Ausgabenpolitik untergräbt und damit letztlich zu finanzieller Überdehnung der Staaten führt.“ Auch dieses Argument taugt solange nichts, als die Ausgaben nicht rein konsumtiv bleiben, sondern Programme der Entwicklung der Infrastruktur – die in der Epoche des Neoliberalismus sträflich vernachlässigt wurden, umgesetzt werden. Es war im Übrigen die Finanzspekulation mit allen möglichen Derivaten, die viele europäische Banken geschwächt und teilweise in den Ruin getrieben hat – und nicht die Politik der EZB!

Und schließlich die Behauptung, die Aufnahme gemeinsamer Schulden, die von allen Mitgliedsländern garantiert werden, würde den Zusammenhalt der Europäischen Union gefährden, weil es zu Auseinandersetzungen zwischen „armen“ und „reichen“ Mitgliedsstaaten komme. Die Autoren empfehlen daher eine „alsbaldige Rückkehr zu einer soliden, nachhaltigen Finanz- und wirtschaftlichen Wachstumspolitik“. Und eine Abschaffung der Schuldenbremse sei auch „unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit nicht akzeptabel“ – wiederum der neoliberale Schwachsinn, der nur Ausgaben kennt, aber nicht sehen will, dass produktive Investitionen (etwa in Schulen, Gesundheitswesen, Schienen und Straßen,

aber auch Tourismus) auch kommenden Generationen zugutekommen.

In der CDU/CSU wird die Gegenposition zu Stoiber-Steinbrück vor allem von Wolfgang Schäuble vertreten: „Vor allem braucht es heute den Mut, den wir in der Krise 2010 nicht hatten, um endlich zu mehr Integration in der Eurozone zu kommen. Wir dürfen die Chance nicht wieder verpassen, sondern müssen die Disruption entschlossen nützen, um über den Europäischen Aufbaufonds jetzt die Währungsunion zu einer Wirtschaftsunion auszubauen.“ (FAZ, 6.7.2020)

Der Topos von der „schwäbische Hausfrau“

Wenn auf die angebliche Notwendigkeit des *Sparens* verwiesen werden soll, bemüht Angela Merkel gerne den Topos von der „schwäbischen Hausfrau“. Offenbar kommt er ihrer konservativen Klientel entgegen. Ursache und Wirkung von Staatsschulden werden verwechselt und es wird „moralisierend zwischen ‚gutem Sparen‘ und ‚bösem Geldausgeben‘“ unterschieden. (Blyth 2014, 36) Der Topos verweist auf eine familiäre Situation, die in den fünfziger und sechziger Jahren (!) auf viele Familien zugetroffen hat, als die geschlechtliche Arbeitsteilung noch „klassisch“ war: Ehemann und Vater gingen lohnarbeiten und gaben dann einen bestimmten Teil des Geldes für die Haushaltskasse und kleinere Anschaffungen an die Hausfrau und Mutter ab, die darüber akribisch Buch führte und natürlich keine Schulden machte („anschreiben ließ“). Man darf ja nicht „über seine Verhältnisse leben“, so lautet die sattsam bekannte Kleinbürgermoral.

Doch was passiert, wenn größere Anschaffungen oder gar der Bau oder Kauf einer Wohnung oder eines Hauses anstehen? Dann wird der Ehemann natürlich zur Sparkasse oder Volksbank gehen und mit ihnen eine Kreditvereinbarung treffen, weil eben solche Investitionen nicht aus der Haushaltskasse zu bezahlen sind. Die Familie wird also Schulden haben, was sie solange nicht bekümmern muss, wie die Einnahmen aus Lohn oder Gehalt regelmäßig eintreffen. Man sieht also, wie rückwärtsgewandt und blöde der Topos von der „schwäbischen Hausfrau“, angewandt auf die Politik, ausfällt. Außerdem: Wenn die Familie ein Häuschen besitzt, wird sie es an die Kinder vererben – diese haben also von den (dann abbezahlten) Schulden auch langfristig etwas gehabt.

Ist Sparen eine deutsche Tugend?

Ich kann mich noch gut erinnern, dass zum Weltspartag¹ ein Angestellter der Sparkasse an die Schule kam, um die

mitgebrachten Spargroschen der Schüler*innen in die Sparbücher einzutragen und mitzunehmen. Einigen ganz Eifrigen schenkte man dann den „Sparefroh“, eine Drahtfigur mit einem Pfennig als Bauch.

Bis heute ist in Deutschland die Sparquote höher als in vergleichbaren EU-Ländern. Die sog. „Bruttosparquote“ der Privathaushalte, also der Bruttosparbetrag geteilt durch das verfügbare Bruttoeinkommen, lag zwischen 2008 und 2018 bei 17,4%. In Spanien waren dies 7,8%, in Frankreich 14,5% und in Italien 11%. Auch die öffentlichen Defizite waren dort deutlich höher.² (95,5%, 98,1% und 134,8, jeweils 2019; Quelle: statista.com)

Das Problem liegt jedoch im sog. „Sparparadox“: Wenn alle sparen, führt das zu geringerer gesellschaftlicher Nachfrage und tendenziell zu geringerem Wachstum und Wohlstand. Ein Überangebot an Waren und Dienstleistungen bei einer zu geringen Nachfrage führt aber zu Preisverfall und verschärfter Konkurrenz. Viele kleinere Anbieter machen Pleite und müssen aus dem Markt ausscheiden, wie die Corona-Krise gerade wieder im Bereich des Einzelhandels, der Gastronomie und des Tourismus zeigt. „Ein Kapitalist schlägt viele andere tot“. (Marx) Die deutschen Kapitalisten versuchen das Problem durch immer neue Exportoffensiven zu umschiffen, was zu hohen Handels- und auch Leistungsbilanzüberschüssen gegenüber vielen anderen Ländern führt. Vor allem zwischen 2011 und 2019 lag der Überschuss auf einer historischen Rekordmarke zwischen sechs und neun Prozent! (2018: 260 Mrd. €, SZ, 18.01.2021) Gemeinhin wird argumentiert, dies läge an der Qualität der deutschen Produkte (Autos, Maschinen), doch in Wirklichkeit lag das am Rückgang der Importe im Gefolge der „Hartz-Reformen“ bei einer lange stagnierenden Binnennachfrage.

Wie konnte das passieren? Zunächst verloren die deutschen Haushalte seit Mitte der 1990er Jahre etwa acht Prozent des gesamtwirtschaftlichen Einkommens, vor allem wegen des Anschlusses der DDR und des dadurch bedingten Fischzuges der Unternehmer. Durch die Hartz-Gesetzgebung, die zur Gewinnexplosion und vor allem der Schaffung eines breiten Niedriglohnsektors führte, konnte das Kapital sich gütlich tun. Die Kapitalisten erhöhten ihre Ausgaben nur mäßig; vor allem nahmen sie kaum Kredite in Anspruch, so dass ihre Eigenkapitalquoten stark anstiegen. Ab 2013 sanken die Anteile (relativ!) der Privathaushalte als Folge der „schwarzen Null“, die ja für steigende Überschüsse in den Haushalten sorgte. Doch diese Überschüsse wurden nicht für höhere Investitionen genutzt; die Infrastruktur altert und verfällt immer weiter

(Schulen!). Am deutlichsten wird dies in der öffentlichen Verwaltung, wo häufig sogar noch Faxe im Einsatz sind. (vgl. Nachtwey 2016, 56 f.)

Wachstum und Schulden

Die konkrete Ausgestaltung der Schuldenbremse wurde sogar (typisch) von einem SPD-Mann vorgenommen, von Christian Kastrop, der zwischen 1989 und 2014 Beamter im Finanzministerium war und die Arbeitsgruppe leitete, die die „Schuldenbremse“ ausgestaltet hat.³ Er war es auch, der 2005 vorgeschlagen hat, die Schuldenbremse ins Koalitionsprogramm der von Angela Merkel geführten Großen Koalition zu schreiben. (*Der Freitag*, 28. 01. 2021) Im Finanzministerium glaubte man damals, eine strukturelle Neuverschuldung sei bis zu einer jährlichen Höhe von 0,5% des BIP langfristig noch tragfähig. Dahinter stand ein Bericht der EU-Kommission, in dem die Tragfähigkeit der Schulden mit der deutschen Demografie (alternde Bevölkerung) in Beziehung gesetzt wurde. (Vgl. auch das Kapitel 7 „Deutschland – Land der Greise“ in Hans-Werner Sinns Buch *Deutschland schafft sich ab*, München 2004) Doch natürlich konnte man die Folgen der Zuwanderung nach Deutschland überhaupt nicht abschätzen. Übrigens ist Kastrop danach durchaus nach oben gefallen, denn heute ist er Staatssekretär im Justizministerium.

Die 19 Finanzminister der Euro-Gruppe einigten sich Mitte März, den seit einem Jahr ausgesetzten Stabilitätsvertrag weiterhin, wohl auch 2022, nicht anzuwenden, um der Wirtschaft nicht zu früh die Unterstützung zu entziehen. Der Vorsitzende, der irische Finanzminister Paschal Donohoe, erklärte: „Wenn man plötzlich die Ausgaben senkt, mag das Defizit für kurze Zeit besser aussehen, aber sehr schnell wirkt sich das auf die Arbeitslosigkeit und das Einkommen der Bürger aus – mit ernststen sozialen und negativen Effekten für die Staatsverschuldung.“ (SZ, 18.03.2021)

Die staatlichen Nettoinvestitionen (Sachvermögen) sind seit 2012 geschrumpft, im Jahr 2014, als erstmals ein Haushaltsüberschuss erzielt wurde, sogar um 5,44 Mrd. € (Hickel 2019, 149). Auf die Bruttoinvestitionen bezogen wurden noch nicht einmal Ersatzinvestitionen im Ausmaß der Abschreibungen vollzogen. Am deutlichsten sichtbar sind diese Defizite – Corona hat sie gnadenlos aufgezeigt – im Schul- und Hochschulbereich, im Kranken- und Pflegebereich, in der Verkehrsinfrastruktur, in der Öffentlichen Verwaltung (Digitalisierung) und im ökologischen Umbau der Wirtschaft. Mit diesen Sparorgien ging auch eine Reduzierung der entsprechenden Beschäftigung einher. Die

dramatische Situation in vielen Krankenhäusern und im Pflegebereich ist bekannt.

Angeblich wird ja zugunsten künftiger Generationen „gespart“, doch das ist ein Mythos. Öffentliche Kredite sind eines der wenigen staatlichen Instrumente, diese Generationen an der Finanzierung zu beteiligen, die *auch ihnen* zugutekommen (so wie das Häuschen der Schwäbin). Die Steuerfinanzierung von öffentlichen Investitionen belastet ausschließlich die heutigen Steuerzahler*innen. Neoliberale Ideologen reduzieren die Schuldenberge ausschließlich auf die Vererbung von Lasten, doch es werden eben nicht nur *Lasten*, sondern die durch die öffentlichen Investitionen entstandenen *Vermögen* (z. B. Infrastruktur) vererbt. Natürlich stellt sich die Frage, was mit den Vermögenstiteln (Staatsanleihen) und deren Renditen geschieht, die wahrscheinlich von der unteren Hälfte der Bevölkerung nicht erworben werden können. Dem lässt sich aber nur durch eine stärkere Besteuerung der Vermögenden entgegenwirken.

Beggar your neighbour-policy

Zwar haben die deutschen Exporte 2020 deutlich gelitten; sie fielen von 1328 Mrd. auf 1205 Mrd. Euro. Doch auch die Einfuhren gingen in ähnlicher Größenordnung zurück, von 1104 Mrd. auf 1026 Mrd. Euro.

Doch auch weiterhin bewegt sich der Außenhandelsüberschuss auf hohem Niveau: Er betrug (in jeweiligen Preisen, Quelle: Stat. Bundesamt) 2010 155 Mrd. €, 2011 159 Mrd. €, 2012 193 Mrd. €, 2013 198 Mrd. €, 2014 214 Mrd. €, 2015 244 Mrd. €, 2016 249 Mrd. €, 2017 248 Mrd. €, 2018 229 Mrd. €, 2019 224 Mrd. €

Die größten Überschüsse (2019) bestehen gegenüber den USA (47,4 Mrd. €), Großbritannien (40,8 Mrd.) Frankreich (40,4 Mrd. €) und dem kleinen Österreich (22,0 Mrd. €). Defizite bestehen gegenüber Ländern, aus denen Rohstoffe und Energie importiert werden (Russland, die Niederlande, Norwegen, aber auch gegenüber Ländern, die in Teilproduktionen konkurrenzfähig sind (VR China und Japan) bzw. in bestimmte Lieferketten eingebaut sind (Tschechien, Slowakei, Ungarn etc.).⁴

Literatur:

- Biebricher, Thomas: 2019: *Geistig-moralische Wende*. Die Erschöpfung des deutschen Konservatismus, Berlin (Matthes&Seitz).
- Blyth, Mark, 2014: *Wie Europa sich kaputtspart*. Die gescheiterte Idee der Austeritätspolitik, Bonn (Dietz).
- Haffert, Lukas, 2020: „Die ‚schwarze Null‘ ist Geschichte. Aber hat sie eine Zukunft?“, in: *Aus Politik und Zeitgeschehen*, Nr. 48/2020, S. 4-10.

Nachtwey, Oliver, 2016: *Die Abstiegs-gesellschaft*. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Berlin (edition suhrkamp 2682).

Stütze, Ingo, 2013: *Austerität als politisches Projekt*. Von der monetären Integration Europas zur Eurokrise (Westfälisches Dampfboot).

1 Sparen als nationale Pflicht: 1928 bewarb die Sparkasse den Weltspartag unter dem Motto: „Wer spart, stärkt Deutschlands Stellung in der Welt!“

2 Riccardo Puglisi, „Sparen – eine deutsche Obsession?“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* Nr. 48/2020, S. 22.

3 Das hat eine gewisse historische Logik: 1949 bezeichnete der Labour-Schatzkanzler Stafford Cripps Forderungen nach höheren Löhnen als kurzfristig, unfair, ignorant und möglicherweise absichtlich böse. Die wirtschaftlichen Prioritäten müssten lauten: Zuerst Exporte, dann Investitionen und ganz zum Schluss persönlicher Konsum. Seit Hartz IV klingt das irgendwie bekannt.

4 Isw-Wirtschaftsinfo Nr. 58, S. 11f.



DEMOKRATISCHE PLANWIRTSCHAFT – MEHR ALS EIN FROMMER WUNSCH?

Nach Jahrzehnten bleiernem Schweigen fällt in den Diskussionen über Alternativen zum Kapitalismus seit einem Jahr ab und zu wieder das Wort „Sozialismus“, in Frankreich und im angelsächsischen Raum sogar der Begriff „Planwirtschaft“. Ein Anlass, diesen Ball aufzunehmen ... (Teil I)

■ Paul Michel

Schon vor dem Zusammenbruch des „Realen Sozialismus“ war klar, dass die Länder, in denen er geherrscht haben soll, keine „Erfolgsgeschichte“ und somit auch keine Werbung für den Sozialismus vorzuweisen haben. Misswirtschaft, Verschwendung in großen Ausmaßen, niedrige Produktivität, gigantische Umweltverschmutzung, entmündigte und somit desinteressierte Belegschaften prägten das Bild, das sich der Westen vom realen Sozialismus machen konnte. Wer als Linker in der BRD von Sozialismus redete, bekam häufig zu hören: „Geh doch rüber“. Nach dem Zusammenbruch der Kommandowirtschaften in Osteuropa und den zur Sowjetunion gehörenden Teilen Asiens brach unter den Fürsprechern des Kapitalismus Triumphgeschrei aus.

Angesichts der brutalen sozialen Verwerfungen und Katastrophen, die uns die neoliberale Spielart des globalisierten Kapitalismus beschert hat, sind diese Schreihälse leiser geworden. Francis Fukuyama nahm sogar seine Aussagen über das Ende der Geschichte von 1992 zurück. Der Kapitalismus hat an Strahlkraft stark eingebüßt – Leider hat die Linke davon kaum profitiert. Unsere Ausstrahlung ist nach wie vor schwach. „There is no alternative“ (Thatcher) oder „Das ist alternativlos“ (Angela Merkel) bekommen wir zumeist zu hören, wenn wir den real existierenden Kapitalismus kritisieren. Insbesondere mit dem

Vorschlag einer „sozialistischen Planwirtschaft“ können wir nach wie vor keinen Blumentopf gewinnen.

Die historische Bürde des „realen Sozialismus“

Das Problem ist, dass die Kommandowirtschaften des 20. Jahrhunderts, die Planwirtschaften in den Ländern des „realen Sozialismus“, sich weder in puncto Effektivität, noch in Sachen demokratischer Selbstverwaltung der Produzenten und schon gar nicht hinsichtlich eines schonenden Umgangs mit der Natur mit Ruhm bekleckert haben. Im Gegenteil: Gigantische Naturzerstörung, politische Entmündigung der Menschen unter der Fuchtel von Einparteien-Regimes, autoritär-paternalistische Strukturen in der Wirtschaft und Verwaltung und eine durch irrationale Strukturen verursachte Ressourcenverschwendung gigantischen Ausmaßes kommen heutzutage den Menschen spontan in den Kopf, wenn unerschütterliche Linke von „sozialistischer Planwirtschaft“ sprechen. Früher bekamen wir zu hören „Geh doch rüber“, heutzutage ernten wir eher ein mitleidiges Lächeln („Du armer Irrer“).

Ohne den Anspruch, das Thema an dieser Stelle erschöpfend zu behandeln, sollen hier zumindest ein paar Anmerkungen, die andeuten, warum es in den realsozialistischen Kommandowirtschaften zu den bekannten Auswüchsen kam, zur Kenntnis gebracht werden.

Da wäre zunächst die *Überzentralisierung*. Man glaubte vom Zentrum her praktisch die gesamte Gesellschaft erfassen und entsprechend auch steuern zu können. Entsprechend versuchte man praktisch jeder Fabrik vorzuschreiben, was sie wie in welcher Menge zu produzieren hat und wie sie mit anderen Fabriken den Austausch regelt. Quasi über jede Schraube entschied die zentrale Planungskommission. Die ständigen Interventionen der übergeordneten Hierarchieebenen schränkten die Entscheidungsmöglichkeiten der unteren, örtlichen Ebene ein. Die Betriebe hatten vor allem die Vorgaben von Oben umzusetzen, den Plan zu erfüllen. Die Möglichkeiten, aus eigener Initiative auf Grundlage ihrer detaillierten Kenntnisse der Lage vor Ort angemessene Maßnahmen zu treffen, waren sehr eingeschränkt bis nicht existent. Aufgrund der autoritären Strukturen in politischen und wirtschaftlichen Apparaten mussten die Entscheidungsträger auf den unteren Ebenen bei „Nichterreichung der Planziele“ mit zum Teil drakonischen Sanktionen rechnen. In der Hochzeit des Stalinismus, unter der Herrschaft Stalins, konnte daraus schnell der Vorwurf der „Sabotage“ entstehen. Vermutlich geht in der Sowjetunion die Zahl der Fabrikdirektoren, die dieser Vorwurf direkt das Leben oder die Deportation in ein Lager des Gulag kostete, in die Tausende. Weil die untere Ebene mit den übergeordneten Hierarchieebenen in der Regel nicht mit offenen Karten spielen konnte, nicht offen über die vorhandenen Probleme sprechen konnte, die Vorgaben von Oben nicht in Frage stellen durfte, sondern umzusetzen hatte, bildete sich in den Kommandowirtschaften des „realen Sozialismus“ ein auf den ersten Blick absolut irrationales System der Wirtschaft heraus, das geradezu zwangsläufig durch Verschwendung und absurde Fehlinvestitionen geprägt war.

Es herrschte ein *System von Bluff und Gegenbluff*. In der Regel untertrieb das örtliche Management die vorhandenen eigenen Ressourcen und übertrieb bei dem benötigten Material (Rohstoffe, Komponenten). Auf diese Weise meinte es die vorgegebenen Ziele leichter erreichen und die entsprechenden Prämien abgreifen zu können bzw. Strafsanktionen vermeiden zu können. Das wurde durch einen anderen Umstand noch verstärkt: In den Kommandowirtschaften des realen Sozialismus herrschte ein chronischer Mangel bei der Versorgung mit Ersatzteilen und von für die Produktion notwendigen Komponenten. Man konnte sich nie wirklich darauf verlassen, dass die angeforderten und versprochenen Teile letztlich auch geliefert wurden. Schon um solch unliebsame Überraschungen zu vermeiden legten sich die Betriebe überdimensionierte

Ersatzlager an. Gewisse Probleme (Risikovermeidung, Widerstand gegen Innovationen, Anlegen von Reserven, Konformismus gegenüber Vorgesetzten, Willkür gegenüber Untergebenen, Trägheit, mangelnde Effektivität, Korruption) waren nicht nur auf der Ebene der Bürokratie, der Leitungen der Betriebe allgegenwärtig. Das System der Kommandowirtschaft prägte nachhaltig negativ das Bewusstsein der Belegschaften. Bekanntlich war in den realsozialistischen Gesellschaften eine aktive Beteiligung der Arbeiter am Prozess der Entscheidungsfindung weder in den Betrieben noch in der Gesellschaft vorgesehen. Schon seit der Zeit des russischen Bürgerkriegs gab es in den Betrieben das „Ein-Mann-Management“. Insofern unterschied sich im Realsozialismus der Status der Arbeiter nur wenig von den Verhältnissen im Kapitalismus. Die undemokratischen Strukturen in Gesellschaft und Wirtschaft hatten entsprechende Verhaltensmuster bei den Arbeitern und Angestellten in den Betrieben zur Folge. Weit verbreitet war im Realsozialismus jene Art von entfremdeter Arbeit, bei der die Arbeiter an der Arbeit desinteressiert sind. Ihr vorrangiges Anliegen war, bei minimaler Arbeit ein Maximum an Lohn für sich herauszuholen zu wollen.

Kein Mutterland, kein Kochbuch

Schon vor 1989 gab es kein Mutterland des Sozialismus, das uns vorführte, wie die Dinge zu laufen hätten. Auch wenn so manche sich das wünschen mögen. Es gibt kein handliches Kochbuch, in dem wir auf die Schnelle die fertigen Antworten für unsere Probleme finden können. Es ist weder möglich noch anstrengenswert, jetzt ein detailliertes Modell für die Zukunft zu entwickeln. Allenfalls können wir ein paar Grobskizzen zeichnen. Dabei können wir allerdings auf einen reichhaltigen Erfahrungsschatz zurückblicken, der uns zahlreiche Impulse und Anregungen für die zu schaffenden Alternativen geben kann.

Alles zu kompliziert?

Apologeten der freien Marktwirtschaft bauschen gerne die Probleme rund um die Planbarkeit volkswirtschaftlicher Prozesse auf. Die Urväter des Neoliberalismus, die österreichischen Ökonomen Friedrich August von Hayek und Ludwig von Mises sagen: 12 Millionen verschiedene Güter würden täglich produziert. Das alles von einer zentralen Planungskommission aus zu planen, sei schlicht ein Ding der Unmöglichkeit.

In der Debatte um Planwirtschaft zwischen Ernest Mandel und Alec Nove vor dem Hintergrund der Pres-

troika Gorbatchows griff Nove dieses Argument wieder auf. Die von Hayek und Nove bemühten Zahlen sind allerdings stark zu relativieren. Sie umfassen auch Zwischenprodukte und Ersatzteile, ebenso wie besondere Sorten von Ausrüstungsgütern, mit denen der normale Bürger niemals etwas zu tun hat und die er nie konsumiert. Nicht berücksichtigt wird auch der Umstand, dass sie auch außerordentlich viele Varianten des gleichen Verbrauchsgutes beinhalten. In den westlichen Gesellschaften reichen diese von zehn verschiedenen Arten von Reinigungsmitteln, Deo-Sprays, Shampoos oder Lippenstiften. Gewöhnlich werden aber die Menschen wohl nur eine oder zwei Sorten konsumieren, aber nicht alle.

Die Anzahl der Produkte wird in einer ökosozialistischen Gesellschaft viel geringer sein als jetzt. Es braucht keine zehn Zahnpasten, deren Hauptunterschied im Design der Verpackung oder der Färbung der Zahnpasta besteht. Statt der auf systematischen Betrug und Irreführung der Kundschaft angelegten Werbung wird es Verbraucherinformationen geben, die aufklären, was in einem Produkt drin steckt und wozu es gut ist. Die Produktpalette wird übersichtlicher. Weil man in den Firmen nicht ständig unter dem Zwang steht, mit immer neuen Schnick-Schnack den Verkauf anzuheizen, wird die Produktionsplanung übersichtlicher und besser organisierbar. So ganz nebenbei wird dabei auch einem rationalen Konsum der Weg bereitet – was zur Folge haben wird, dass viele Produkte, die verlockend aussehen, aber überflüssig oder schädlich sind, aus den Regalen verschwinden. Im alleräußersten Fall dürften private Verbraucher in ihrem ganzen Leben wohl einige tausend verschiedene Waren kaufen (und selbst dies dürfte für viele von ihnen eine übertrieben hohe Schätzung sein). Sie haben gar keine Zeit, Millionen verschiedener Waren zu konsumieren oder auf Marktsignale zu reagieren, wenn sie diese Güter auswählen.

Die Masse der Zwischenprodukte wird überhaupt nicht über den Markt zugeteilt. Die meisten größeren Maschinen und Komponenten werden auf Bestellung gefertigt. Man geht doch nicht in den Supermarkt, um dort hydroelektrische Turbinen für eine Talsperre zu kaufen; diese werden unter Angabe sehr genauer, bis ins kleinste Detail gehender Präzisierungen bestellt. Sogar wenn das durch eine öffentliche Ausschreibung geschieht, ist es doch nicht das gleiche wie die Zuteilung über den Markt. Die verschiedenen Kostenvoranschläge bedeuten doch nicht, dass tatsächlich verschiedene Produkte hergestellt werden, unter denen man eine Auswahl treffen kann. Sie führen

doch dazu, dass nur ein Produkt wirklich hergestellt wird, das dann automatisch gebraucht wird.

Volksrepublik Walmart

In einer neuen Publikation mit dem Titel „The People’s Republik of Walmart“⁴¹ zeigen zwei US-amerikanische Autoren am Beispiel der Konzerne Walmart und Amazon, dass es sehr wohl möglich ist, solche Mengen an Daten zu verarbeiten und zumindest in diesen Betrieben eine Planwirtschaft (zwar keine demokratische, sondern eine autokratische) zu installieren. Walmart ist das größte Unternehmen der Welt. Es beschäftigt mehr Mitarbeiter als jedes andere private Unternehmen.

Bei Walmart ist alles geplant. Die verschiedenen Abteilungen, Lieferanten, Geschäfte und Lieferwagen konkurrieren nicht miteinander. Alle Teilnehmer der Lieferkette, also auch die Zulieferer, sind zum Einsatz von IT-Systemen verpflichtet, die einen Datenaustausch in Echtzeit ermöglichen. Walmart hat seine betriebliche Effizienz durch den sofortigen High-Tech-Informationsaustausch entlang seiner Lieferketten verbessert. Walmart teilt die Informationen aus der Registrierkasse in Echtzeit mit seinen Lieferanten und deren Lieferanten entlang der Lieferkette. Walmart und seine Lieferanten verhalten sich in der Praxis wie ein Unternehmen, das in geplanter Weise vollständig integriert ist. Walmart ist der Beleg dafür, dass die Wirtschaftsplanung von Millionen von Produkten und Dienstleistungen mit unzähligen Varianten in Lieferketten und vielen nicht preislichen Informationen nicht nur machbar ist, sondern auch gut funktioniert.

Bei genauem Hinschauen zeigt sich, dass nicht nur bei Walmart und Amazon, sondern in den großen Konzernen, ja selbst in mittelständischen Betrieben, Planung nicht die Ausnahme, sondern die Regel ist. Große Konzerne planen oft über einen Zeitraum von zehn bis zwanzig Jahren hinweg. Große Autofirmen beispielsweise planen Investitionsentscheidungen oft von langer Hand und erstellen detaillierte Pläne für Multi-Milliarden-Projekte Jahre im Voraus. Die Autofabrik weiß, viele Achsen und Motoren es benötigt. Das kann und wird geplant werden. In kapitalistischen Firmen sind die Lieferantenbeziehungen oft erstaunlich stabil. Wenn ein Lieferant erfahrungsgemäß die Lieferfristen einhält und eine ordentliche Qualität abliefert, wird die Auftraggeberfirma wegen eines 5 % billigeren Angebots nicht gleich den Zulieferer wechseln. Mit speziellen Softwareprogrammen sind die Konzerne mit ihren Zulieferern verbunden. Nur so ist das weitgehende Funktionieren von Just-in-time Lieferketten möglich.

Natürlich ist gesellschaftliche Planung im Sozialismus, die vielfältige unterschiedliche Bereiche und Partikularinteressen (Betrieb vor Ort, Unternehmen, Bezirk, Region, Bundesverwaltung, Umweltgesichtspunkte, soziale Besonderheiten usw.) berücksichtigen muss, um einiges komplexer und vielschichtiger als die Planung innerhalb eines – zugegebenermaßen riesigen – kapitalistischen Unternehmens, wo das zentrale Management Top-Down durchregiert. Aber im Unterschied zu den 1930er oder 1950er Jahren sind durch die Entwicklung der IT die technischen Voraussetzungen gegeben, um fast in Echtzeit jene Daten zu verarbeiten, die bei der Steuerung der Produktion heutzutage anfallen.

Irrationalität des Marktes

Während auf betrieblicher Ebene durchaus bei kapitalistischen Firmen eine Teilrationalität zu verzeichnen ist, herrscht außerhalb des Betriebs die Irrationalität des Marktes vor. Im Kapitalismus werden Entscheidungen von einzelnen Unternehmen getroffen, wobei das Entscheidungskriterium nicht ist, ob das Produkt oder die Investition sozial oder ökologisch nützlich und sinnvoll ist. Maßstab ist einzig allein die maximale Rendite für den Betrieb. Ein anderer Punkt kompliziert die Lage. Das einzelne Unternehmen trifft seine Entscheidung nicht in Absprache mit anderen Unternehmen. Den Konkurrenten werden die eigenen Vorhaben und Pläne vorenthalten, um sich selbst einen Konkurrenzvorteil zu verschaffen. Lügen und Betrügen der Konkurrenz und der Kundschaft sind im Kapitalismus eine Voraussetzung einer erfolgreichen Performance am Markt.

Wichtiger Bestandteil des Systems der kapitalistischen Konkurrenz ist das Geschäftsgeheimnis. Die Unternehmen achten penibel darauf, vor den Konkurrenten die Produktionsverfahren und die strategischen Planungen des eigenen Unternehmens geheim zu halten. Zwar ist die Betriebsspionage bei Konkurrenten nicht unüblich. Aber in der Regel ist es so, dass das Management der einzelnen Unternehmen nicht weiß, was die Konkurrenz vorhat. Es ist durchaus möglich, dass mehrere Unternehmen, weil sie der Meinung sind, dass ein Produkt große Absatz- und Gewinnaussichten verspricht, so große Investitionen vornehmen, dass weit mehr produziert wird, als eigentlich erforderlich ist und abgesetzt werden kann.

Dasselbe Phänomen gibt es auf der Branchenebene. In dem 1990er Jahren, als alle von den vermeintlich unbegrenzten Möglichkeiten der IT schwärmten, wechselte z. B. einer der großen deutschen Stahlkonzerne, Mannes-

mann, das Geschäftsfeld und stieg in die Telekommunikationsbranche ein. Auch weitere Unternehmen kamen auf diesen Gedanken. Alle wollten ein möglichst großes Stück vom profitablen Kuchen ergattern. Es dauerte es nicht lange, bis im IT-Sektor das passierte, was in solchen Fällen im Kapitalismus immer passiert: Es kam zu einem massiven Überangebot und 2000/01 platzte die IT-Blase.

Rationale Planung und Nachhaltigkeit statt „Ex und Hopp“

Eine rationale Gesellschaft, die auf Kooperation statt auf Konkurrenz setzt, kann solche destruktiven Entwicklungen vermeiden. Die Verantwortlichen in den Betrieben einer Branche setzen sich zusammen, sehen sich gemeinsam die Bedarfsprognosen an. Mittels Auswertung des vergangenen Bedarfs, Konsumumfragen oder Verbraucherbefragungen kann der künftige Bedarf abgeschätzt werden. Dabei könnten natürlich alle auf die Techniken der Bedarfsabfrage und der Planung und Koordination von Arbeitsprozessen zugreifen, die in der aktuellen kapitalistischen Welt bereits vorhanden sind. Regelmäßige Umfragen und die partizipative Demokratie in den Räten könnten die tatsächlichen Konsumerwartungen viel eher erfassen als die heutige stichprobenartige Marktforschung. „Objektiv“ sind die Bedingungen für die Etablierung einer demokratischen Gesellschaft mit einer Wirtschaft gegeben, die effektiv und fähig ist, den industriellen Umbau so hinzubekommen, dass sie „klimakompatibel“ ist.

Umfassende Demokratisierung statt Fassadendemokratie

Umfassende Demokratie ist der Dreh- und Angelpunkt einer selbstverwalteten sozialistischen Gesellschaft. Demokratie, die nicht nur formal, sondern real ist, benötigt wie die Luft zum Atmen ein Klima der Demokratie in allen Lebensbereichen. Die bürgerlichen, parlamentarischen Demokratien sind zu großen Teilen eine Elite- und Fassaden-, eine Zuschauer- und eine Scheindemokratie. Es werden zwar Wahlen abgehalten, aber ansonsten ist den Bürgern und Bürgerinnen eine passive Rolle und Mundhalten zugeordnet. Zwischen den Wahlen können Parlamentarier*innen sich so frei fühlen, den Großteil der Bevölkerung zu ignorieren. Mangels plebiszitärer Elemente hat die Bevölkerung außerhalb von Wahlen wenig zu sagen. Die repräsentative Demokratie verweist die Bürger auf die Zuschauerränge, verdummt die Bevölkerung, führt alle milliarden schweren Entscheidungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit durch und regiert in wichtigen Fra-

gen gegen die Mehrheit der Bevölkerung. Im politischen Alltag dominiert die Exekutive. Die meisten Gesetze stammen aus ihrer Hand, wobei die Lobbys mächtiger Interessengruppen häufig wichtige Gesetzesvorlagen selbst erstellen. Konzerne sitzen in Ministerien und arbeiten an Gesetzestexten mit oder haben exklusiven Zugang zu Ministern und Staatssekretären. Wie durch eine Drehtür wechseln immer wieder Spitzenpolitiker in die Lobbyabteilungen von Unternehmen oder Verbänden. Dadurch kaufen sich die Interessengruppen einen direkten Draht zur Politik ein. Der Ex-Politiker kennt seine ehemaligen Kollegen genau und weiß, „wie der Hase läuft“. Dadurch haben sie häufig die politischen Entscheidungsträger im Griff. Hinzu kommt, dass in einem wichtigen Teil des gesellschaftlichen Lebens die Demokratie ganz offiziell „Off Limits“ ist: Im Arbeitsleben. Jenseits der Eingangspforten und Drehtüren zu Betrieben und Verwaltungsgebäuden gilt das „Direktionsrecht“. Hier sind die demokratischen Grundrechte außer Kraft gesetzt. Hier regiert das Prinzip von Befehl und Gehorsam. Der Chef bestimmt. Der Angestellte tut, was ihm gesagt wird. Wer meckert, kann gehen. Es ist eigentlich ein Skandal, dass in zentralen Bereichen wie Wirtschaft und Verwaltung von sich demokratisch nennenden Gesellschaften demokratische Verfahrensweisen explizit ausgeschlossen sind. Eine Demokratie, die in zentralen Bereichen undemokratisch ist, ist keine Demokratie.

Sozialistische Demokratie bedeutet radikale Demokratisierung. Die Durchsetzung der direkten Demokratie in allen Lebensbereichen ist das Kernanliegen der selbstverwalteten sozialistischen Gesellschaft. Es wird sowohl in den Betrieben als auch in den staatlichen Verwaltungsstrukturen Arbeiter*innenräte geben, die über die konkrete Geschäftspolitik bzw. den Kurs der Verwaltung bestimmen. Es gilt das imperative Mandat. Das will heißen, dass durch entsprechende Referenden in der Belegschaft der Betriebsdirektor oder der Sektionschef der Verwaltung ihres Postens enthoben werden können. Auch die in freier und geheimer Wahl ins Parlament gewählten Abgeordneten können nicht davon ausgehen, dass sie nach erfolgter Wahl „nur noch ihrem Gewissen verpflichtet sind“ – sprich, dass sie machen können, was sie wollen. Auch sie können nach entsprechenden Referenden von der Wähler*innenschaft abgesetzt werden. Volksabstimmungen analog dem, was in der Schweiz möglich ist, ermöglichen die direkte Einflussnahme der Bevölkerung auf politische Themen, die in der bürgerlichen Demokratie durch entsprechende Absprachen

zwischen Fraktionsspitzen und Lobbyverbänden ausgemuschelt werden.

Aufrechter Gang statt Untertanengeist

Unterwürfige, passive Arbeiter haben wenig Neigung und auch nicht die Fähigkeit, sich an der ökonomischen Entscheidungsfindung zu beteiligen. Es braucht in einer Gesellschaft der Arbeiter*innenselbstverwaltung keine Untertanen, sondern selbstbewusste, aktive Menschen, die keine Scheu haben, auch gegenüber vermeintlich höheren Hierarchien ihre Interessen und Meinung zu vertreten. Menschen, die ihre Geschicke in die eigene Hand nehmen und kollektiv die Kontrolle über die wichtigen Bereiche in ihrem Leben übernehmen. Das stellt hohe Anforderungen an die technische und organisatorische Qualifikation und an die soziale Kompetenz der Menschen. Leo Trotzki stellte fest: „In einer verstaatlichten Wirtschaft erfordert Qualität eine Demokratie von Produzenten und Verbrauchern, Kritik- und Initiativfreiheit – Bedingungen, die mit einem totalitären Regime aus Angst, Lüge und Schmeichelei unvereinbar sind.“

Der Typus des passiven, desinteressierten Arbeiters, der in der „realsozialistischen“ Welt nicht die Ausnahme, sondern die Regel war, ist das exakte Gegenteil dessen. Aber auch in der übergroßen Mehrzahl der kapitalistischen Betriebe gibt es keine Kultur des aufrechten Ganges, sondern eine Unkultur des bemüht dynamischen, zwanghaft lächelnden Untertanen. Nicht von ungefähr ist oft von „innerer Kündigung“ vieler Beschäftigter die Rede. Bei vielen von jenen, die ihr Engagement in der Firma ständig zur Schau stellen, hat das vor allem mit Karriereplanung zu tun. Sie wissen in der Regel ganz genau, wo sie mit ihrer eigenen Meinung hinter dem Berg zu halten haben, wenn sie nicht einen Karriereknick oder gar einen Rauswurf riskieren wollen.

Die Maskerade des demonstrativen Tatendrangs und des zwanghaft optimistischen Lächelns ist gerade auf den Fluren der Angestellten eine Fassade, hinter der Apathie und Entfremdung herrschen. Ohne kollektiven Widerstand gegen das System des betrieblichen Despotismus, ohne die Erlernung des aufrechten Ganges, ohne Aneignung der Kontrolle der Beschäftigten über das Geschehen in den Fabriken und Büros, sind demokratische Verkehrsformen in der Arbeitswelt nicht zu haben. Sie sind der Weg, wie subalterne Untertanen sich zu selbstbewussten Mitgliedern eines Kollektivs emanzipieren, das seine Arbeits-, und Lebensumstände selbst gestaltet und sich ein Bewusstsein seiner Fähigkeiten und Möglichkeiten aneignet.

Partizipation wirkt selbstverstärkend. Die Herausforderung, bei Entscheidungen Verantwortung zu übernehmen, bietet gleichzeitig die Chance zur Weiterentwicklung der eigenen Fähigkeiten und der Persönlichkeit. Wo undemokratische Hierarchien verschwinden, sprudeln die Ideen und Initiativen. Wenn Menschen, die sich vorher machtlos fühlten, anfangen, ihre eigene Bedeutung und Kraft zu spüren, wenn sie merken, dass sie Zugang zu den Ressourcen bekommen, die für eine aktive Teilnahme erforderlich sind, wenn sie lernen, die Mittel und Möglichkeiten anzuwenden, ist das eine Erfahrung der Befreiung. So können Lohnabhängige aus ihrer subalternen Rolle herauswachsen und den technischen Fachkräften und dem betrieblichen Management selbstbewusst auf gleicher Augenhöhe begegnen. Die Äußerung eines Arbeiters (mit Namen Arnold) der besetzten argentinischen Fabrik FaSinPat (früher Zanon) deutet an, wie das konkret aussehen kann. „Die wichtigste Veränderung ist, dass wir jetzt die Pläne machen. Wenn wir Arbeiter früher Vorschläge hatten und den Arbeitsablauf ändern wollten – nicht aus Lust und Laune, sondern weil wir selbst die Arbeit, die wir machen, am besten kennen – dann kam der Vorarbeiter oder ein Direktor und sagte ›Nein, so nicht‹ ... Heute machen wir Sachen, die wir schon lange machen wollten ... Aber wir mussten eine Menge Dinge lernen, die wir vorher nicht gemacht hatten. Da hat man die Kreativität der Keramikerarbeiter gesehen. Wir haben gezeigt, dass wir kreativ genug sind, um ganz verschiedene Aufgaben zu übernehmen, um neue Produktionsmodelle und neue Kachelmodelle zu entwickeln. Das war eine enorme Veränderung. Wir sind dabei besser geworden. Nicht in dem Sinn von Konkurrenz, sondern indem wir für alle gearbeitet haben, und versucht haben, das Beste zu geben, für alle. Wir haben geheime Fähigkeiten entwickelt, die wir vorher allenfalls zu Hause gezeigt haben, in der Familie. Diese Kreativität wird unterdrückt, wenn dir ein Chef die Anweisungen gibt, immer nur mehr von dir verlangt, ohne was dafür zurückzugeben. Dann hältst du dich zurück und sagst dir: ›Mehr gebe ich dem nicht‹. In dieser neuen Phase ist all diese Kreativität aufgeblüht, die Lust, Sachen zu machen, neue Sachen zu lernen.“²

Die Köchin, die die Staatsgeschäfte lenkt, braucht Arbeitszeitverkürzung

Ein Großteil der Bevölkerung muss erst in die Lage versetzt werden, die „allgemeinen Angelegenheiten der Gesellschaft auszuführen“ oder wie Lenin es ausgedrückt hat: Die Köchin wird in die Lage versetzt, die Staatsge-

schäfte auszuüben. Es kann kein qualitativer Fortschritt in Richtung Selbstregierung gemacht werden, solange die Menschen nicht die Zeit haben, die Angelegenheiten ihres Arbeitsplatzes und ihrer unmittelbaren Umgebung zu verwalten. Ein gewisses Maß an Allgemenkultur und beruflicher Qualifikation sind für die qualitative Ausweitung der Selbstverwaltung unverzichtbar. Solange der durchschnittliche Mensch zehn Stunden am Tag mit Arbeit oder auf dem Weg zwischen Wohnung und Arbeit verbringt, hat er oder sie weder die Zeit noch die Neigung, vier weitere Stunden mit dem Besuch von Sitzungen oder der Ausführung von Verwaltungsarbeit zu verbringen. Folglich müssen wir davon ausgehen, dass der halbe Arbeitstag von vier Stunden oder die halbe Wochenarbeitszeit von zwanzig Stunden die Voraussetzung für die Ausübung für eine Selbstverwaltung in massenhaftem Umfang ist. Beim heutigen Stand der Produktivkraftentwicklung ist eine 20-Stunden-Woche (oder weniger) für die betrieblichen Pflichtaufgaben ausreichend. Ernest Mandel schlägt folgende Formel vor: Vier Stunden nichtadministrative Tätigkeit plus vier Stunden Verwaltungsarbeit pro Tag. In der ökosozialistischen Gesellschaft wird die durch die Arbeitszeitverkürzung gewonnene Zeit genutzt, um den Leuten umfangreiche Möglichkeiten der Weiterbildung zu bieten. Es wird Jobrotation geben, so dass die Leute ein großes Spektrum unterschiedlicher Tätigkeiten wahrnehmen und ihren Horizont und ihre Fähigkeiten erheblich erweitern können. So werden die Arbeitenden in die Lage versetzt, immer anspruchsvollere Tätigkeiten auszuüben. Das ist kein Prozess, der sich in wenigen Monaten abspielt. Wir haben da eher einen schrittweisen Prozess, der sich über einige Generationen erstrecken wird.

Teil 2 erscheint in der kommenden Ausgabe

1 Leigh Phillips/Michal Rozworski, *The People's Republic of Walmart. – How the World's Biggest Corporations are Laying the Foundation for Socialism*, New York 2019

2 *Wildcat* Nr.68, *Eine Fabrik in Patagonien – Zanon gehört den Arbeitern*, Köln 2004

WARUM PATENTE NICHT FREIGEgeben WERDEN

Teile der herrschenden Klasse sind einer Aussetzung des Patentrechts bei Impfstoffen nicht abgeneigt. Zumindest einige Regierungen in Ländern, wo die entsprechenden Konzerne keine große Rolle spielen, befürworten dies. Doch dem stehen starke Interessen in Ländern wie der BRD gegenüber.

■ **Jakob Schäfer**

■ Bekanntlich ist eine Pandemie nur zu überwinden, wenn sie *weltweit* unter Kontrolle ist. Schon allein deshalb müssten sogar die herrschenden Klassen in den imperialistischen Ländern ein Interesse an einer schleunigen Impfung größter Teile der Weltbevölkerung statt interessiert sein, damit möglichst bald eine umfassende Herdenimmunität erreicht wird. Schließlich haben nur dann weitere Mutationen des Virus geringere Chancen der Entstehung und Verbreitung.

Das Interesse am kurzfristigen Maximalprofit wiegt aber schwerer als der Schutz von Menschenleben, erst recht jener im Globalen Süden, wo heute schon feststellbar ist, dass aufgrund der Auswirkungen von Covid-19 die dortigen Gesundheitssysteme völlig überfordert sind und Krankheiten wie Malaria, Aids und Tuberkulose noch häufiger als eh schon unbehandelt bleiben müssen. Und nicht von ungefähr warnt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) heute schon vor einer globalen „Hungerpandemie“.

„Im Oktober reichten Indien und Südafrika einen Antrag für eine befristete Ausnahmeregelung vom sogenannten Trips-Abkommen (Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights) bei der Welthandelsorganisation WTO ein, um unter anderem eine Freigabe der Patente der Corona-Impfstoffe zu erreichen. Sie wurden von Dutzenden Ländern unterstützt, zudem von Hunderten

Organisationen wie Ärzte ohne Grenzen, Human Rights Watch oder Amnesty International. Auch die UN-Menschenrechtskommission, die Unesco und die Weltgesundheitsorganisation WHO stehen hinter dem Vorhaben.“ (Deutschlandradio 9.5.2021.) Der vorgeschlagene Verzicht würde ausschließlich auf die genannten Abschnitte und für die Dauer der Pandemie gelten.

Was ist der Hintergrund? Einige wenige Hersteller kontrollieren die weltweite Produktion und den Verkaufspreis von Covid-19-Medikamenten, -Impfstoffen, -Diagnostika und anderen Technologien, einschließlich Masken und Beatmungsgeräten. Vor allem Länder des Globalen Südens haben nicht genug Mittel, um die festgelegten Preise bezahlen zu können.

Gäbe es mehr Hersteller, wäre es möglich, innerhalb von etwa einem halben Jahr bedeutend mehr Impfstoffe zu produzieren. Hätte es von Anfang an keinen Patentschutz gegeben, könnte heute in einer ganzen Reihe weiterer Länder produziert werden. Patente berühren die Frage des Preises und vor allem der Verfügbarkeit.

Was ohne Patentschutz möglich ist, lässt sich gut an der HIV-Epidemie vor 20 Jahren sehen: „Der Preis für die Medikamente zur HIV-Behandlung betrug damals über 10 000 US-Dollar für eine Person pro Jahr. Für viele Menschen war das schlicht zu teuer und das kostete Menschenleben, obwohl es die Medikamente gab. Bis

sich Patientenaktivist*innen, die Zivilgesellschaft und Gesundheitsrechtsgruppen in Südafrika und anderen Ländern dafür einsetzen, HIV-Medikamente für alle Menschen zugänglich zu machen, die sie zum Überleben brauchten. Und es funktionierte: Die Überwindung von Patentmonopolen auf HIV-Medikamente machte die Produktion von Generika möglich. In der Folge fielen die Preise für HIV-Medikamente im Laufe des nächsten Jahrzehnts um 99 %. Somit wurden die HIV-Medikamente für Patient*innen weltweit erschwinglich.“⁴¹

Eine vorübergehende Aufhebung des Patenschutzes für die Impfstoffe würde allerdings nicht ausreichen und könnte längst nicht die grundsätzlichen Probleme lösen.

Mörderisches, profiträchtiges Patentrecht

Ein Bericht von „Ärzte ohne Grenzen“ stellt fest, dass Patente eine ernsthafte Bedrohung für den Zugang zu erschwinglichen Versionen neuerer Impfstoffe wie Pneumokokken-Konjugatimpfstoffe (PCV) und Impfstoffe gegen humane Papillomaviren (HPV) sind. (<https://msfaccess.org/fair-shot-vaccine-affordability>).

Mit Patenten werden profiträchtige Monopole geschaffen bzw. über Jahre gesichert, vor allem gegenüber ärmeren Ländern, die bestenfalls die Kapazität zur Produktion patentfreier Generika haben. Neben der Propaganda des „freien Unternehmertums“ wird als Rechtfertigung für dieses menschenverachtende System das marktwirtschaftliche Argument angeführt: Investitionen in neue medizinische Produkte (vor allem Pharmaka) würden sich sonst nicht lohnen, es käme also zu einem Stillstand bei der Entwicklung neuer Präparate. Doch genau hier liegt die Crux: In einer privatwirtschaftlichen Forschung, Produktion und Verbreitung der Arzneien ist dieser mörderische Mechanismus vorprogrammiert.

Kapitalistischer Profit ist wichtiger, als Leben zu retten. Wenn nämlich bei einer so relevanten Frage (einer weltweiten Patentaufhebung) eingelenkt wird – so die Befürchtung nicht nur der Pharmakonzerne – dann weckt dies „Begehrlichkeiten“ auch gegenüber anderen Patenten. Und da die Bundesregierung – als politischer Sachwalter der Gesamtinteressen des in Deutschland fungierenden Kapitals – nicht nur die Firma Biontech im Blick hat, sondern auch die anderen Pharmakonzerne oder auch die Patentinhaber ganz anderer Produkte, tritt sie auf die Bremse.

Gäbe es keinen Patentschutz und keine marktwirtschaftliche Produktion von Medizinprodukten, käme es leichter zur einer effektiven länderübergreifenden Res-

sourcennutzung und Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung und Entwicklung.

Was ist Antrieb für Engagement?

Dem gesamten Begründungszusammenhang der kapitalistischen Argumentation liegt ein verlogenes Menschenbild zugrunde, wonach der Mensch sich nur dann über ein bequemes Mittelmaß hinaus engagiert, wenn großer Profit winkt. Wird eine wissenschaftliche/technische/wirtschaftliche Tätigkeit uneigennützig verrichtet, dann kommt mehr oder weniger nichts dabei heraus bzw. dauert Jahre usw. So oder ähnlich wird es teils offen formuliert, auf jeden Fall aber schwingt es – quasi als unerschütterliches und nicht zu hinterfragendes Naturgesetz – immer mit.

Dies ist anthropologischer Unsinn, denn das Gegenteil ist wahr: Wenn Menschen – bei gesicherter materieller Lebensgrundlage – gemeinsam betriebs- und länderübergreifend zusammenarbeiten und ihre Ergebnisse teilen, dann entstehen ganz andere Freuden, nämlich die, an gemeinsamen Projekten mitzuarbeiten, gemeinsam die Ergebnisse zu verbessern, sich vom solidarischen Austausch inspirieren zu lassen usw.

Was ist heute die Realität? Von nutzlosem Parallelarbeiten und Verschwendung von Arbeitskraft und sonstigen Ressourcen noch ganz abgesehen: Längst nicht alle Forscher*innen haben Erfolg und noch weniger haben wirtschaftlichen Erfolg. Viele leiden unter Stress, nicht wenige unter Burnout. Verlogen ist die Argumentation für den Patentschutz auch aus einem weiteren Grund: Biontech und CureVac haben bedeutende Unterstützungszahlungen eingestrichen – getreu dem Modell: Der Steuerzahler kommt für die Verluste auf, der Konzern hamstert die Profite ein

Staatliche Zuschüsse zur Patentgewinnung

Nach unterschiedlichen Schätzungen macht staatliche Finanzierung in einigen Ländern zwei Drittel der Kosten für die Entwicklung von Arzneimitteln aus. Auch bei den aktuell zur Debatte stehenden Patenten war es grundsätzlich nicht anders. Insgesamt wurden sehr beträchtliche öffentliche Gelder für die Covid-19-Forschung zur Verfügung gestellt. So hat allein Biontech 375 Mio. € Steuer-gelder bekommen, bei CureVac waren es 300 Mio. Euro. Der Gewinn von Biontech im ersten Quartal 2021 beträgt 1,13 Mrd. Euro, der übrigens auch und gerade deshalb zustande kommt, weil die Preise des Corona-Impfstoffs je nach Abnehmerland zwar unterschiedlich, insgesamt aber

viel zu hoch sind. „Biontech und der amerikanische Konzern Pfizer haben von der EU-Kommission im Juni 2020 extrem hohe Preise von 54,08 Euro pro Impfdosis verlangt. Und das trotz Unterstützung durch Steuergeld. Was haben die Multi-Milliardäre Andreas und Thomas Strüngmann [die Hauptinvestoren bei Biontech] damit zu tun?“²

Ärzte ohne Grenzen führt folgendes Beispiel an: „Der Pharmakonzern Gilead beispielsweise hat das Medikament Remdesivir, ursprünglich zur Behandlung von Ebola entwickelt – mithilfe von über 70 Millionen US-Dollar öffentlicher Gelder. Das Medikament wird jetzt stellenweise zur Behandlung von Covid-19 eingesetzt. Das Unternehmen hat daraufhin mit einigen wenigen Generikaherstellern seiner Wahl geheime, bilaterale Abkommen unterzeichnet. Diese Abkommen schließen jedoch ganz klar den Zugang zu dem Medikament für fast die Hälfte der Weltbevölkerung aus.“³

Verlogen ist in diesem Zusammenhang heute die Argumentation von Biontech, wonach die Lizenzfreigabe keine zusätzlichen Kapazitäten schaffe. Der Herstellungsprozess des Impfstoffs sei so kompliziert, dass dafür andere Firmen nicht infrage kämen. Dem widersprechen ganz klar Pharmaproduzenten in mehreren Schwellenländern und sogar in einem so armen Land wie Bangladesch, wo beispielsweise Incepta „zweieinhalb Produktionslinien“ für die Umstellung auf den entsprechenden Impfstoff bereitstehen hat (so ihr Chef Abdul Muktedir gegenüber dem *Manager Magazin*). „Die internationale Wissensorganisation KEI kam Ende Februar nach der Analyse von mehr als 70 Outsourcing- und Technologietransfergeschäften in der Sache zu dem Ergebnis, ‘dass die Hersteller von Covid-19 Impfstoffen in der Regel in weniger als sechs Monaten nach dem Technologietransfer mit der Auslieferung beginnen können.’“ (Wiesbadener Kurier 8.5.2021).

Das Gegenbeispiel ist Kuba, das sein medizinisches und pharmazeutisches Knowhow ohne Lizenzgebühren der Weltgemeinschaft zur Verfügung stellt.

Auch unterhalb des Patentschutzes gibt es viel zu tun: Es fängt schon damit an, dass die Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) mindestens schon mal so angepasst werden muss, sodass nicht mehr (wie noch vor 20 Jahren, als die Technik noch nicht so weit entwickelt war) mindestens 129 € für einen PCR-Test abzurechnen sind, sondern diese Tests von den hier tätigen Laboren auch für 30 Euro oder weniger angeboten werden dürfen.⁴

In der Pandemie geht es vor allem um Patente, aber es geht auch um den realen Technologietransfer und um die Bereitstellung von Ressourcen. Denn mit der Freigabe von

Patenten allein ist noch keine ausreichende Gesundheitsversorgung herzustellen.

Was ist demzufolge zu fordern und wofür müssen wir kämpfen?

- Aufhebung aller Patente und zwar nicht nur vorübergehend;
- Bildung von Wissenschaftspools und uneingeschränktes Teilen der Ergebnisse;
- Transfer von Technologie (Schutzausrüstungen, Beatmungsgeräte usw. sowie das entsprechende Know-how) und Ausbildungskapazitäten vor allem in Länder des Globalen Südens;
- Aufhebung bzw. Austritt aus dem TRIPS-Abkommen und der Welthandelsorganisation (WTO), auf deren Grundlage das TRIPS-Abkommen abgeschlossen wurde.

Bei uns braucht es für ein bedarfsgerechtes Gesundheitswesen als erstes mehr Gesundheitsschutz in den Betrieben, aber auch die Abschaffung der Fallpauschalen (DRG) und das Verhindern weiterer Krankenhausschließungen. Eine konsequente Umsetzung einer am Menschen ausgerichteten Gesundheitspolitik wird gar nicht an der Vergesellschaftung der Pharmakonzerne sowie der Medizintechnik und der Krankenhäuser vorbeikommen. All dies muss unter die Kontrolle der dort Beschäftigten und der Öffentlichkeit (in dem Fall der Patient*innen) gestellt werden.

Zweifellos ist dies ein weiter Weg. Hilfreich wird es sein, wenn es z. B. gelingt, die inzwischen zahlreichen Initiativen im Gesundheitssektor zu einer wirklichen Druck erzeugenden Kraft zusammenzuführen. Dann könnte z. B. der für die Zeit vor der Bundestagswahl angedachte Streik in einigen Krankenhäusern auch wirklich umgesetzt und möglichst bald ausgeweitet werden. Daran sollten wir arbeiten.

1 <https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/faq/1927>

2 <https://perspektive-online.net/2021/05/mit-steuergeld-im-ruecken-biontech-macht-113-milliarden-e-gewinn/>

3 <https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/faq/1927>

4 Mehr Details dazu unter: Sendung von Plusminus vom 12. 5. 2021 unter www.ardmediathek.de/video/plusminus

SOZIALDEMOKRATISCHE KAMPFSCHRIFT GEGEN DEN „LINKSLIBERALISMUS“

Sahra Wagenknechts Buch „Die Selbstgerechten: Mein Gegenprogramm – für
Gemeinsinn und Zusammenhalt“, Frankfurt a. M.:campus 2021,
345 Seiten, rezensiert von

■ **Friedrich Voßkuhler**

Ich beginne die Rezension, indem ich ausgiebig den Kern der Schrift Wagenknechts im Ganzen zitiere: „In den letzten Jahrzehnten hat sich die Art, wie die Menschen in den westlichen Gesellschaften leben und arbeiten und wie die Früchte ihrer Arbeit verteilt werden, erheblich verändert. Diese Veränderungen sind nicht in erster Linie Ergebnis technologischen Wandels, sondern Resultat politischer Weichenstellungen. In vielen Bereichen ist das Gegenteil dessen herausgekommen, was uns versprochen wurde. Das neoliberale Credo der *Wettbewerbsfähigkeit*, mit dem die Globalisierung, der Wirtschaftsliberalismus und die Privatisierung begründet wurden, hat den fairen Wettbewerb zurückgedrängt. Der blinde Glaube an die Weisheit der Märkte hat marktbeherrschende Großunternehmen und übermächtige Digitalmonopolisten entstehen lassen, die heute allen anderen Marktteilnehmern ihren Tribut auferlegen und die Demokratie zerstören. Statt einer dynamischen ist eine innovationsfaule Ökonomie entstanden, die sehr viel Geld in Geschäftsmodelle versenkt, die der Allgemeinheit schaden, und die es uns nahezu unmöglich machen, die wirklich wichtigen Probleme zu lösen.

Wachsende Ungleichheit und zunehmende Armut prägen heute die westlichen Länder. Aus dem gesellschaftlichen Miteinander ist ein von Misstrauen und Feindseligkeit geprägtes Neben- und Gegeneinander unterschiedlicher Milieus geworden, die in ihrer jeweils eigenen Welt leben und sich privat kaum noch begegnen. Durch die Abschottung der wohlhabenden Schichten und die Wiederkehr des Bildungsprivilegs werden Lebenschancen wieder in erster Linie von der Herkunft und nicht von eigener Leistung und Anstrengung bestimmt. Anstelle von Selbstbestimmung und größerer Liberalität erleben wir eine *Refeudalisierung* von Wirtschaft und Gesellschaft, die die Mehrheit der Bevölkerung nicht eigenverantwortlicher, sondern abhängiger, nicht freier, sondern unfreier gemacht hat.

Verlierer dieser Entwicklung sind vor allem die sogenannten einfachen Leute: Menschen ohne Abitur und Hochschulabschluss, Arbeiter, für die es früher in den prosperierenden Industrien sichere, gut bezahlte Arbeitsplätze und echte Aufstiegsmöglichkeiten gab, Geringverdiener im Servicebereich, die trotz eines extrem harten Arbeitsalltags oft am Existenzminimum leben. Mehr

Nach- als Vorteile gibt es auch für viele Handwerker, kleine Selbständige und Gewerbetreibende. Selbst viele junge Akademiker, die aus nicht-privilegierten Schichten kommen, erreichen heute keine solide Lebensbasis mehr, sondern arbeiten als Click Worker oder in befristeten, schlecht bezahlten Jobs. Vor allem Arbeiter und Geringverdiener haben keine politische Vertretung mehr, seit die linken Parteien die Seiten gewechselt haben.

Früher gehörte es zum linken Selbstverständnis, sich in erster Linie für die weniger Begünstigten einzusetzen, für Menschen ohne hohe Bildungsabschlüsse und ohne ressourcenstarkes familiäres Hinterland. Heute steht das Label *links* meist für eine Politik, die sich für die Belange der akademischen Mittelschicht engagiert und die von dieser Schicht gestaltet und getragen wird. Doch die akademische Mittelschicht ist neben der Oberschicht die *Gewinnerin* der Veränderungen der letzten Jahrzehnte. Sie profitiert von Globalisierung und EU-Integration, von hoher Zuwanderung und zumindest teilweise auch vom wirtschaftspolitischen Status quo. Genau die Entwicklungen, die der einstigen Wählerschaft linker Parteien das Leben schwer gemacht haben, sind Bedingungen des Aufstiegs und der privilegierten Position des urbanen akademischen Milieus.

Das, was heute Linkliberalismus genannt wird, ist die große Erzählung der akademischen Mittelschicht. In ihr spiegeln sich ihre Werte, ihre Lebenswelt und ihre Interessen. Daher sieht der Linkliberalismus die Geschichte der zurückliegenden Jahrzehnte aus der Perspektive der Gewinner: als Fortschritts- und Emanzipationsgeschichte. Daher stehen im Mittelpunkt des Linkliberalismus die individualistischen und kosmopolitischen Werte, die das Lebensgefühl moderner Großstadtkademiiker prägen. Daher geht es im Rummel um Diversity und Quoten immer nur darum, bereits privilegierten Frauen und Minderheiten bessere Chancen im Kampf um gut dotierte Stellen zu verschaffen“ (Die Selbstgerechten, S.330ff).

Und abschließend: „Indem der Linkliberalismus Individualismus und Kosmopolitismus zur gesellschaftlichen Leitlinie und zum Maßstab von *Progressivität* überhöht, sind sie nicht mehr nur Ausdruck persönlicher Präferenzen und Lebensstile. Sie werden zu einem politischen Statement. Denn mit diesen Werten lässt sich einer in den Grenzen des Nationalstaats verfassten Sozialstaatlichkeit ebenso die Legitimität entziehen wie einem republikanischen Verständnis von Demokratie. Unter Rückgriff auf diesen Wertekanon können Wirtschaftsliberalismus, Globalisierung und Sozialabbau in eine Erzählung eingebettet

werden, die sie als progressive Veränderungen erscheinen lässt: eine Erzählung von der Überwindung nationaler Abschottung, provinzieller Borniertheit und unterdrückender Gemeinschaftlichkeit, eine Erzählung von Weltoffenheit, individueller Emanzipation und Selbstverwirklichung“ (Die Selbstgerechten, S.332).

Das ist der Kern der Kritik am „Linkliberalismus“, der mit seinem aus „Individualismus“ und „Kosmopolitismus“ zusammengesetzten Wertekanon, so Wagenknecht, den Lebensstil der akademischen Mittelklasse zur allgemein gültigen sittlichen und politischen „Leitlinie“ zu machen bestrebt sei. Diese „Leitlinie“ charakterisiert sie als „selbstgerecht“. Dementsprechend sind die Lifestyle-Linken, die ihrer Meinung nach ab den achtziger Jahren in den ehemals sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien das Ruder ergriffen, für sie die „Selbstgerechten“.

Die „Erzählung“, die auf der Seite der Linken in Westeuropa hegemonial geworden sei, schließe mit ihren Zentralbegriffen „Weltoffenheit“, „individuelle Emanzipation“ und „Selbstverwirklichung“, sie möge sich dessen bewusst sein oder auch nicht, letztlich organisch an das „neoliberale Credo“ des „Wirtschaftsliberalismus“ und der „Privatisierung“ an. Sie sei, sagt Wagenknecht, die „Erzählung“ der Nutznießer der „Veränderungen der letzten Jahrzehnte“, jener „Veränderungen“, die auf Kosten der Arbeiter, vieler Handwerker, der kleinen Selbständigen und Gewerbetreibenden ging. Sie sei, um die Kritik Wagenknechts auf den Punkt zu bringen, daher eine zutiefst unsittliche „Erzählung“, eine „Erzählung“, der es mehr um die spezifische Identität der akademischen Mittelklasse gehe als um die Solidarität mit den Arbeitern und Angestellten, den Geringverdienern im Servicebereich, den Handwerkern, den kleinen Selbständigen und Gewerbetreibenden etc.

Was setzt Wagenknecht der „Erzählung“ des „Linkliberalismus“ entgegen? Das klassische sozialdemokratische Glaubensbekenntnis zur „in den Grenzen des Nationalstaats verfassten Sozialstaatlichkeit“, also das Bekenntnis zum Sozialstaat, der nach dem Muster der „golden ages“ des Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts den Arbeiter*innen „in den prosperierenden Industrien sichere, gut bezahlte Arbeitsplätze und echte Aufstiegsmöglichkeiten“ einräumte und den Handwerkern und kleinen Gewerbetreibenden die Sicherheit stabiler gesellschaftlicher und ökonomischer Verhältnisse gewährte. Kurz und knapp: Sie setzt – wie Piketty übrigens auch – der „Erzählung“ des „Linkliberalismus“ das ordnungspolitische Konzept eines staatlich regulierten Kapitalismus entgegen.

Ihr Vorbild ist dabei der Ordoliberalismus der Freiburger ökonomischen Schule. Letztere war davon überzeugt, dass „private Wirtschaftsmacht und Demokratie nicht miteinander vereinbar sind. Sie sah daher die wichtigsten Aufgaben des Staates darin, durch angemessene Regeln und ein scharfes Kartellrecht die Entstehung wirtschaftlicher Machtpositionen zu verhindern. Denn nur so [...] lasse sich die ‚heimliche wie öffentliche Einflussnahme mächtiger Interessengruppen auf Staat, Politik und öffentliche Meinung‘ überwinden. Dabei falle es mächtigen Wirtschaftsvertretern besonders leicht, ihre Interessen durchzusetzen, wenn der Staat schwach und die öffentlichen Institutionen personell und finanziell unzureichend ausgestattet seien. Die Ordoliberalen plädierten daher für eine Marktwirtschaft ohne Konzerne und einen ressourcenstarken, handlungsfähigen Staat“ (Die Selbstgerechten, S.256f.).

Genau das ist das ordnungspolitische Credo Wagenknechts. Ihr Konzept eines regulierten Kapitalismus will auf einen Kapitalismus hinaus, dessen Akkumulationsdynamik erfolgreich durch einen „ressourcenstarken, handlungsfähigen Staat“ in sozialverträgliche Bahnen gelenkt wird. Gebändigt, durch die „Bereitschaft zur Solidarität“ (Die Selbstgerechten, S.215). „Die starken europäischen Sozialstaaten hätten“ nach 1945 ohne eine solche „Bereitschaft“ „nicht entstehen können. Die Gesellschaft in den Grenzen des eigenen Landes wurde damals von den meisten Menschen ... als eine Art Gemeinschaftsprojekt verstanden, für das jeder Mitverantwortung trägt“ (ibid.). Dieser „Mitverantwortung“ sei – zusammen mit dem sie stützenden „Sozialstaat“ – vom Neoliberalismus die politisch-moralische Legitimität und auch die ökonomische Basis entzogen worden. Der Wertekanon des „Linksliberalismus“ spreche dafür, dass er ganz und gar unfähig bzw. aus dem oben genannten Grund sogar Unwillens sei, dem entschieden entgegenzutreten.

Letztlich sei er auch nicht, meint Wagenknecht, zu einer Umwelt- und Klimapolitik in der Lage, die den existenziellen Interessen der weniger Begüterten Rechnung trage. „Die etwa von den Grünen angestrebte Lösung der Klimafrage über CO₂-Steuern und bewusste Verteuerung läuft letztlich darauf hinaus, dass viele heute üblichen Konsumartikel und Dienstleistungen wieder zu Luxusgütern werden, zu denen große Teile der Bevölkerung keinen Zugang mehr haben. Das mag im Sinne gut betuchter Grünen-Wähler ein Ausweg sein, für weniger Wohlhabende ist es keiner ... Wir müssen nicht anders konsumieren, sondern vor allem anders produzieren. Unsere Wirtschaft muss regionaler werden, ungiftiger, ressourcenschonender.

Wir brauchen Produkte, die möglichst lange ihren Dienst tun und sich schließlich reparieren lassen. Dass erreicht man nicht durch Lifestyle-Debatten, sondern durch Gesetze, die die Hersteller zur Verlängerung der Garanzzeiten zwingen ... Und wir brauchen neue Technologien, die echte Kreislaufproduktion und flächendeckende Umstellung auf grüne Energie ermöglichen ... Sind unsere Konsumgüter irgendwann komplett recycelbar, alle unsere Energiequellen erneuerbar und unsere Flugzeuge tanken grünen Wasserstoff, können wir auch fahren, fliegen und konsumieren, so viel wir wollen. Aber um jemals dahin zu kommen, braucht die Menschheit keine stagnierende Ökonomie, sondern wieder eine innovative Wirtschaft“ (Die Selbstgerechten, S.290f.).

Zu alle dem benötige man einen starken, im Sinne der Allgemeinheit tätigen Staat, der die erforderlichen Technologien fördere, der sich dem Druck der kapitalistischen Globalisierung durch eine kluge Renationalisierung eines großen Teils der industriellen und agrarischen Produktion entziehe, der diese Produktion durch Zölle schütze und dadurch Arbeitsplätze mit sicheren und bedarfsgerechten Löhnen ermögliche, der also eine forcierte Sozialpolitik betreibe und dazu noch z. B. durch eine effektive Kartellgesetzgebung die „private Wirtschaftsmacht“ der Monopole beschneide, um so der Demokratie die erforderliche Gestaltungskraft zurückzugeben. „Erhard reloaded!“ (Sahra Wagenknecht: Freiheit statt Kapitalismus. Frankfurt 2011, S.347ff.), das ist nach wie vor das Programm, das Wagenknecht – nun gegen den Linksliberalismus – mit Nachdruck verfolgt. Möge die akademische Mittelklasse auch ihre Kinder auf die Straße schicken, damit diese ihre Furcht vor der Klimakatastrophe zum Ausdruck bringen, in Wirklichkeit jedoch bräuchten wir den kämpferischen, für das Allgemeinwohl eintretenden sozialen Staat. Für Wagenknecht steht der Kampf um den sozialen Staat auf der Agenda, denn nur dadurch würden die von den ehemaligen Linksparteien abgehängten Schichten der Arbeiter, Angestellten, kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden zurückzugewinnen sein! Nicht durch die FFF-Demonstrationen, deren Teilnehmer in der Regel von den faktischen und berechtigten Interessen dieser Schichten keinen blassen Schimmer hätten.

Fazit: Das ist im Groben das gegen den „Linksliberalismus“ gerichtete sozialdemokratische Kampfprogramm Sahra Wagenknechts. Man kann es drehen, wie man will, aber dieses Programm wurde in NRW von der Linkspartei auf Platz 1 der Landesliste für die Bundestagswahl 2021 gesetzt. Dieses Programm plädiert für den „echten Unternehmer“

und für „echtes Leistungseigentum“ (Die Selbstgerechten, S.293). Von der „Befreiung der Arbeit“ spricht es nicht, sondern stattdessen von der Notwendigkeit eines staatlich geregelten Kapitalismus. Die Erkenntnis Marxens, dass die „Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen“ (Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17, S.336) kann, ist Wagenknecht nicht der Erwähnung wert, ihren Anhängern, die sie auf Listenplatz 1 wählten, offensichtlich auch nicht. Dass das „sozialdemokratische Zeitalter“ des sozialstaatlich moderierten Kapitalismus unter der Wucht des Gesetzes vom „tendenziellen Fall der Profitrate“ zusammenbrach, dass die kapitalistische Produktivkräfteentwicklung eine „neue Mittelklasse“ (Reckwitz) hervorbrachte und den gesellschaftlichen „general intellect“ von der industriellen, materiellen Produktion abspaltete, wodurch der Widerspruch zwischen Kopf und Hand bedeutsam vertieft und gesteigert wurde, ist nicht Gegenstand ihrer Überlegungen. Schon einmal gar nicht erreicht sie das Niveau Antonio Gramscis, der wusste, dass der Kampf um die Köpfe eine entscheidende Aufgabe ist, um die Spaltungsmechanismen des Kapitalismus zu überwinden und für eine zivilgesellschaftlich gestützte Kultur die Grundlage zu schaffen, die auf die „Befreiung der Arbeit“ zugeht und die Menschen dazu befähigt, ihre Verhältnisse in die eigene Hand zu nehmen. Stattdessen treibt sie die Spaltung zwischen dem „general intellect“ und den arbeitenden Schichten auf die Spitze. Dass alles, was mit Ökologie zu tun hat – der Begriff der „sozialen Ökologie“ ist ihr ein Fremdwort –, von ihr auf einem Niveau abgehandelt wird, das nicht diskutabel ist, kommt hinzu. Die Linkspartei hat ein antikommunistisches, sozialdemokratisches Programm auf den Listenplatz 1 gesetzt. Die innerparteilichen Gegner Wagenknechts (AKL und BL z. B.) sind darüber entsetzt. Ihre Illusion, die Linkspartei könnte, sagen wir mal, marxistisch auf Vordermann gebracht werden, hat einen demütigenden Dämpfer erlitten. Wer aber außer sie selbst zwingt sie zu ihrer Illusion? Wer – außer sie selbst – zwingt sie dazu, die Argumente Rosa Luxemburgs in „Sozialreform oder Revolution“ (1899!!) nicht zur Kenntnis zu nehmen? Trifft Wagenknechts Kritik an der akademischen Mittelklasse, was ich doch nicht hoffe, auf sie zu? Werden sie von Wagenknecht sozusagen auf dem linken Fuß erwischt? Das „sozialdemokratische Zeitalter“ der „golden ages“ des Kapitalismus ist endgültig vorbei. Sich bezüglich der Linkspartei Illusionen zu machen, das sollte eigentlich auch vorbei sein!



NOCH IMMER AKTUELL

Ein Gespenst geht Anfang des 21. Jahrhunderts (wieder) um die Welt: das Gespenst des Faschismus. Diese Metapher soll unterstreichen, dass der Faschismus in der Tat ein Heimkehrer ist, der in die zeitgenössische Welt zurückkehrt, nachdem man naiverweise angenommen hat, dass er nach der militärischen Niederlage Nazideutschlands 1945 klinisch tot war.¹

■ **Ugo Palheta**

Wir wussten zwar mit Brecht: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das [die widerliche Bestie] kroch“, aber das blieb eine abstrakte Erkenntnis, solange nicht wieder die Bedingungen, unter denen sich der Faschismus entwickeln und gedeihen kann, eingetreten waren. Zugleich waren wir uns jedoch – wie Orwell – bewusst, dass „wenn die Faschisten [zurückkehren], sie den Regenschirm unterm Arm und eine Melone auf dem Kopf haben [werden]“. Diese Warnung sollte uns davor bewahren, den Faschismus auf seine sichtbarsten und spektakulärsten Erscheinungsformen zu reduzieren (die großen Stechschrittarmeen, die uniformierten Massenmilizen und überhaupt alles, was faschistisches Gehebe ausmacht).

Aber damit war noch nicht klar, in welchem politischen Gewand der Faschismus daherkommen und welche neuen ideologischen Formen er annehmen würde. Auch nicht, welche Strategien seine – offenen oder versteckten (und die meisten von ihnen wissen sehr wohl, dass man sich nicht auf die am gründlichsten diskreditierte politische Ideologie des 20. Jahrhunderts berufen kann, ohne selbst ins Abseits zu geraten) – Jünger verfolgen würden, um dieses kriminelle Ansinnen wieder aufleben zu lassen und ihm wieder millionenfaches Gehör zu verschaffen und somit wieder Anspruch auf die politische Macht erheben zu können.

Natürlich sind unter denjenigen, die auf die faschistische Bedrohung verweisen, auch einige dabei, die ihre eigene katastrophale politische Bilanz und damit ihre Verantwortung für den Aufstieg der extremen Rechten

kaschieren wollen, um so als Retter in der Not aufzutreten. Dazu gehören Leute wie Emmanuel Macron, Hillary Clinton, Matteo Renzi oder inzwischen auch Joe Biden, die sich als „fortschrittlich“ und als „Bollwerk“ gegen den Aufstieg von Le Pen, Trump oder Salvini geben wollen. Dabei ist es gerade diese neoliberale extreme Mitte, die für die Renaissance und den Aufschwung der extremen Rechten verantwortlich ist, was bedeutet, dass es keine wirkliche Alternative zum Rechtsextremismus gibt, ohne mit dem neoliberalen Kapitalismus zu brechen und ohne völlige Unabhängigkeit von den Parteien, die letztlich im Auftrag der Bourgeoisie regieren (auch wenn sie sich einen linken Anstrich geben).

Aber diese Erkenntnis darf uns nicht genügen: Wenn es eine konkrete Gefahr gibt, verschwindet diese nicht, nur weil sie von neoliberalen Politiker*innen instrumentalisiert wird; und wenn letztere augenscheinlich den Aufschwung der extremen Rechten dazu nutzen, um selbst an die Macht zu gelangen oder sich an der Macht zu halten, bedeutet das keineswegs, dass die ultranationalistischen, reaktionären und rassistischen Kräfte bloße Marionetten in den Händen der neoliberalen extremen Mitte und des Kapitals sind.

Was bedeutet Faschismus?

Darüber und dass der Rechtsextremismus an sich gefährlich ist und bekämpft werden muss, dürften wir uns einig sein. Aber kann man überhaupt von einer Rückkehr des Faschismus sprechen? Mit anderen Worten: Lassen sich

die aktuelle politische Situation und die heutige extreme Rechte überhaupt in diese historisch so bedeutsame Kategorie fassen? Um diese Frage verbindlich beantworten zu können, müssen wir uns zunächst auf eine Definition des faschistischen Phänomens verständigen, damit sich nicht jeder eine Definition zurechtlegt, die die eigene Sichtweise auf die aktuelle Lage stützt. Wenn wir uns die Debatte in den USA über Trump oder in Frankreich über die FN/RN² betrachten, zeigt sich, dass es einen solchen Konsens nicht gibt.

Dies muss uns aber nicht behindern, sofern wir zwei Dinge berücksichtigen: nämlich den Begriff nicht zu eng zu fassen und ihn auf den italienischen Faschismus der 1920er und 1930er Jahre zu reduzieren, sodass sich jeder historische Vergleich verbietet; andererseits ihn nicht zu weit zu fassen und Faschismus generell mit Autoritarismus gleichzusetzen, sodass sich eine Vielzahl von Phänomenen darunter subsummieren lässt, die sich in ihrer Ideologie und Strategie der Machteroberung und -ausübung unterscheiden.

Der Faschismus hatte auch in der Vergangenheit verschiedene Gestalten und es gab erhebliche Unterschiede zwischen den Bewegungen, die allgemein als faschistisch bezeichnet werden (Mussolinis PNF, Hitlers NSDAP, die spanische Falange, die rumänische Eiserne Garde, Doriot's PPF etc.). Dennoch lassen sie sich in dieselbe Kategorie fassen, da sie bestimmte Charakteristika gemein haben, die über eine bloße „familiäre“ Ähnlichkeit hinausgehen: eine Ideologie, mit der sie Massen erfassen konnten, eine Strategie der Machteroberung und eine Funktion für das herrschende Gesellschafts- und Wirtschaftssystem.

Die Ideologie war die Regeneration einer imaginierten und mythisch und essentialistisch überhöhten Nation, die durch eine ethnische und politische Säuberung zustande kommen sollte, die einerseits den (ethnisch-rassistischen, religiösen und geschlechtlichen) Minderheiten galt, andererseits den sozialen und linken – ob gemäßigten oder radikalen – Bewegungen. Die Strategie bestand im Aufbau einer Organisation, die stark genug war, um in den Augen der Besitzenden als Alternative zu den traditionellen bürgerlichen Parteien bestehen zu können und in den Augen der Besitzlosen als Alternative zu den Arbeiterparteien. Die Funktion war die Wiederherstellung der politischen Ordnung, die Zerstörung des (wirklich) gesamten demokratischen Lebens und die Stärkung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung, die keine Zweifel duldete.

Konstitutiv für den Faschismus als Bewegung oder Regime ist u. E. nicht der Aufbau bewaffneter Banden oder

der Gebrauch politischer Gewalt. Zwar war dies durchaus ein zentraler Bestandteil, aber es gab auch andere Bewegungen und Regimes, die überhaupt nichts mit Faschismus zu tun hatten und dennoch gewaltsam voringen, um an die Macht zu kommen oder sich dort zu halten, und dabei mitunter Zehntausende von politischen Gegner*innen ermordeten (ganz zu schweigen von der legitimen Gewalt seitens der Befreiungsbewegungen, vor allem gegenüber gewaltsamer kolonialer Unterdrückung).

Die sichtbarste Dimension des klassischen Faschismus, nämlich die parastaatlichen Milizen, sind in Wahrheit bloß ein Element, das der Strategie der faschistischen Führungen untergeordnet ist und taktisch eingesetzt wird, um die eigenen Organisationen zu stärken und die politische Macht auf parlamentarischem Weg zu erobern (was seit der Zwischenkriegszeit und erst recht heute einigermaßen seriös ausschauen muss und weshalb die offensten Formen der Gewalt auf Distanz gehalten werden müssen). Die strategische Stärke faschistischer oder neofaschistischer Bewegungen misst sich daher an ihrer Fähigkeit, legale oder gewaltsame Taktiken – je nach historischer Konjunktur – einzusetzen und „Stellungskrieg“ oder „Bewegungskrieg“ (um Gramscis Kategorien zu verwenden) zu betreiben.

Ob eine Bewegung als faschistisch anzusehen ist, bemisst sich nicht danach, ob ausgewiesene Faschist*innen oder Hitler- oder Mussolini-Nostalgiker*innen führend in ihr vertreten sind oder ob sie sich auf den historischen Faschismus beruft, sondern in welchem Ausmaß sich die genannten Grundzüge (Ideologie, Strategie und Funktion) in ihr wiederfinden. Unter diesem Aspekt sind u. E. etliche der gegenwärtigen rechtsextremen Politiker*innen und Bewegungen als neofaschistisch einzustufen – von der indischen BJP über die Lega und Bolsonaro bis hin zur FN/RN – und nicht bloß als „populistisch“. Diese Kategorie schafft nur Unklarheit in der Diskussion, da sie anhand unscharfer Kriterien linke und rechte Politiker*innen in einen Topf wirft, die keine gemeinsamen politischen Ziele verfolgen: Sanders und Trump, Mélenchon und Le Pen, Corbyn und Farage etc.

Obendrein verbirgt sich hinter der neoliberalen Kritik am „Populismus“ zumeist ein Klassendünkel oder gar ein Hass auf das Volk i. S. der einfachen Bevölkerung, sobald diese politisch in Erscheinung tritt, weil sie sich mit der ihr zugeordneten Rolle nicht mehr zufrieden gibt. Den „Populismus“ zu kritisieren bedeutet zumeist, dem Volk autoritäre und rassistische Neigungen zu unterstellen, obwohl es die neoliberalen Regierungen in Europa – zuvörderst Emmanuel Macron – sind, die den starken Staat wollen

und deren migrationsfeindliche Politik alljährlich für den Tod von Tausenden von Migrant*innen vor den europäischen Grenzen verantwortlich ist.

Hegemonieverlust und Faschismus

Man kann das Problem auch anders angehen und sich fragen, in welchen politischen Zeiten wir leben und handeln müssen, also wie die gegenwärtige Periode beschaffen ist. Dass der Faschismus eine ernsthafte Gefahr darstellt, liegt nicht bloß daran, dass es politische Kräfte gibt, die sich mehr oder weniger versteckt auf den historischen Faschismus beziehen, sondern dass die politischen Grundzüge der Gegenwart starke Ähnlichkeiten damit aufweisen (auch wenn es offensichtliche Unterschiede gibt, was die wirtschaftliche Globalisierung, die Klassenstrukturen, die Organisation der arbeitenden Klassen oder das Verhältnis der Bevölkerung zur Gewalt etc. angeht). Man muss sich also der einfachen Frage stellen, weswegen faschistische Tendenzen, wie wir sie oben beschrieben haben und wie sie von der extremen Rechten entlang der jeweiligen Umstände immer wieder aufgegriffen und aktualisiert werden, auf massenhafte Resonanz stoßen konnten.

Mit dieser Herangehensweise wollen wir nicht unterstellen, dass „die Massen“ bewusst den Faschismus anstrebten oder ein untergründiges Verlangen danach hätten. Es geht vielmehr um die Feststellung, dass große Teile der Bevölkerung bereits zentralen Bestandteilen der neofaschistischen Ideologie erliegen, auch wenn sie sich natürlich nicht als faschistisch begreifen, momentan noch nicht bereit sind, unter dem Banner der extremen Rechten (und noch weniger bewaffneter Milizen) zu marschieren, und in ihrer großen Mehrheit die einzelnen Parolen nicht der dahinter stehenden Ideologie und deren wahren Zielen zuordnen. Zugleich muss man aber festhalten, dass der historische Faschismus keine Mehrheit an den Wahlurnen gebraucht hat, um an die Macht zu gelangen, sondern nur die Unterstützung einer wesentlichen Gesellschaftsschicht – nicht zu verwechseln mit einer bedingungslosen ideologischen Gefolgschaft – um den Besitzenden als eine politische Alternative (zumindest unter gewissen, noch zu erörternden Umständen) zu erscheinen. Übrigens kann die Beteiligung der Massen als konstitutives Moment des Faschismus – im Unterschied zu anderen reaktionären Diktaturen, die vielmehr eine solche Beteiligung zu unterbinden versuchen – unterschiedlich ausgeprägt und ausgestaltet sein: von der Zustimmung an den Wahlurnen über die bloße Mitgliedschaft in der Organisation oder einem ihr nahestehenden Verband bis hin zum Engagement

in den Milizen. Was dabei auch eine starke Rolle spielt, sind materielle und auch immaterielle Vorteile, die sich aus einer politischen Machtübernahme ergeben.

Charakteristisch für den Faschismus ist der Aufbau einer reaktionären Massenbewegung. Das heißt, dass er die Unterstützung der Massen sucht – natürlich nur als Adlanten, weil in der faschistischen Ideologie dem „geborenen“ Führer die eigentliche Hauptrolle zukommt. Bloß unter welchen Umständen lässt sich diese Unterstützung erzielen? Anders gefragt, welche Art von Krise kann den Faschismus erstarken lassen? Wir wollen hier nicht auf die (neo)liberalen Erklärungsmuster eingehen, die darin nur eine unverständliche Abweichung auf dem Weg des Kapitalismus in die Moderne sehen oder eine bloße Verirrung der politischen Eliten und der Wirtschaftskreise. Vielmehr wollen wir uns auf zwei linke Interpretationsmuster konzentrieren.

Das eine neigt dazu, den Faschismus bloß als ein mehr oder minder automatisches Resultat der kapitalistischen Krise zu sehen. Damit wird ignoriert, dass die Länder, die eine schwere Wirtschaftskrise erlebt haben, ganz unterschiedliche Entwicklungen genommen haben, und es lässt sich kaum nachvollziehen, weswegen die USA in den 1930er Jahren oder Griechenland in den 2010er Jahren dem Faschismus entgehen konnten. Natürlich bildet die Wirtschaftskrise den Hintergrund, vor dem sich der Aufstieg des Faschismus vollziehen kann. Aber dies ist nur eine *conditio sine qua non* für sein Erstarken und keineswegs ausreichend dafür, dass er sich durchsetzen und seine Herrschaft erzwingen kann. Der Faschismus kann nur gewinnen, wenn aus der wirtschaftlichen eine politische Krise wird, aber die kann verschiedene Formen und Intensitätsgrade annehmen.

Die andere gängige Theorie betrachtet den Faschismus als Antwort der Bourgeoisie auf eine revolutionäre Krise und somit auf einen drohenden Aufstand der Bevölkerung. Diese Annahme ist historisch falsch. Nicht dass der aufkommende Faschismus nichts damit zu tun hatte, dass die europäische Bourgeoisie in den Jahren nach der Russischen Revolution von 1917 eine soziale Revolution befürchtete und vom Antikommunismus besessen war; aber in Italien und Deutschland sind die Faschisten nicht auf dem Höhepunkt der revolutionären Erhebungen an die Macht gekommen, sondern vielmehr, als sich die Arbeiterklasse auf dem Rückzug befand und desorientiert und demoralisiert war.

Der Faschismus ist daher nicht das Ergebnis einer revolutionären Krise, sondern einer verallgemeinerten Krise der Hegemonie (um eine von Poulantzas³ modifizierte

Formulierung Gramscis aufzugreifen), in der die politische Herrschaft der Bourgeoisie ins Wanken geraten ist und zugleich die Klassenkämpfe rückläufig sind. In einer solchen Konstellation und unter dem Eindruck der Krise ihres eigenen Systems und der sinkenden Profitraten führt die Bourgeoisie einen erbitterten Kampf, um die sozialen und demokratischen Errungenschaften der Arbeiterklasse zu zerbrechen. Unabhängig davon, ob dies zu Massenmobilisierungen führt oder nicht, wird in jedem Fall ihre politische Herrschaft brüchiger dadurch, dass gerade das Vertrauen der Bevölkerung in ihre traditionellen politischen Vertreter, in die herrschenden politischen Parteien und gar in die politischen Institutionen an sich erschüttert wird.

Aber die Krise der Hegemonie ist insofern verallgemeinert, als sie alle Formen von Politik ergreift, sogar die gegenhegemoniale. Denn die Linke und die Arbeiterbewegung erweisen sich als unfähig, eine Lösung der politischen Krise voranzutreiben und ein wesentlicher Teil der Volksmassen wendet sich von den bürgerlichen Parteien ab und ist dann womöglich empfänglich für den angeblichen „dritten Weg“ der Faschisten. Besonders verführerisch kann hier deren „Antipolitik“ sein, die die multiple Krise (von Wirtschaft, Politik und inzwischen auch Umwelt) überwinden zu können vorgibt und stattdessen dazu aufruft, „die Nation von ihren Feinden (den Fremden) und deren Verbündeten zu befreien“, wobei in den Augen der Faschisten die gesamte Linke und die sozialen Bewegungen zu den „Fremden“ zählen.

Frankreichs fatale Entwicklung

Frankreich liefert ein besonders frappierendes Beispiel für diese Art von Krise – eine unselige Spirale in Richtung einer Katastrophe, nicht im Sinn einer linearen Entwicklung hin zum Faschismus, sondern einer historischen Dynamik, die – genährt durch bestimmte Grundzüge der französischen Politik – bereits im Gange, aber nicht unaufhaltsam ist. Wenigstens drei Charakteristika dieses politischen Hintergrunds verdienen eine nähere Erläuterung.

Zunächst erleben wir in Frankreich eine seit Mitte der 1990er Jahre beständig zunehmende politische Instabilität, die sich inzwischen so zugespitzt hat, dass die beiden Parteien, die nahezu 40 Jahre lang die Geschäfte der Bourgeoisie an der Regierung geführt haben, inzwischen marginalisiert sind (die PS mit 6 % und die Republikaner mit 8,5 % bei den letzten Europawahlen). Emmanuel Macron sollte genau diese Krise der politischen Vertretung

überwinden, indem er die Flügel der PS, die gänzlich unverhüllt zum autoritären Neoliberalismus übergelaufen sind, mit den Fraktionen der Rechten, bei denen Sarkozy so gut wie nichts ausrichten konnte oder die einfach nur besonders opportunistisch sind (wenn man an Darmanin denkt) vereint.

Jedoch führt dieselbe (neoliberale) Politik zu denselben Reaktionen und Macrons Popularität in der Bevölkerung ist rasch gesunken. Die Gelbwestenbewegung ist zum Kristallisationspunkt dieses Vertrauensverlusts geworden und hat ihn entzaubert. Inzwischen zeigt er sich seinen Gegnern und seinen Anhängern gegenüber als das, was er wirklich ist, nämlich Chef einer systemtreuen Partei, deren Zusammenhalt in dem Ziel des Erhalts der Klassenprivilegien um jeden Preis und der vollständigen Zerstörung der sozialen (Sozialsicherung, öffentliche Dienste, Arbeitsrecht etc.) und demokratischen (bes. Grundrechte) Errungenschaften begründet ist. Aber während die wechselnde Zweiparteienherrschaft von PS und den Rechten noch den Anschein einer Alternative aufrecht erhielt, ist durch deren Aufgehen in Macrons LREM für die Bourgeoisie diese Scheinalternative weggebrochen, weswegen sie versucht sein könnte, auf die extreme Rechte zu setzen. Die Linie, die der (u. a.) Medienunternehmer Bolloré in seinen Medien verfolgt, deutet in diese Richtung, ebenso manche Signale seitens des Unternehmerverbandes Medef (auch wenn er sich zum jetzigen Zeitpunkt noch weitgehend gegen FN/RN stellt).

Der zweite Aspekt berührt die Linke und die sozialen Bewegungen. Diese waren durchaus rege in den letzten 20 Jahren und haben wesentlich dazu beigetragen, dass die bürgerliche Hegemonie geschwächt wurde, indem sie die Kritik des Neoliberalismus und der Globalisierung des Finanzkapitals formuliert und verbreitet haben und indem sie die Regierungen bei etlichen Vorzeigeprojekten durch kämpferische Proteste zum Einknicken gebracht haben. Man denke an die Rentenreform der Regierung Juppé 1995 oder den „Ersteinstellungsvertrag“ von 2006, mit dem die Jugend noch weiter in prekäre Verhältnisse gezwungen werden sollte. Allerdings ist es ihnen nicht gelungen, die Umverteilung von unten nach oben und auch nicht den aufflammenden Rassismus und bes. die Islamophobie zu stoppen und auch nicht den Trend zum starken Staat aufzuhalten.

Noch schwerer wiegt, dass sie nicht dazu in der Lage waren, eine politische Alternative zum neoliberalen Kapitalismus aufzubauen, weil sie sich entweder in den „bürgerlichen Block“ (namentlich auf Seiten der Grünen, aber

lokal auch der KP) einbinden ließen oder sektiererischer Selbstgenügsamkeit und Spaltungstendenzen erlagen (dies betrifft die revolutionäre Linke) oder aber die politische Machtfrage außen vor ließen (die autonomen Bewegungen). Die Strömung um Jean-Luc Mélenchon konnte wohl vorübergehend breitere Massen erreichen, besonders bei den Präsidentschaftswahlen 2017, konnte aber oder wollte diese Wahlerfolge nicht in eine demokratisch aufgebaute und breit verankerte politische Organisation ummünzen.

Last but not least ist die politische Landschaft in Frankreich von einer unter den Wähler*innen tief und fest verankerten extremen Rechten geprägt, dem Rassemblement National, der auch ideologisch sehr einflussreich ist, weil seine Medien und Vordenker*innen ein breites Publikum erreichen und dort unentwegt ihre (rassistischen, fremdenfeindlichen, homophoben, chauvinistischen und autoritären) Ressentiments verbreiten können. Damit gelingt es ihnen auch, Brücken zu den traditionellen rechten Wähler*innen zu schlagen, die durch die Ära Sarkozy radikalisiert worden sind.

Teilweise sind diese Erfolge auf das unbestrittene Geschick ihrer politischen Führungspersonalitäten (bes. Marine Le Pen) und Ideologen (Zemmour als ein Beispiel unter mehreren) zurückzuführen. Dies erklärt jedoch nicht allein deren Stärke; mit ausschlaggebend ist auch, dass sich in ihnen drei zeitliche Ebenen vereinen und wechselseitig überschneiden und verstärken. Auf lange Sicht ist dies der französische Imperialismus, dessen Niedergang zur mythischen Idealisierung der französischen Nation verleitet und Sichtweisen befördert, die aus dem Fundus des kolonialen Rassismus schöpfen. Mittelfristig ist dies die Krise der Hegemonie, die sich seit etwa zwanzig Jahren als Reaktion auf eine Politik des Sozialabbaus verschärft und sowohl eine allgemeine Politikmüdigkeit als auch ein politisches Vakuum schafft; und kurzfristig (2015–2021) sind es die Anschläge von Gruppen, die sich auf den Islam berufen, aber vor allem deren Instrumentalisierung durch die Regierungen, um eine autoritäre und islamophobe Politik zu rechtfertigen (was sich in einer Reihe erbärmlicher Gesetze manifestiert).

Die Antikapalist*innen stehen somit vor vielfältigen und weitreichenden Herausforderungen. Anders als in der Karikatur spielt sich der Klassenkampf – übertragen auf den politischen Kampf um die Macht – sehr selten bloß zwischen zwei Spielern ab. Wie die Zwischenkriegszeit zeigt, können in Krisensituationen und bei plötzlich einsetzender oder anhaltender Destabilisierung der politischen und sozialen Verhältnisse rechtsextreme

Bewegungen, die von den traditionellen bürgerlichen Parteien unabhängig sind, ein Massenpublikum erreichen und dieses dann in den Dienst des Kapitals stellen, indem sie Bündnisse mit einer politisch geschwächten Bourgeoisie eingehen. Mehr denn je müssen wir an zwei Fronten kämpfen: gegen die extreme Mitte, deren neoliberale, autoritäre und rassistische Politik die faschistische Dynamik ständig befördert und damit die Gefahr einer Katastrophe heraufbeschwört; und gegen die extreme Rechte, die den Zorn der Bevölkerung kanalisiert, indem sie ihn auf Minderheiten lenkt, hierzulande besonders auf Migrant*innen und Muslim*innen.

Aus: *l'anticapitaliste, la revue* Nr. 124 vom März 2021.

Übersetzung: MiWe

1 Der Historiker Zeev Sternhell warnte 2003: Diese Rechte, die die prominentesten Intellektuellen und das einfache Volk der großen europäischen Metropolen – gleich ob hinter Petain, Mussolini oder Hitler – vereinte, wurde weder in den Schützengräben des Ersten Weltkriegs geboren, noch starb sie in den Ruinen von Berlin. Wie immer auch man sich ihre Zukunft vorstellt, ist diese Rechte noch immer Teil unserer Gegenwart.“

2 Die Umbenennung des Front National (FN) in Rassemblement National (RN) war nichts als ein Fassadenwechsel, der an den Inhalten der 1972 von Le Pen gegründeten Partei nichts geändert hat. Zudem hieß bereits 1986 bis 1988 die Parlamentsfraktion der FN Rassemblement National und davor die faschistische und kollaborationistische Organisation von Marcel Déat während des Vichy-Regimes „Rassemblement national populaire“.

3 N. Poulantzas, *Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus*. Trikont-Verlag, München 1973,



IST DER FASCHISMUS EINE AKTUELLE GEFAHR?

Zurecht sind alle gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, die sich positiv auf den Antifaschismus beziehen, beunruhigt über die inzwischen feste Etablierung rechtsextremer Bewegungen und die Umtriebe neofaschistischer Gruppierungen in der politischen Landschaft zahlreicher europäischer Länder. Aber lässt sich deswegen bereits sagen, dass der Faschismus an unsere Pforten klopft?

■ **Alain Bihr**

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir zunächst auf die aktuelle historische Lage eingehen und sie mit den 1920er und 1930er Jahren vergleichen, als damals der Faschismus vorübergehend seinen Triumphzug angetreten hat.

Ähnlichkeiten ...

Heute wie damals befinden wir uns in einer Phase, in der der Kapitalismus in einer weltweiten strukturellen Krise steckt und gezwungen ist, all seine bisherigen Regulierungsmechanismen komplett neu aufzustellen und alle überkommenen Verhältnisse infrage zu stellen. Heute wie damals sind die rechtsextremen Bewegungen in erster Linie Ausdruck dieser traditionellen „Mittelschichten“ (in der Landwirtschaft, im Handwerk und in der Kleinindustrie, im Handel und im Dienstleistungssektor), die durch die Globalisierung der Wirtschaft unmittelbar von Verarmung und Proletarisierung bedroht sind. Heute wie gestern trifft uns eine massive Krise der Arbeiterbewegung, die dem Proletariat jede Strategie und jede Organisation raubt, die in der Lage ist, der neoliberalen Offensive in den letzten fünfzehn Jahren gegen seine bisherigen Errungen-

schaften weltweit etwas entgegenzusetzen.

Infolgedessen erliegen heute wie gestern ganze Teile des Proletariats der populistischen und nationalistischen Propaganda und sind desorientiert, verängstigt und wütend zugleich durch die zunehmende Arbeitslosigkeit und Prekarisierung, durch die Verschlechterung ihrer materiellen und sozialen Existenzbedingungen und verzweifelt durch die Perspektivlosigkeit. Heute wie gestern erweisen sich die linken Parteien, oder das, was von ihnen übrig geblieben ist, als unfähig, dem steten Vormarsch der extremen Rechten Widerstand zu leisten, und leisten ihm sogar Vorschub durch die neoliberale Politik, die sie während ihrer Regierungszeit umgesetzt haben, oder indem sie den fremdenfeindlichen und rassistischen Diskurs der Gegenseite übernehmen.

... aber ein gravierender Unterschied

Aber bedeutet das, dass wir in Bälde in Frankreich oder sonst in Europa faschistische Regime erleben werden? – Ich denke nein.

Die o. g. Ähnlichkeiten zwischen der Lage in Europa in den 1930er Jahren und der gegenwärtigen Situation dürfen

nicht über die tiefgreifenden Unterschiede zwischen ihnen hinwegtäuschen. Der wichtigste ist, dass die strukturelle Krise, die der Kapitalismus seit den 1970er Jahren erlebt, keinen Anlass dazu gibt, wie in den 1930er Jahren einen starken Staat zu schaffen, der in der Lage ist, einem ausgereiften Monopolkapitalismus im eigenen nationalen Rahmen eine mehr oder minder abgeschottete Entwicklung zu garantieren. Heute ist es genau umgekehrt: Die Nationalstaaten haben als autonomer Rahmen für die Reproduktion des Kapitals inzwischen ausgedient und es geht darum, eine supranationale Minimalstruktur zu schaffen, um die Globalisierung des Kapitals zu regulieren. Deshalb wird die Konterrevolution, mit der die hegemoniale Fraktion der Bourgeoisie ihre Interessen durchsetzt, heute nicht mehr unter den Bannern des Etatismus und des Nationalismus geführt, die in Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ausarten, sondern unter dem Vorzeichen des Neoliberalismus, dessen Ziele der „Minimalstaat“ und die Überwindung des nationalen Rahmens sind.

Kampf zweier Linien

Dies erklärt auch, wie es zur Wiedergeburt der rechtsextremen Bewegungen in Europa kommen konnte. Zugleich aber umreißt es auch deren Grenzen und wirft ein Schlaglicht auf deren Spaltung in zwei gegensätzliche Tendenzen.

Auf der einen Seite sind es nationalistische Bewegungen, die gegen die Schwächung der Nationalstaaten durch die neoliberale Politik kämpfen: gegen die Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs, die Deregulierung der Märkte, den Verlust der bisherigen Fähigkeit der Staaten, das wirtschaftliche und soziale Leben zu regulieren zugunsten supra- oder transnationaler Instanzen, den Verfall des nationalen Zusammenhalts durch die Verschärfung der sozialen und räumlichen Ungleichheiten etc. Ihre wichtigsten Vertreter sind der Front National in Frankreich, die Alternative für Deutschland (AfD), die Freiheitspartei Österreich (FPÖ), die Dansk Folkeparti (Dänische Volkspartei), die Perussuomalaiset (Wahre Finnen), Vox in Spanien und Fidesz – Magyar Polgári Szövetség (Ungarische Bürgerallianz).

Diese Bewegungen vereinen Klassen, Klassenfraktionen und soziale Schichten (oder versuchen es zumindest), die zu den „Verlierern“ der neoliberalen Globalisierung gehören oder dies befürchten: Elemente der Bourgeoisie, deren Interessen mit dem nationalen Staatsapparat und dem nationalen Markt verbunden sind; die traditionellen „Mittelschichten“; Elemente der Arbeiterklasse, die Opfer der neoliberalen Globalisierung sind und denen die tradi-

tionellen Fähigkeiten der Arbeiterklasse zu Organisation und Kampf (Gewerkschaftsorganisationen und politische Vertretungen) abgehen. Sie versuchen daher, nationalistische Blöcke (wieder)aufzubauen, mit dem Ziel, den Nationalstaaten ihre volle Souveränität zurückzugeben, indem sie einen Nationalkapitalismus mit populistischen Untertönen propagieren.

Zugleich sind auf der anderen Seite rechtsextreme „regionalistische“ Bewegungen entstanden, die vielmehr versuchen, die Schwächung der Nationalstaaten dafür zu nutzen, die Autonomie geopolitischer Untergliederungen der Staaten (Regionen, Provinzen, Ballungsräume etc.) zu forcieren oder sogar ihre Abspaltung und politische Unabhängigkeit von den Nationalstaaten, denen sie angehören, zu betreiben. Die beiden typischsten Beispiele sind der Vlaams Belang (Flämisches Interesse) in Belgien und die Lega Nord (jetzt einfach Lega) in Italien, zu denen man noch eine Unzahl anderer weniger bekannter und eher unbedeutender Parteien rechnen kann.

Diesen Bewegungen gehören Klassen, Klassenfraktionen und soziale Schichten an, die zu den „Gewinnern“ der neoliberalen Globalisierung gehören oder dies zumindest hoffen: Teile der regionalen Bourgeoisie, die von der Einbindung in den Weltmarkt profitieren konnten, Teile der Arbeiterklasse oder der Freiberufler*innen, die mit dieser regionalen Bourgeoisie zusammenhängen. Sie alle wollen den „überflüssigen Ballast“ des Nationalstaats loswerden. Diese Bewegungen versuchen daher, „regionalistische“ (autonomistische oder gar secessionistische) Blöcke zu bilden, die sich (partiell oder ganz) von ihrem jeweiligen Nationalstaat emanzipieren wollen, der von ihnen als (fiskalische) Last oder als (reglementierendes) Hindernis für ihre Einbindung in den Weltmarkt empfunden wird.

Strategische Interessen der Bourgeoisie

Zugleich zeigt sich, wo das Haupthindernis für einen Faschisierungsprozess der europäischen Regierungen heute liegt. Wie in den 1920er und 1930er Jahren würde dies letztlich voraussetzen, dass die hegemoniale Fraktion der Bourgeoisie, die sich i. W. aus dem Finanzkapital rekrutiert und strikt transnational ausgerichtet ist, mit der einen oder anderen dieser rechtsextremen Bewegungen verbündet.

So ein Bündnis ist sicherlich nicht undenkbar, sofern es dabei um eine Bewegung vom „regionalistischen“ Typ geht, vorausgesetzt, dass diese weder den Globalisierungsprozess des Kapitals noch die dafür erforderliche Umformung des Staatsapparats irgendwie infrage stellt, sondern ganz einfach bloß eine – vermeintlich – bessere

Einbindung einer „regional“ verankerten Kapitalfraktion in den globalen Wirtschaftsraum anstrebt. Aber ein solches Bündnis wäre weder dem sozioökonomischen Gehalt noch der gesellschaftspolitischen Form nach faschistisch: Es würde allenfalls eine autoritäre Version des Neoliberalismus verkörpern, wie es ihn in den letzten Jahrzehnten verschiedentlich gab, allen voran in Großbritannien unter der Fuchtel von Thatcher.

Recht wahrscheinlich würde sich der Rechtsextremismus innerhalb einer solchen Allianz mit fortschreitendem Erfolg bei der Umsetzung seines Programms verschleiben, also eher das Gegenteil eines Faschisierungsprozesses der Regierung. Beispielhaft hierfür ist die Entwicklung, die die Wählerbasis von Vlaams Belang genommen hat: Je mehr das Ziel einer flämischen Autonomie an Boden gewonnen hat, desto mehr hat Vlaams Belang verloren ... zum Vorteil seiner Konkurrenten in der Nieuw-Vlaamse Alliantie (Neue Flämische Allianz) und der Christen-Democratisch en Vlaams (Christdemokratisch und flämisch).

Ein strategisches Bündnis zwischen der hegemonialen Fraktion der Bourgeoisie und einer nationalistischen rechtsextremen Bewegung hingegen ist absolut unmöglich. Das schließt natürlich nicht aus, dass eine solche Bewegung die Macht innerhalb eines Staates übernehmen kann mithilfe einer parlamentarischen Mehrheit, in der sie die stärkste Kraft darstellt. Aber sobald sie versuchte, ihr politisches Programm umzusetzen und Maßnahmen zu ergreifen, die die Globalisierung des Kapitals ernsthaft gefährden, würde ihr der Geldhahn gnadenlos abgedreht werden. Die Staatsverschuldung ist inzwischen die meist gefürchtete Waffe, über die das Finanzkapital verfügt, um jede Regierung zur Raison zu bringen, die sich ihr in den Weg stellen will. Dabei spielt die politische Couleur keine Rolle, sofern sie sich außerhalb des kapitalistischen Systems stellt, was man aber von einer rechtsextremen Regierung in keiner Weise befürchten muss.

Es lässt sich nicht ausschließen, dass eine solche Bewegung durch ihren Wahlerfolg die klassisch rechten Organisationen, die die Interessen der hegemonialen Fraktion der Bourgeoisie repräsentieren, zu einer Regierungskoalition zwingt. Genau das ist in Österreich passiert, als die FPÖ zwischen 1999 und 2005 mit der ÖVP (Österreichische Volkspartei) regierte. Die primäre Folge war nicht eine Faschisierung der Regierung, sondern ein Stimmenverlust der FPÖ bei den Wahlen, nachdem sie sich den neoliberalen und konservativen Anschauungen ihres Partners hatte beugen müssen. Die Neuaufgabe dieser schwarz-blauen Koalition nach den Parlamentswahlen im September 2017

hat erneut zu einem Einbruch geführt, der durch die Korruptionsskandale noch härter ausfiel und bei den Parlamentswahlen im September 2019 fast zehn Prozentpunkte ausmachte. Ähnlich verhielt es sich mit der Alleanza Nazionale, der Nachfolgerin des offen neofaschistischen Movimento sociale italiano, infolge ihrer Regierungsbeilegung an der Seite von Silvio Berlusconi Forza Italia: 2009 löste sich die Partei innerhalb des Mitte-Rechts-Bündnisses Il Popolo della Libertà auf. In beiden Fällen war es die neoliberale und neokonservative Rechte, die in diesem Gespann mit der extremen Rechten das letzte Wort hatte.

Man wird einwenden, dass es am Rande der o. g. rechtsextremen Bewegungen eine Vielzahl von Gruppierungen und Miniorganisationen mit eindeutig neofaschistischer Ausrichtung gibt, die auf ihre Stunde warten (nämlich die Regierungsübernahme durch eine der o. g. Organisationen), um die bis dahin verhalten praktizierte Gewalt voll ausleben zu können. Aber genauso, wie ein paar Schwalben noch keinen Frühling machen, machen faschistische Gruppen keinen Faschismus aus: Ihre Existenz ist zwar eine notwendige, aber sicherlich nicht eine der wichtigsten und schon gar nicht eine hinreichende Voraussetzung für den Faschismus. Andernfalls ließe sich kaum erklären, warum der Faschismus nur unter bestimmten sozialen und historischen Umständen reüssieren konnte, obwohl sich doch faschistische Gruppierungen fast überall in Europa seit fast einem Jahrhundert halten können.

Wachsamkeit ist dennoch geboten

Dies alles kann uns freilich nicht zum Trost reichen. Einerseits sind die heutigen rechtsextremen Bewegungen, auch wenn von ihnen nicht die Gefahr einer Faschisierung der Regierung ausgeht, ein ernsthaftes Hindernis für den Aufschwung der antikapitalistischen Kämpfe, weil sie das Lager der Lohnabhängigen schwächen. Und zwar indem sie einen Teil ihrer Mitglieder ins Schlepptau und unter die Fuchtel von bourgeoisen Elementen zwingt und indem sie ihn gegen Teile des eigenen Lagers aufbringt, weil diese „Immigranten“ oder nicht wahrhaft „national“ sind oder „nicht vereinbar mit der europäischen Kultur“ etc. Und genau aus diesem Grund müssen sie bekämpft werden.

Andererseits ist der Faschismus nicht die einzige mögliche Form von Reaktion und Konterrevolution. Die „global“ aufgestellte Bourgeoisie, die heute den Prozess der Transnationalisierung des Kapitals vorantreibt, ist noch nicht aus der Krise – ihrer Krise! – herausgekommen, ganz im Gegenteil. Sie ist weit von der Bewältigung eines Pro-

zesses entfernt, der i. W. auf der Zerschlagung nationaler Regelmechanismen und sozialer Kompromisse beruht, die dereinst der Kapitalreproduktion des Kapitals während der „Wirtschaftswunderzeiten“ ihre Glanzzeit beschert hatten.

Der Neoliberalismus hingegen, der derzeit politisch dominiert, zeigt jeden Tag mehr, dass er in die Sackgasse führt und zwingt das globalisierte Kapital, die Lohnabhängigen der Industrieländer und die Völker des Südens noch mehr unter Druck zu setzen. Die sozioökonomischen Folgen der gegenwärtigen Viruspandemie werden diesen Zwang noch intensivieren, um die Kosten auf die Unterdrückten abzuwälzen (in Form von Arbeitslosigkeit, Prekarisierung, Begleichung der Staatsschulden etc.).

Vor allem droht die anhaltende und zunehmende sozioökonomische Krise die wirtschaftliche und politische Rivalität zwischen den verschiedenen Polen (USA, Europäische Union, China, Südostasien und Japan) der globalen kapitalistischen Akkumulation zu verschärfen. Die Destabilisierung von Staaten oder gar ganzen Regionen an der Peripherie dieser Pole (für die USA also Mittelamerika oder überhaupt Lateinamerika; für Westeuropa also Nordafrika, der Nahe Osten oder Osteuropa), wo ohnehin schon Kriege, Massenexodus der Bevölkerung, Terrorismus etc. Dauerzustand sind, dürfte zudem den Druck an einigen der Außengrenzen dieser verschiedenen Pole sowie die kollektive Panik verstärken, die ihrerseits die Tendenz zum starken Staat befördert.

Dieselben Folgen können sich aus der wachsenden ökologischen Krise des Planeten ergeben, wovon uns die gegenwärtige Pandemie einen Vorgeschmack liefert. Ganze Landstriche könnten unbewohnbar werden und infolge der Verknappung von Wasser, Ackerland, Rohstoffen und Energiequellen und der nachfolgenden Konkurrenzkämpfe darum zu Genozid und Massenexodus führen. Sofern es zu einem Wiederaufleben der Klassenkämpfe kommt und der neoliberale Sozialabbau dadurch eingedämmt, aber keine revolutionäre Perspektive durchgesetzt werden kann, könnte sich die Bourgeoisie mancherorts gezwungen sehen, wieder auf den starken Staat zu setzen, um jeden Widerstand zu ersticken. Ein Mittel dabei ist, die Bevölkerung aufzuhetzen, damit diese ihre Position in der internationalen Arbeitsteilung verteidigt.

Diese Gemengelage hat bereits dazu geführt, dass in einigen EU-Staaten, vorwiegend in Mitteleuropa (Polen, Ungarn), aber auch in Westeuropa (Frankreich) die Tendenz zum starken Staat gestärkt worden ist, was sich besonders in den ständigen Einschnitten der Grundrechte bemerkbar macht. Wenn diese Tendenzen zuneh-

men, könnte sich die „eiserne Ferse“ des Kapitals erneut bemerkbar machen und dann könnte auch wieder die Stunde – zwar nicht der Faschisten, aber ihrer geistigen Erben – schlagen.

aus *l'anticapitaliste la revue* 124 vom März 2021

Übersetzung: MiWe



GAULAND UND KONSORTEN

Der Hype um die AfD scheint vorerst vorbei zu sein. Die Partei wird von mehr oder weniger scharfen Fraktionskämpfen erschüttert, wie der Parteitag in Kalkar im Herbst 2020 und der Parteitag in Dresden vom 9.–11. April 2021 gezeigt haben.

■ **Paul B. Kleiser**

Im Augenblick gibt es keine neue Migrationswelle, gegen die man sich auflehnen und mobilisieren könnte. Und der gewöhnliche Rassismus braucht die AfD nicht. In der Corona-Pandemie verfolgt die Partei einen unklaren Kurs; dort wo sie (wie Brasiliens Präsident Bolsonaro) von einer „kleinen Grippe“ sprach oder besonders heftig bestritt, dass das Virus überhaupt existiert – so in Thüringen und Sachsen – sind die Infektionszahlen besonders hoch; im Raum Bautzen-Zittau stapelten sich zeitweise die Särge vor den Krematorien. Jetzt beschloss die Partei die Ablehnung der Masken. Die Beobachtung durch den Verfassungsschutz ist für sie sicherlich auch nicht hilfreich. In einer „Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität“ – die sogar Björn Höcke unterschrieben hat – bekennt sich die AfD „zum deutschen Staatsvolk als der Summe aller Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen“. Dies steht im Widerspruch zu häufig geäußerten Forderungen, die wegen der Corona-Krise leerstehenden Flugzeuge zu nutzen, um alle Menschen abzuschieben, die nicht „hierhergehören“, vor allem Muslime. So schlug der Bundestagsabgeordnete der AfD, Christian Wirth, vor, die freigewordenen Kapazitäten im Flugverkehr für Massenabschiebungen zu verwenden. Die Flugzeuge könnten „für eine schnelle und effektive Rückführung der rund 250 000 ausreisepflichtigen Migranten (eine Phantasiezahl, weil viele geduldet werden müssen,

pbk) in Deutschland genutzt werden“ (Tagesschau vom 26.03.2020, hier zit. nach Funke 2020, 15)

Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg im März 2021 verlor die Partei 5,4 % und in Rheinland-Pfalz 4,3 % – und damit auch erhebliche Pfründe. Bundesweit schwankt sie aktuell um die 10 Prozent, während es im Herbst 2018 schon fast 20 Prozent waren. Auch das System der Selbststilisierung als Opfer der „etablierten Altparteien“ ist inzwischen an seine Grenze gestoßen.

Sicherlich sind diese Wahlergebnisse immer noch beachtlich, wenn man sich die Faulheit und Unfähigkeit der (meist männlichen) Abgeordneten ansieht, die häufig vor allem mit ihren Hahnenkämpfen beschäftigt sind. Keine Fraktion in den Landtagen besteht heute noch aus den Leuten, die damals ins Parlament gewählt wurden; es gilt das bayerische Sprichwort: „Mit Verlust muest rechnen!“ Doch diese Schwächen sind weitgehend auf die westlichen Bundesländer beschränkt.

Der wilde Osten

Im Osten, vor allem in den Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, liegt die Partei in Meinungsumfragen fast immer bei gut 20 Prozent, weil die Wut über wirkliche oder vermeintliche Zurücksetzung hinter die „Wessis“ nach wie vor auf breite Resonanz stößt. AfD-Wähler im Osten möchten vor allem ein Gefühl zum

Ausdruck bringen: „Ich werde hintergangen, betrogen, verarscht“. (Kraske 2020, S.43)

Dieses Gefälle verschärft jedoch die in der Partei bestehenden Widersprüche zwischen den verschiedenen Richtungen, den rechten Konservativen, den Neoliberalen, den christlichen Fundamentalisten und den verschiedenen Strömungen der Völkischen. Dabei kann man – ganz grob – nach wie vor zwei Grundrichtungen ausmachen: Die eine, geführt von Parteichef Jörg Meuthen, möchte aus der AfD eine eher konstruktive, kulturell konservative und wirtschaftsliberale Oppositionspartei machen, die – abgesehen von den Nichtwähler*innen – auf rechte Wähler*innen aus der Union (z. B. Anhänger von Friedrich Merz) und der FDP zielt. Dazu bedarf es aber gesitteter Verhaltensweisen. Rowdytum mag der deutsche Kleinbürger nicht.

Dazu im Gegensatz steht der rechte Flügel (der in Kalkar nur knapp geschlagen wurde), der Gesellschaft und Staat im Sinne seiner nationalistischen und völkischen Ideologie umstrukturieren möchte; darunter finden sich viele Faschist*innen. Diese Strömung hat – als Anhängerin des starken Staates – Probleme mit dem Neoliberalismus; sie stehen für einen „solidarischen Patriotismus“ zugunsten des „deutschen kleinen Mannes“, der zuletzt bei Wahlen oft zuhause geblieben ist. So hat der Dresdener Parteitag beschlossen, dass bei der Aufnahme von Menschen in Not ein mit der „deutschen Werte- und Gesellschaftsordnung vereinbarere kultureller und religiöser Hintergrund ein wichtiges Kriterium“ sein müsse. Außerdem sollen anerkannte Flüchtlinge ihre Familien nicht nachholen dürfen – ein klarer Verstoß gegen grundlegende Menschenrechte! Es gebe auch keinen Fachkräftemangel; das sei ein „konstruiertes Narrativ der Industrie- und Wirtschaftsverbände sowie anderer Lobbyvereine“, so das Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen. (SZ, 13. April 2021)

Wenn man sich die Geschichte der AfD seit 2013 anschaut, erkennt man, dass die Radikalisierung vor allem von den ostdeutschen Landesverbänden vorangetrieben wurde, wo der „Flügel“ in der Regel in der Mehrheit war. Das begann mit der „Erfurter Resolution“ von 2015; die Führungsleute, vor allem Björn Höcke, André Poggenburg und Andreas Kalbitz (letztere sind ausgetreten bzw. ausgeschlossen, und außer Poggenburg alles Westdeutsche!), verschoben den Schwerpunkt ihrer Politik immer mehr in Richtung der völkischen Orientierung. Das ideologische Zentrum dieser Richtung befindet sich bei Götz Kubitschek und seinem Institut für Staatspolitik in Schnellroda (das nach dem Vorbild des französischen rechten „think tanks“ GRECE von Alain de Benoist arbeitet).

Diesen Leuten galten und gelten die verschiedenen Parteivorsitzenden, zunächst Bernd Lucke, sodann Frauke Petry und Marcus Pretzell und nun Jörg Meuthen als Vertreter*innen eines klassischen Konservatismus, denen der Wille zum *Bruch* mit Kultur und Politik der alten Bundesrepublik fehlt. Sie möchten Verhältnisse, in denen ihre autoritären, nationalistischen und rassistischen Politikansätze – auch über den rechten Rand der Neofaschisten hinaus – auf fruchtbaren Boden fallen. Diese Radikalisierung war wohl nur im Osten möglich, weil 1. es dort zur DDR-Zeit einen neofaschistischen Bodensatz gab, der vom Regime geleugnet wurde (vgl. Harry Waibel 2017; Waibel spricht von bis zu 15 000 Leuten); man sprach nur von Rowdys oder Skinheads; 2. das SED-Regime eine Politik des „starken Staates“ praktizierte, um ja keine aktive Zivilgesellschaft aufkommen zu lassen; 3. der Osten in seiner Legitimationsschwäche („Sozialismus in einem *halben* Land“) immer stärker zu nationalistischen Parolen griff; 4. er hinsichtlich der „Vertragsarbeiter“ aus den „Bruderländern“ noch rigorosere als die BRD mit den „Gastarbeitern“. Außerdem orientierte sich die SED am Faschismusbegriff des VII. Kongress der Komintern (1935), als die (blödsinnige) Dimitroff-Formel angenommen wurde, wonach der Faschismus eine „terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ sei. Damit wollte man vom völligen Versagen der KPD in der Endphase der Weimarer Republik ablenken, als man die Sozialdemokratie als „Zwillingsbruder“ des Faschismus beschimpfte und eine Einheitsfront verhinderte¹, die allein Hitlers Weg zur Macht hätte stoppen können. In den KZ war man dann wieder zusammen.

Im Osten fallen die Ressentiments gegen „die da oben“, gegen das „Allparteienkartell“ usw. häufig auf fruchtbaren Boden. Die Brüche von 1989 und der „feindlichen Übernahme“ der Wirtschaft durch das westliche Kapital haben zu einem Wutpotenzial geführt, das bis heute weiterwächst. Das Problem für die AfD ist nur – und hier stimmen alle Forscher*innen überein –, dass diese Flirts mit den Neonazis und die rassistischen Ansätze im Westen von der Mehrheit der Wähler*innen nicht goutiert werden.

Deswegen ist der Einfluss der Völkischen auf die Gesamtpartei auch begrenzt; viele wollen ihre Pfründe nicht verlieren. Bei den Bundestagswahlen 2017 kamen zwei Drittel der AfD-Stimmen aus dem Westen; wäre die AfD nur als Ostpartei angetreten, hätte sie den Einzug in den Bundestag glatt verfehlt. Deswegen können sich die Völkischen auch keine Spaltung leisten (s. das Schicksal von Frauke Petry); eher müssen sie sich nach Partnern im

Westen umsehen. Ihre Strategie besteht eher darin, „für den Tag X bereitzustehen“.

Die völkische Ideologie

Die AfD bzw. ihr „Flügel“ machten mehrere Stufen der Radikalisierung durch. Die erste lag in der Ersetzung des klassischen neoliberalen Hochschullehrers Bernd Lucke durch Frauke Petry im Sommer 2015. Ein knappes Jahr später wurde ein Grundsatzprogramm verabschiedet, das sich vor allem mit „dem Islam“ befasste. Der Islam sei „nicht aufklärungsfähig“. Ein Parteimitglied, das von positiven Erfahrungen mit Muslimen berichtete, wurde gnadenlos ausgebuht. Die nächste Stufe war dann die Entmachtung von Frauke Petry im April 2017.

Die Intellektuellen des „Flügels“ vertreten die völkische Ideologie in klassischer Weise; viele Mitglieder wohl eher emotional. Es gibt einige seit der Weimarer Republik bekannte Kernthesen, vor allem dass „das deutsche Volk durch Kulturfremde ausgetauscht“ werde und dabei sei, unterzugehen. Solches würde von Angela Merkel organisiert. Daher fordert Höcke eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“, weil die Deutschen auf ihre geschichtlichen Taten stolz sein sollen (was natürlich angesichts des Holocausts ein Problem ist, daher muss man ihn bestreiten oder zumindest relativieren – „andere Völker haben auch gemordet“). Gauland möchte „stolz sein auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“ (2. September 2017). Die AfD möchte den „ethnisch reinen“ deutschen Staat und beschimpft deswegen Muslime, Deutschtürken oder Geflüchtete; man kann unschwer die Folie der Nazi-Angriffe gegen Juden und Jüdinnen erkennen.

Gauland jammert herum: „Eine deutsche oder eine englische Fußballmannschaft sind schon lange nicht mehr deutsch oder englisch im klassischen Sinne. (?)“ Und dann kommt der übliche Schwachsinn: Man kann eine Verfassung ändern, nicht aber „Identität, Nationales, Kultur. Sie sind uns angeboren (sic).“ Anscheinend konnte er schon (natürlich deutsch) Lesen und Schreiben, als er auf die Welt kam. Marc Jongen aus Baden-Württemberg spricht von den „genetischen Grundlagen der Kultur“. Und Uwe Junge (AfD Rheinland-Pfalz) glaubt: „Der Tag wird kommen, an dem wir alle Ignoranten, Unterstützer, Beschwichtiger, Befürworter und Aktivisten der Willkommenskultur im Namen der unschuldigen Opfer (?) zur Rechenschaft ziehen werden. Dafür lebe und arbeite ich. So wahr mir Gott helfe!“ (nach: ARD, hart aber fair, 2. Juli 2019)

Schon früher beklagte Alice Weidel (MdB), dass „wir von Kulturfremden wie Arabern, Sinti und Roma etc. überschwemmt werden“. Für sie sind alle Asiaten und Afrikaner „kulturfremd“. Am 16. Mai 2018 hielt sie eine Rede im Bundestag und warnte vor „Kopftuchmädchen, alimentierten Messermännern und sonstigen Taugenichtsen“. Kopftuch bzw. Messer sind also die Attribute der muslimischen Frau wie des Mannes. Und ihre Kollegin Beatrix von Storch haut in dieselbe Kerbe, wenn sie sagt, bei den Migranten handle es sich „um barbarische, muslimische, gruppenvergewaltigende Männerhorden“. Hat die Staatsanwaltschaft je ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung eingeleitet?

Corona

Die Pandemie hat die AfD kräftig durcheinandergewirbelt. Mehrfach hat sie ihre Strategie geändert. Sie schwankt zwischen Panikmache, Verharmlosung („kleine Grippe“) und Abstreiten, dass es überhaupt ein Problem gibt. Anfang März 2021 wollte die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel die Kampagne „Aufbruch für Deutschland – Raus aus der Wirtschafts- und Lockdown-Krise“ vorstellen, doch sie fiel ins Wasser, weil ein Fraktionsmitglied an Covid-19 erkrankt war und die Kontaktpersonen getestet werden mussten.

Im Frühjahr 2020 forderte die AfD harte Einschnitte. „Das Nichtstun der Bundesregierung gefährdet Leib und Leben der Menschen“, hieß es damals. Wenige Monate später warf Alice Weidel der Bundeskanzlerin vor, mit ihren harten Corona-Maßnahmen „einen größeren Schaden angerichtet zu haben“ als das Virus selbst. (SZ, 09. April 2021) Man sprach von „Corona-Diktatur“, ja sogar von einem neuen „Ermächtigungsgesetz“. (Der Gedanke ans Dritte Reich kommt ihnen immer!)

Die bayerische AfD-Chefin im Landtag Katrin Ebner-Steiner schrieb an den Geschäftsführer der Main-Klinik in Ochsenfurt, sie habe „erfahren“, dass ein „großer oder nicht unerheblicher Teil“ der Covid-Patienten „einen Migrationshintergrund“ habe. „Könnten Sie mir daher bitte mitteilen, wie viele sogenannte Corona-Patienten bei Ihnen stationär behandelt werden? Und wie viele der Corona-Patienten tatsächlich einen Migrationshintergrund haben?“ Hier haben wir das „rassistische Wissen“ (Maria Alexopoulou) in Reinkultur: Migranten sind schmutzig und schleppen Krankheiten ein!

Geschäftsführer Alexander Schraml schrieb zurück, er habe „erfahren“, dass „ein großer oder nicht unerheblicher Teil Ihrer Fraktion an einer moralischen und intellektuel-

len Dysfunktion leide“. Ob ihm mitgeteilt werden könne, wie viele AfD-Abgeordnete dies betreffe – „und wie viele davon zusätzlich einen politisch zweifelhaften Hintergrund“ hätten? Jedenfalls hätten in der Klinik weit mehr „Pflegekräfte als Patienten einen Migrationshintergrund“. (Ohne diese Menschen und ihr Engagement wäre das deutsche Gesundheitssystem längst zusammengebrochen. pbk). (SZ, 30. März 2021)

Schließlich offenbart Gauland sein biologisches Weltbild: „Wir sind hier verwurzelt, naturwüchsig, ein Volk wie ein Baum; die Volks-Fremden werden uns „aufgepfropft“ als biologisch fremde Triebe. Schon 1968 hat mich der damalige NPD-Vorsitzende Martin Mußgung beschimpft, ich hätte meine Wurzeln verloren! Das ist knallharter Rassismus!

Schlachtross Gauland

Alexander Gauland, der 40 Jahre Mitglied der CDU war und unter Ministerpräsident Walter Wallmann (1932–2013), dem Nachfolger von Alfred Dregger (1920–2002) aus der „Stahlhelmfraktion“ in der hessischen Staatskanzlei gearbeitet hat, klammert die verschiedenen Strömungen (einschließlich der Rechtsradikalen) in der AfD zusammen. Sundermeyer nennt ihn den „Lotsen der Bewegung“; doch eigentlich war er als Staatssekretär für Umwelt (!) und als Büroleiter immer ein Mann im Hintergrund. In den 1970er Jahren holte er sogar vietnamesische „boat people“ nach Deutschland – er wählte aber nur Leute mit Ausbildung aus. Von seinem Auftreten und der Kleidung her imitiert er den alten britischen Landadel, über den er auch Fernsehfeatures verfasst hat. Er steht für die Strömung in der AfD, die eher in die 1950er Jahre zurückmöchte, während Björn Höcke und Anhang ihre Vorbilder und Vorlieben eher in den 1930ern (auch in Italien) suchen.

Alexander Gaulands klassisch konservativer Grundsatz lautet, der deutsche Staat dürfe keine Schwäche zeigen und nie die Kontrolle verlieren (was angeblich 2015 passiert sei), er müsse sich Respekt verschaffen nach innen und nach außen. Gemäß diesem Weltbild wehren deutsche Grenzschützer illegale Migrant*innen ab; deutsche Interessen müssten stets Vorrang haben. Als Konservativer treibt ihn die Sorge um, dass „wir die Flüchtlingskrise nicht schaffen“; den Patrioten schmerzt „die Sorge um unser schönes Land“, für den Nationalisten hat Merkel das Land verraten und verkauft, die Rechte sieht in ihr eine Diktatorin, die „Umvolkung“ betreibt, an deren Ende „die Deutschen fremd im eigenen Land“ sein werden. (Alle diese *buzzwords* wurden von Gauland bereits verwendet, daher ist er die

Integrationsfigur für die Rechten aller Radikalisierungsstufen). Er verschickt keine Mails oder Tweeds, daher kann er auch keine Shitstorms produzieren (und bekommt viele Nickeleien in der AfD gar nicht mit!) Seine Tochter, eine Pastorin, hat sich inzwischen in deutlichen Worten von ihm distanziert. Gauland war eigentlich schon immer Nationalist – beim Parteigründer Lucke ging es um den Euro, die Staatsschulden und die europäische Wettbewerbskultur – bei Gauland ging und geht es immer auch um Deutschland. An Wladimir Putin imponiert dem Nationalisten, mit welcher Entschlossenheit er für die nationalen Interessen Russlands eintritt, wie er – auch mit Gewalt – der Krim „ihren historischen angestammten Platz“ zuweist (nationale Identität steht für ihn über Völkerrecht).

Der Journalist Jürgen Kaube schrieb in der FAZ: „Wenn von dem erhaltenswerten Deutschland gesprochen wird, sind tempo-offene Autobahnen, Atommüllendlager und die Abschaffung des Naturschutzes inbegriffen. Gefährdet wird die *Heimat* offenbar vor allem von Einwanderern, Gewerbesteuern, englischsprachigen Studiengängen und Windrädern“. Götz Kubitschek (stammt aus Ravensburg, seine Schüler sind Höcke und Poggenburg) lebt als rechter Verleger auf dem Thüringer Rittergut Schnellroda: „Deutscher ist, wer sich loyal zu Deutschland verhält, es notfalls mit der Waffe verteidigt und sich *bedingungslos* mit der Kultur und Geschichte (sic) dieses Landes identifiziert“. Zentrales Theorem ist die Lehre vom Ethnopluralismus. In jedem Land soll die dort heimische Ethnie dominierend sein – zum Wohle der nationalen Identität soll Vermischung möglichst vermieden werden. „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen!“

Der rechte Begriff „Volksgemeinschaft“ wurde wiederbelebt, also die Beurteilung von Menschen nach Herkunft und „Integrationsaussichten“ (hier war Thilo Sarrazin mit *Deutschland schafft sich ab* der Vorreiter!). Gauland wollte nicht neben Fußball-Nationalspieler Boateng wohnen!

Grundlegend ist die Logik der *Ungleichheit*: Es gibt Unterschiede zwischen Männern und Frauen, oder zwischen Europäern und Afrikanern und es ist ein großer Fehler, „alles in eins zu mengen“. Das bedeutet aber keineswegs, dass „damit ein Unterdrückungsimpuls von oben nach unten gemeint ist. Überhaupt nicht“. Die AfDler wollen angeblich nur unterscheiden – nicht unterdrücken; aber führt Gruppenunterscheidung nicht schnell zu Gruppenwertigkeiten und damit Abwertungen? Typische Beispiele für die AfD sind Gewaltakte von Ausländern (Freiburg, Kandel) gegen Deutsche: „Die deutschen Opfer haben keine Lobby unter ihren in der Politik tätigen Landsleuten“ – so Kubit-

scheck. („Deutsche Opfer, fremde Täter.“) Also sind Straftaten von Ausländern verwerflicher als die von Deutschen! „Der deutsche Sozialhilfeempfänger ist eben immer noch einer von uns, und die Erziehungskraft (*das gibt es also*) unseres Volkes (also kann man Menschen doch ändern) reicht derzeit noch nicht einmal für die eigenen Leute aus.“ Das könnte man glauben, wenn man sich die AfDler so ansieht!

Die Globalisierung wird ambivalent gesehen (deutsche Autoindustrie schützen!): Es gibt ein Unbehagen über die gefühlte Auflösung aller Grenzen, ob geografisch, politisch oder kulturell. Alan Posener schreibt: „Im Kampf gegen die McWorld, die einheitliche Welt der Business Lounges und Luxushotels, Bürohochhäuser und Villenviertel, in der sich die Meritokraten wohlfühlen, entstehen in den muslimischen Gesellschaften die Dschihadisten, in den westlichen Gesellschaften Populisten.“ Gauland möchte dagegen „Entschleunigung“ bieten und ein ostdeutsches Heimatgefühl bewahren. „Herr Schäuble erklärt uns, das sei eben das Rendezvous mit der Globalisierung. Er erklärt uns, wenn wir Waren überallhin exportieren könnten, dann müssten wir auch Menschen importieren und aufnehmen. Denkt einmal daran zurück, dass wir lange eine Bundesrepublik hatten, die exportierte und wo kein Mensch auf die Idee gekommen ist, zu sagen, und nun müsst ihr auch die ganzen fremden Menschen aufnehmen.“ Also zurück zu Adenauer und Erhard – oder doch zu Hindenburg und Hitler?!

Literatur:

- Amann, Melanie 2018: *Angst für Deutschland*. Die Wahrheit über die AfD: wo sie herkommt, wer sie führt, wohin sie steuert, München (Droemer Verlag).
- Funke, Hajo, 2020: *Die Höcke-AfD*. Vom gärrigen Haufen zur rechtsextremen ‚Flügel‘-Partei, Hamburg (VSA).
- Kraske, Michael, 2020: *Der Riss*. Wie die Radikalisierung im Osten unser Zusammenleben zerstört, Berlin (Ullstein).
- Sundermeyer, Olaf, 2018: *Gauland*. Die Rache des alten Mannes, München (C.H.Beck)
- Von Lucke, Albrecht, 2019: „Der Osten steht auf“: Die AfD als Führungspartei, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 8/2019, S. 5–8.
- Waibel, Harry, 2017: *Die braune Saat*. Antisemitismus und Neonazismus in der DDR, Stuttgart (Schmetterling).

1 Vgl. Leo Trotzki, „Gespräch mit einem sozialdemokratischen Arbeiter“, in: ders. 3, Bd. 2, Frankfurt am Main 1972 (EVA), S. 449–472.

TONI MORRISON ÜBER RASSISMUS

Die bedeutende afroamerikanische Schriftstellerin Toni Morrison (1931-2019), der 1993 der Nobelpreis für Literatur verliehen wurde, sagte 1975 in einer Rede vor schwarzen Student*innen zum Thema Rassismus:

„Jede*r weiß, dass Rassist*innen bereit sind, sich alles Mögliche auszudenken, wenn der Profit daraus groß genug ist. Es ist wichtig, die wahren Gegner zu kennen, und zu wissen, dass die Funktion, die wahre Funktion von Rassismus Ablenkung ist. Rassismus hält dich davon ab, Arbeit zu erledigen. Er bringt dich dazu, immer und immer wieder deine Existenz zu rechtfertigen. Jemand behauptet, du hättest keine Sprache, und deshalb verbringst du 20 Jahre damit, zu beweisen, dass du sie doch hattest. Jemand sagt, dein Kopf sei nicht richtig geformt, und deshalb arbeiten Wissenschaftler*innen daran, zu zeigen, dass er es doch ist. Die Wissenschaft hält sich damit auf, physische Fähigkeiten bei Schwarzen Menschen im Vergleich zu *weißen* Menschen zu untersuchen. Die Frage ist nur, wozu?“

„HASSKRIEGER“ – GEDÜNGTER TERROR DER „EINZELTÄTER“

Insgesamt starben im Zeitraum von 1990 bis 2017 in Deutschland 25 Menschen in den Flammen rassistischer Brandanschläge. Doch das waren nicht die einzigen Opfer rechtsextremer Gewalt.

■ **Horst Ferdinand**

Die Anschläge auf die Wohnhäuser von türkischen Einwandererfamilien in Mölln (1992) und Solingen (1993) gingen bundesweit durch die Presse und erregten international großes Aufsehen. Auch der Brandanschlag 1996 auf ein Asylbewerberheim in Lübeck beschäftigte über Monate die Medienberichterstattung. Zehn Menschen kamen hier ums Leben, 36 Asylbewerber*innen wurden verletzt. Bis heute ist nicht klar, wer für den Brandanschlag verantwortlich ist.

Inzwischen sind weitere Tote hinzugekommen: Neun Mordopfer von Hanau und der zweifache Mord von Halle, nachdem ein Mordversuch an 51 jüdischen Gläubigen gescheitert war. Zudem verbrannte in der niederrheinischen Haftanstalt Kleve der Syrer Ahmad A. Er war Opfer einer Namensverwechslung mit einem gesuchten Afrikaner geworden. Im Mai 2021 stellte der Untersuchungsausschuss des NRW-Landtages fest, dass entgegen einer Anweisung des Justizministers alle Originaldaten zu dem Fall gelöscht worden sind.

Unklare Opferzahlen: Unklarheit hat Tradition

Am Beispiel von Thüringen lässt sich die unklare Datenlage gut darstellen, wo seit 1990 zwölf politisch motivierte Morde von Rechten und zwei unaufgeklärte stattgefunden haben. Die staatlichen Stellen anerkennen jedoch nur eine Tötung

als politisch motivierte Tat eines Rechten an. Die Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen (ezra.de) hat sieben weitere Tötungen ermittelt und fordert deshalb unabhängige wissenschaftliche Überprüfungen.¹

Der Schriftsteller und Historiker Harry Waibel schreibt: „Im Bundesland Berlin ist die offizielle Anerkennung in einer grotesken Schiefelage, da für die Zeit von 1990 bis 2018 staatliche Stellen nur neun von Rechten getötete Menschen anerkennen. Nach meinen Recherchen gab es in Berlin jedoch in diesem o. g. Zeitraum 28 Tötungen durch Rechte und eine Tötung ist nicht aufgeklärt.“

Die Tageszeitungen *Frankfurter Rundschau* und *Der Tagesspiegel* veröffentlichten am 14. September 2000 eine Chronik mit 93 Tötungsdelikten, die aus rassistischen Motiven heraus geschahen. Die Schröder-Fischer-Regierung erkannte nur 24 Fälle an, bei denen Menschen aus politischen Gründen getötet worden waren. Am 16. September 2010 schrieb *Der Tagesspiegel*, zusammen mit der Wochenzeitung *Die Zeit*, diese Chronik fort. Sie kamen dabei auf 150 politische Todesfälle, die rechten Tätern zuzuschreiben sind.

Für den Zeitraum von 1990 bis 2010 dokumentiert eine Wanderausstellung des Vereins Opferperspektive und der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) 156 Todesfälle. Die

Antonio-Amadeu-Stiftung geht davon aus, dass in diesem Zeitraum 193 Menschen von Rechten getötet wurden. Das vom Bundesministerium des Innern (BMI) geführte Bundeskriminalamt (BKA) bewertete im Juni 2018 nur 83 Todesfälle durch rechte Täter.²

Harry Waibel weiter: „Nach meinen Recherchen sind 378 Kinder, Frauen und Männer von Oktober 1990 bis 2018 von Rechten getötet worden. Diese 378 Tötungen werden in der Weise bewertet, dass sich die politische Dimension aus den politischen Implikationen des Täters oder der Täter ergibt. Das Kriterium, ob die Täter aus politischen, also rassistischen bzw. sozialdarwinistischen Motiven heraus getötet haben, sind die Hinweise, die auf ihre politische, rechte Gesinnung zeigen. Dabei ist es unerheblich, ob sie einer rechten Gruppe angehören oder nicht.“

Auffällig unklar sind nicht nur die Opferzahlen, sondern auch die Ermittlungen nach den Tätern weisen viele Ungereimtheiten und Seltsamkeiten auf. Es ist inzwischen ein offenes Geheimnis, dass rechtsradikale Hasskrieger und staatliche Sicherheitsdienste in einer völlig intransparenten Beziehung zueinander stehen. Nicht zuletzt die Prozesse um den NSU und kürzlich die Vorgänge um die Bundeswehr-Elitetruppe KSK belegen das recht deutlich. Die in den letzten Jahrzehnten verstärkten antifaschistischen Recherchen bringen immer häufiger die offiziellen Darstellungen von Polizei und Geheimdiensten ins Wanken.

Rückblende CIA

1946 stellten die USA fest, dass sie über die russischen Streitkräfte und deren Kampftaktiken kein detailliertes Wissen besaßen. Aus Angst vor einer weiteren Ausbreitung der „kommunistischen Kräfte“ wurde 1948 der „National Security Council“ gegründet, der Minister des Landes und deren Berater umfasste und seine Aufgabe im Kampf gegen den Kommunismus sah. Wer kannte die Kommunist*innen besser als jene, die sich für deren Vernichtung eingesetzt hatten? Die Nazis.

Bereits 1946 hatte sich der Nazi-General Reinhard Gehlen als Überläufer angeboten. Als Chef der Abteilung „fremde Heere Ost“ hatte er in Osteuropa zahlreiche Antikommunisten im Kampf gegen die Rote Armee angeführt. Er schloss mit dem US-Nachrichtendienst einen Deal ab: Straffreiheit für die Übergabe seines gesamten Archivmaterials an die USA. So kam er auf die US-Gehaltsliste und begann in Pullach bei München für die neu gegründete „Organisation Gehlen“, kurz „Org“ genannt, mit der Rekrutierung von Mitarbeitern. Unter ihnen befanden sich auch zahlreiche Veteranen von SS, SD und Gestapo. Einige dieser

Leute wurden als Kriegsverbrecher gesucht und erhielten nun von der Org neue Identitäten und Papiere. So lange die Amerikaner weiter mit gutem Material versorgt wurden, stellten sie keine Fragen. Als Antikommunisten galten natürlich die ehemaligen Mitglieder der Waffen-SS und andere Nazi-Kollaborateure aus Litauen, Estland, Kroatien, Ungarn, Rumänien und der Ukraine, von denen zahlreiche wegen der Ermordung von Jüdinnen und Juden und anderer Verbrechen gesucht wurden. Über 12 000 wurden in die USA gebracht und erhielten nach fünfjähriger Dienstzeit in der US-Army die Staatsbürgerschaft der USA. Einige wurden in Fort Bragg als Guerillakämpfer ausgebildet und damit zum Vorläufer der heutigen Green Berets, der berühmten amerikanischen Kommandoeinheit.

Von Beginn an rekrutierte Gehlen im Auftrag der CIA auch die „stay behind“-Einheiten. Diese sollten sich bei einem Krieg in Europa überrollen lassen und dann als Kommandoeinheiten im Hinterland einen antikommunistischen Guerillakrieg entfesseln.

Dazu bildeten CIG-Instrukteure (der CIG war der Vorläufer der CIA) eine eigene Einheit aus den Technischen Dienst des BDJ (Bund Deutscher Jugend). Dessen Mitglieder, vorwiegend Veteranen der Waffen-SS und der Wehrmacht, übten mit Maschinengewehren, Handgranaten und Sprengstoff in Michelbach im Odenwald. Der Technische Dienst unternahm zwar auch Geheimdienstaktionen in der „sowjetischen Besatzungszone“, sah seine Hauptaufgabe jedoch darin, im Ernstfall „linke“ westdeutsche Politiker zu liquidieren. Unter der Anleitung des CIG infiltrierten einzelne Agenten die SPD und planten die Ermordung von über vierzig Spitzenfunktionären von DGB und SPD. Diese Aktivitäten fanden nach heutigem Erkenntnisstand ohne Information der deutschen Regierung unter Adenauer statt.

Als die Sache schließlich publik wurde, weil ein Dorfbewohner im Oktober 1952 eine Anzeige wegen Schießübungen im Wald erstattete und damit einen Skandal auslöste, versteckte das CIG den deutschen Hauptverantwortlichen, beschlagnahmte die Akten des BDJ und weigerte sich diese an das ermittelnde deutsche BKA herauszugeben. Der Justizminister Heinemann verbot daraufhin den Bund Deutscher Jugend. Erst 1953 nach ersten Beschlussvorlagen zur Gründung einer Armee wurde die Bundesregierung offiziell von den USA über diese Aktivitäten zur Vorbereitung auf den Tag „X“ unterrichtet.

Rückblende „Gladio“ (lat. Schwert)

Wozu diese mittlerweile in ganz Europa aktiven „stay behind“-Kommandos unter dem Namen „gladio“ fähig

waren, zeigte sich in den 60er und 70er Jahren in Italien. Als dort 1963 die Kommunistische Partei über 30 % der Stimmen erhielt, organisierten die Kommandos der Geheimarmee 14 Mordanschläge. Ziel war eine gesellschaftliche „Destabilisierung“, damit in der Bevölkerung der Eindruck entsteht, dass mit dem Aufstieg der Kommunisten ein sicheres Leben unmöglich wird. Der Ruf nach dem „starken Staat“ sollte unterstützt werden. Immer wurde versucht, die Anschläge als Werk „radikaler Linker“ darzustellen. Bei dem ersten Anschlag auf das Landwirtschaftsministerium starben 18 Menschen. 1972, nach dem Wahlsieg der KP im Jahr 1968, wurden drei Carabinieri erschossen. Der schwerste Anschlag erfolgte am 22. August 1980 im Bahnhof der „roten Metropole“ Bologna mit 85 Ermordeten und 200 verletzten Menschen.

Als 1981 das Verfahren wegen der drei ermordeten Polizisten von einem Staatsanwalt erneut aufgenommen wurde, weil man festgestellt hatte, dass die Munition und der Sprengstoff aus Nato-Beständen kamen, stieß man auf das Netzwerk. 1990 war dessen Existenz nicht mehr zu leugnen und es wurde ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingesetzt. Hier platzte dann die Bombe, als Ministerpräsident Andreotti vor laufender Kamera erklärte, dass es diese geheime Nato-Armee nicht nur in Italien, sondern seines Wissens auch in Belgien, der Schweiz und Deutschland gebe. Später, 15 Jahre nach dem Attentat, werden zwei Neofaschisten verurteilt. Aber erstmals werden auch zwei Agenten des Geheimdienstes verurteilt, weil sie die Ermittlungen massiv behinderten und Ermittlungsbehörden in die Irre führten.

Rückblende Oktoberfestattentat

Am 26. Oktober 1980, zehn Tage vor der anstehenden Bundestagswahl, explodierte auf dem Münchner Oktoberfest eine Bombe. Dreizehn Menschen starben und 200 wurden teilweise schwer verletzt. Der CSU-Kanzlerkandidat Strauß greift den Innenminister Baum (FDP) massiv an und gibt seiner liberalen Innenpolitik die Schuld. Bereits weniger als eine Woche später wird Gundolf Köhler als Attentäter benannt, ein verwirrter „Einzeltäter“. Als solcher gilt er bis heute. Später stellte dann ein Journalist fest, dass Köhler Mitglied der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ war, die sich an Wochenenden zu militärischen Wehrübungen im Wald traf. Gegen den Widerstand des Ministerpräsidenten Strauß verbietet der Innenminister Baum die Wehrsportgruppe. Interessant an dem Fall ist, dass ein gewisser „Langemann“ interne Ermittlungsdaten an ausgesuchte Journalisten

durchsticht, die alle die Behauptung eines Einzeltäters belegen sollen, der aus persönlichen Motiven handelte. Im Widerspruch dazu wird der Zeuge Terjung von einem Journalisten ausfindig gemacht, der drei Personen am Tatort sah. Der Zeuge verstirbt 32-jährig plötzlich. Ein anderer Zeuge, der seine neue Kamera ausprobieren wollte und viele Fotos vom Tatort machte, wird von der Polizei abgewiesen. Zeitungen der Wehrsportgruppe mit dem Titel „Kommando“ tauchen auf und Gundolf Köhler ist dort mit anderen „Kameraden“ auf dem Titelbild mit Stahlhelm zu sehen. Neben ihm steht ein „Kamerad“, der später in SS-Uniform Amok laufen wird. Er wird Passanten zurufen, dass er bei dem Attentat dabei gewesen war, bevor er sich selbst tötet.

Im Zuge der Ermittlungen wird das größte Sprengstofflager seit dem II. Weltkrieg gefunden. Der verhaftete Postbeamte Lembke gesteht, dass er 33 solcher Waffenverstecke angelegt habe. Er verlangt nach einem Gespräch mit einem ihm persönlich bekannten Bundesrichter und will danach ein umfassendes Geständnis ablegen. Am Tage darauf wird er tot in seiner Zelle aufgefunden.

Neu formierte Rekrutierungsszene

Im Unterschied zu den vorhergehenden Naziwellen wurden in den 1980/90er Jahren neue kulturelle Milieus erschlossen, die das Rekrutierungsfeld und die Resonanzbasis bilden: rechte Musikszene, Hooliganszene, Modeszene. Die Beteiligung an Wahlen tritt damit gegenüber der Medienpräsenz in den Hintergrund. Neu sind auch das offene Bekenntnis zur faschistischen Tradition und die Befürwortung des Terrors.

Der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) galt als neonazistische terroristische Vereinigung. Die Mitglieder Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe stammten aus Jena und lebten ab 1998 untergetaucht in Chemnitz und Zwickau. Sie ermordeten zwischen 2000 und 2007 neun Migranten und eine Polizistin, verübten 43 Mordversuche, drei Sprengstoffanschläge (Nürnberg 1999, Köln 2001 und 2004) und 15 Raubüberfälle. Die Zahl der an den Taten Beteiligten und ihrer lokalen, überregional vernetzten Unterstützer*innen ist umstritten. Ihr Umfeld wird auf 100 bis 200 Personen geschätzt, darunter V-Leute sowie Funktionäre rechtsextremer Parteien. Die Polizei ermittelte nicht in Richtung Rechtsterrorismus, sondern gegen die Angehörigen. Die Medien berichteten auf gleiche Weise. Der NSU wurde daher erst im November 2011 nach einem missglückten Banküberfall und der Selbsttötung der beiden Haupttäter bekannt. Zschäpe

brannte gleichzeitig ihre Zwickauer Wohnung ab und verschickte Bekennervideos.

V-Leute, die auf die rechtsextreme Szene im NSU-Umfeld angesetzt waren, waren jahrelang mit teils sechsstelligen Beträgen bedacht worden, die in rechten Gruppenkassen landeten. Das „Versagen der Behörden“ führte zu einer Krise der deutschen Sicherheitspolitik. Beamte des Verfassungsschutzes vernichteten nach Bekanntwerden des NSU relevante Akten, weshalb 2012 die Leiter des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) und der Landesbehörden Thüringens, Sachsens und Berlins zurücktraten. NSU-Untersuchungsausschüsse im Bundestag und in acht Landesparlamenten untersuchten den Einsatz von V-Leuten, Ermittlungsspannen, organisatorische Defizite und mögliche lokale Unterstützer*innen.

Die NSU-Untersuchungsausschüsse und die Nebenklage haben das systematische Versagen der Sicherheitsbehörden im Umgang mit Rechtsextremismus offenbart. Bis heute wurden diejenigen, die innerhalb des Verfassungsschutzes Beweise vernichtet und Spuren vertuscht haben, nicht belangt. Das Ermittlungschaos in Fällen wie dem rechtsextremen Bundeswehrsoldaten Franco A. oder dem Düsseldorfer Wehrhahn-Anschlag zeigen, dass die Sicherheitsbehörden ein intransparentes Eigenleben führen.

NSU 2.0

Seit August 2018 wurden Drohschreiben unter dem Absender „NSU 2.0“ versandt. Mehr als 115 dieser Schreiben mit Morddrohungen und Beleidigungen waren seither an Personen des öffentlichen Lebens, etwa an die heutige Ko-Vorsitzende der Partei Die Linke Janine Wissler, die Frankfurter Anwältin Seda Başay-Yıldız und die Kabarettistin İdil Baydar, gegangen. Als Täter präsentierten die Ermittler einen 53-jährigen Berliner. Die Ermittler betonten, der Festgenommene erwerbslose Deutsche sei „zu keinem Zeitpunkt Bediensteter einer hessischen oder sonstigen Polizeibehörde“ gewesen. Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU) nutzte diesen Umstand prompt, um der ihm unterstellten Behörde einen Persilschein auszustellen. Die Festnahme ist der erste vermeldete Erfolg nach zweieinhalb Jahren Ermittlungsarbeit. Sie wurde nur wenige Stunden vor der diesjährigen Pressekonferenz des Bundesinnenministers Horst Seehofer (CSU) zur „politisch motivierten Kriminalität“ vollzogen. Wieder wird ein verwirrter „Einzeltäter“ präsentiert. Wie dieser es vermochte, Mehrfachabfragen von internen Polizeidaten in Berlin und in Wiesbaden durchzuführen, sowie die Fra-

ge, wie der einzelne Täter aus Berlin an die neue amtlich gesperrte Adresse der Anwältin Seda Başay-Yıldız kam, bleiben bislang offen.

Was kommt als nächstes?

Rechter Terror wendet sich mittlerweile auch gegen Repräsentanten des Staates, wie der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) am 2. Juni 2019 belegt.

Die verwendeten Symbole, die Bekennertexte und die antifaschistischen Recherchen legen den Schluss nahe, dass eine Terrorinternationale in Europa agiert, die teilweise von staatlichen Behörden gefördert und gedeckt wird. Wer dabei wen benutzt, bleibt unklar. Es hat den Anschein, als ob rekrutierte Nato-Kommandos „aus dem Ruder“ laufen und auch Nachahmergruppen eine Rolle spielen.

Das vorerst letzte Kapitel erlebten wir Anfang Mai 2021 mit dem Prozess gegen den Bundeswehrsoldaten Franco A, dem „syrischen Flüchtling“ der einen Anschlag plante und nur entdeckt wurde, weil eine Putzfrau auf der Bahnhoftoilette eine Pistole fand.

Ein großes DANKE gebührt der nun schon Jahre andauernden Fleißarbeit von Luise Strothmann, Daniel Schulz und Sebastian Erb, die auch im Falle von Franco A. die Verbindungen dieses Nazis recherchierten.³ In den Prozessen gegen Rechte werden diese Verbindungen regelmäßig übergangen, da sie strafgesetzlich nicht relevant seien. Auch der Rechtsanwalt Mehmet Daimagüler hat bereits vielfach auf diese Aufklärungslücke bei deutschen Gerichtsverfahren aufmerksam gemacht und zu den haarsträubenden Ungereimtheiten im NSU-Prozess ein Buch veröffentlicht, das man nur empfehlen kann.⁴ Durch die Justizpraxis mutieren dann „Hasskrieger“ zu lauter „verwirrten Einzeltätern“.

1 <https://ezra.de/wissenschaftliche-ueberpruefung-zu-todesopfern-rechter-gewalt-in-thueringen-opferberatung-ezra-begruesst-die-initiative-von-fachpolitikerinnen-der-landesregierung/>

2 <https://www.tagesspiegel.de/politik/bundesregierung-korrigiert-zahlen-mehr-tote-durch-rechte-gewalt-seit-1990-als-bekannt/22700008.html>

3 <https://taz.de/Franco-A-und-seine-Verbindungen/!5772294/>

4 Mehmet Daimagüler: *Empörung reicht nicht! Unser Staat hat versagt. Jetzt sind wir dran. Mein Plädoyer im NSU-Prozess.* Bastei Lübbe, Köln 2017

EINE HISTORISCHE WENDE

Zumindest ein Tor zu einer historischen Wende ist aufgetan. Bemerkenswert u. a.: die Haltung von Vetëvendosje gegenüber den serbischen Minderheiten im Kosovo.

■ **Catherine Samary**

Von Nach ihrem erdrutschartigen Sieg am 14. Februar in den vorgezogenen Parlamentswahlen im Kosovo (1,8 Millionen Einwohner*innen, davon 90 Prozent Albaner*innen) hat die Partei Vetëvendosje (VV; „Selbstbestimmung“) am Sonntag, 4. April, die Konsolidierung ihrer institutionellen Macht abgeschlossen. Mit den rund 50 % der Stimmen, die sie im Februar erhalten hat, ließ sie alle aus früheren Phasen des Unabhängigkeitskampfes hervorgegangenen institutionellen Parteien weit zurück: zum einen die Parteien, deren Führer aus der ehemaligen kosovarischen Befreiungsarmee (UÇK) hervorgegangen waren, insbesondere die Demokratische Partei des Kosovo (PDK, 17,32 %) des ehemaligen Präsidenten Hashim Thaçi, der im November 2020 aufgrund einer Anklage wegen Kriegsverbrechen zurückgetreten ist; zum anderen aber auch die Mitte-rechts-Partei Demokratische Liga des Kosovo (LDK, 13,18 %) des verstorbenen Präsidenten und Pazifisten Ibrahim Rugova (vgl. Kasten „Historische Daten ...“, 2. Abs.). Mit 58 Sitzen (von 120) hat Vetëvendosje (VV) im neuen Parlament massive Stimmenanteile der ausgewanderten Kosovar*innen und der Frauen erhalten. Derzeit sitzt die Partei an den Schaltstellen der Macht: Der Parlamentsvorsitz ist ihr von Rechts wegen zugefallen und ihr charismatischer Führer Albin Kurti (42) konnte am 22. März als neuer Premierminister die Regierung bilden. Anschließend galt es allerdings noch, die Präsidentschaft des Landes, für die eine qualifizierte Mehrheit im Parlament erforderlich ist, zu gewin-

nen – und dies trotz des Boykotts der Opposition. Im Falle eines Scheiterns nach drei Wahlgängen hätte das Land erneut Parlamentswahlen abhalten müssen. Als Kandidatin präsentierte VV die bekannte Juristin und Feministin Vjosa Osmani (38), die durch ihre Unterstützung der Kampagne gegen Korruption und dadurch, dass sie ihre Partei (LDK) verlassen hatte, wesentlich zum Sieg der Partei in den Wahlen von Februar beigetragen hatte. Am 4. April wurde Vjosa Osmani schließlich zur Präsidentin gewählt, mit Unterstützung von VV, der ethnischen Minderheiten sowie von drei Abgeordneten ihrer früheren Partei LDK.

Jetzt steht VV vor der Aufgabe, die Hauptpunkte ihrer Wahlkampagne gegen Korruption und für soziale Rechte umzusetzen – in einer Zeit, in der die Pandemie etwa 1800 Tote gefordert hat und die wirtschaftliche, soziale und gesundheitliche Krise eines der ärmsten Länder des Kontinents verschärft: Im Kosovo beträgt der Durchschnittslohn rund 500 Euro und die Arbeitslosenquote der jungen Menschen liegt bei etwa 50 %, was sehr viele von ihnen zwingt, in die Schweiz oder nach Deutschland zu emigrieren.

Die ganze Situation ist eng mit dem unsicheren internationalen Status des Kosovo verknüpft, dessen Parlament sich 2008 für die Unabhängigkeit ausgesprochen hat.

Welcher Status?

Serbien hat die Unabhängigkeitserklärung mit der Begründung abgelehnt, der Kosovo sei im ehemaligen Ju-

goslawien keine Republik, sondern eine Provinz Serbiens gewesen. Die Befürworter*innen der Unabhängigkeit hingegen argumentieren (unter anderem), der Kosovo habe unter dem Regime von Tito in der Verfassung von 1974 den Status einer Quasi-Republik erlangt – ein Status, der dem Kosovo im Kollegialpräsidium die gleichen Rechte wie den Republiken und eine von Belgrad unabhängige Verwaltungsautonomie einräumte. Aber die Befürworter*innen betonten auch, die Resolution 1244 (die eine direkte Konfrontation mit Belgrad explizit verhindern wollte) sei nach dem Ende der Serbien-Montenegro-Union hinfällig geworden. Belgrad beruft sich jedoch weiterhin darauf (mit Unterstützung Russlands im UN-Sicherheitsrat) und tritt für eine umfassende Autonomie des Kosovo innerhalb Serbiens ein. Im Hintergrund der verlogenen Pokerspiele war die Belgrader Führung in Wahrheit schon seit den Rambouillet-Verhandlungen (1999), auf deren Scheitern der NATO-Krieg folgte, bereit, den Albaner*innen weitgehende Autonomie zuzugestehen, damit sie die „autonomen“ öffentlichen Einrichtungen und Dienste des Kosovo (Gesundheit und Bildung) selbst organisierten und finanzierten! Diese „Abtretung“ ging mit einem Gerede über „historische Souveränität“ einher, in Wirklichkeit aber galt das Interesse dem Norden des Kosovo: Es ging darum, den Besitz am Trepça-Bergbaukomplex zu kontrollieren, der mit den größtenteils serbischen Gemeinden und mit großen Resten des orthodoxen Patriarchats verbunden ist (auch die Nazis wollten diesen Komplex während der Aufteilung Jugoslawiens im Zweiten Weltkrieg in ihren Händen behalten). Alle finanziellen, kommerziellen, politischen und repressiven Maßnahmen (einschließlich der Ermordung widerspenstiger serbischer Führer), die von Belgrad seit den 2000er-Jahren ergriffen wurden und Gegenstand der Verhandlungen mit Prishtina bildeten, haben die Macht über diesen nördlichen Teil des Kosovo zum Ziel.

Bisher wird die Unabhängigkeit des Kosovo, die von Belgrad abgelehnt wird, auch von der UNO nicht anerkannt (wohl aber von 93 ihrer 193 Mitglieder¹). Auch die EU erkennt die Unabhängigkeit offiziell nicht an (obwohl nur fünf Mitglieder dagegen sind: Zypern, Spanien, Griechenland, Rumänien und die Slowakei). Stattdessen hat sich die EU für einen „pragmatischen“ Weg entschieden (Vermeidung der „Status“-Diskussion) und nutzt das Zuckerbrot der Mitgliedschaft als Druckmittel, um die Führungen in Belgrad und Prishtina dazu zu bringen, sich um Verständigung zu bemühen. In diesem Sinne hat die EU den Kosovo auch ausdrücklich in den „Stabilisierungs-

und Assoziierungsprozess“ einbezogen, den sie seit dem Ende des NATO-Krieges mit den sogenannten „Westbalkanstaaten“ betreibt (und der 2003 auf dem Gipfeltreffen in Thessaloniki bestätigt wurde). Friedliche Beziehungen zwischen den Nachbarn bilden Teil der „Roadmap“, insbesondere mit Blick auf eine Freihandelszone.

Wie hat sich Vetëvendosje politisch entwickelt?

Die Partei wurde 2004 während des Protektorats als Nachfolgerin eines Netzwerks für mehr direkte Demokratie (Kosovo Action Network) gegründet. Damals hatte sie ein „ethno-nationalistisches“ Profil und befürwortete die Vereinigung mit Albanien (nicht ohne Nostalgie für die Zeit von Enver Hodscha). 2010 nahm die Partei zum ersten Mal an den Parlamentswahlen des Kosovo teil und erhielt 12,7 % der Stimmen. Mit 14 von 120 Abgeordneten nahm sie den dritten Platz auf der politischen Bühne des Kosovo ein, noch vor der Allianz für die Zukunft des Kosovo (AAK) des ehemaligen Premierministers Ramush Haradinaj. 2014 wurde der Vizepräsident von VV in den Lokalwahlen von Prishtina, der Hauptstadt des Kosovo, zum Bürgermeister gewählt. Damit begann sich die Partei mit ihren konkreten linken Ansprüchen stark in der Basisarbeit zu verankern.

Ihr Diskurs wandte sich vermehrt sozialen Themen zu und beinhaltete eine systematische Verurteilung der Korruption, wobei auch diejenigen nicht ausgeklammert wurden, die als Verbündete im Befreiungskampf des Landes lange Zeit nicht kritisierbar waren. Aufsehenerregende und wiederholte Aktionen in diesem Bereich sorgten dafür, dass die Partei zunehmend Beachtung erhielt. Außerdem stellte sich VV gegen eine Politik, die Bevölkerungstransfers entlang neuer ethnischer Grenzen als Bedingung für die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo durch Belgrad befürwortete.

Unter Zurückweisung dieser Logik entwickelte VV eine Politik der demokratischen Volkssouveränität, die auf die konkreten Bedürfnisse der Bevölkerung des Kosovo einging und sich auch an die verschiedenen Minderheiten, insbesondere die Kosovo-Serben, wandte: Die Bemühung um Verständigung mit ihnen hatte Vorrang vor „Vereinbarungen“ mit Belgrad. Weitere Glaubwürdigkeit erhielt der Diskurs von VV sicher auch durch die Unnachgiebigkeit gegenüber den angeklagten ehemaligen Anführern des bewaffneten Kampfes.

Der jetzige Wahlsieg folgt also nach mehreren Jahren, in denen sich die Partei durch ihre Erfolge bei den Kommunalwahlen lokal verwurzeln konnte, insbesondere in

Prishtina; aber auch nach einer knappen Mehrheit bei den Parlamentswahlen von 2019, die es Albin Kurti ermöglichen, im Rahmen einer prekären Allianz von VV mit der Mitte-rechts-Partei LDK Regierungsverantwortung zu übernehmen. Albin Kurti stand jedoch nur etwa 50 Tage an der Spitze der Regierung, aber lange genug, um die Bevölkerung mit seiner schwach umgesetzten Sozialpolitik zu enttäuschen. Es war ein von der LDK angestoßenes Misstrauensvotum, das ihn im März 2020 zu Fall brachte. Im Hintergrund: Kurtis spektakuläre Aktionen zu Grenzfragen, die im Zusammenhang mit den Geheimverhandlungen des ehemaligen Präsidenten Thaçi mit Belgrad standen (und Kurti eine Verurteilung einbrachten).

Eine neue Phase: Versprechen und Unsicherheiten

Werden die neuen Kräfteverhältnisse VV erlauben, ihr Programm unabhängiger umzusetzen?

VV hat viele Versprechungen gemacht: Auflösung der Privatisierungsagentur, Schaffung eines Staatsfonds zur Verwaltung öffentlicher Unternehmen, Erlass der Studiengebühren, Elternurlaub und Sozialleistungen, insbesondere für alleinerziehende Mütter und ältere Menschen. Die Partei erhielt massive Stimmenanteile aus der Diaspora (ein Drittel der Bevölkerung, das 60 % des Staatsbudgets einbringt) und von Frauen (61 % gegenüber 47 % der Männer), was vor allem dem Mitwirken von Vjosa Osmani zu verdanken ist, die inzwischen zur neuen Präsidentin gewählt wurde. Albin Kurti erklärt, er wolle mit ihr „das alte Regime beseitigen“, also das, was er das „Establishment“ der institutionellen Parteien nennt. Er verspricht, wichtige soziale Bedürfnisse zu erfüllen, einschließlich der Impfung des größten Teils der Bevölkerung innerhalb eines Jahres. Ob Serbiens großzügige Verteilung von Impfstoffen an seine Balkan-Nachbarn wohl als Instrument des „Dialogs“ mit Prishtina dient?

Albin Kurti hat sich dafür ausgesprochen, den Kosovo mit dem gesamten Westbalkan als Block in die EU zu integrieren. Doch diese Logik steht im Gegensatz zu den praktischen Leitlinien der EU. Kurtis Bündnis mit der neuen Präsidentin Vjosa Osmani zeugt zumindest davon, dass in der politischen Szene ein dreifacher Umbruch stattgefunden hat: der Aufstieg der Frauen (Präsidentin, hohe Wahlbeteiligung, ein Drittel der Abgeordneten im Parlament), ein Generationenwechsel mit einem Führungsduo in den 40ern und das Ende der Herrschaft der „Kommandanten“. Gleichzeitig steht die Partei aber vor drei ebenso großen Herausforderungen:

Erstens: Wie wird VV intern funktionieren? In der letzten Zeit kam es zu Richtungsstreitigkeiten, die durch personenbezogene Konflikte intransparent wurden. 2018 führte dies zu einer „Selbsterstörung der Partei“, da keine demokratischen Verfahren vorhanden waren, um Meinungsverschiedenheiten auszutragen, insbesondere in Bezug auf den Hauptvorsitzenden Albin Kurti. Die internen Abläufe einer Partei, die an der Macht ist, haben normalerweise sofort sichtbare Auswirkungen, besonders auf ihre Beziehungen zu den Verbündeten und zu der „Zivilgesellschaft“, die sie gewählt hat.

Zweitens: Werden die sozialen Versprechen umgesetzt und mit welchen Mitteln? Diese Frage hängt auch mit der internationalen Abhängigkeit des Landes von der EU und den USA zusammen – und damit auch mit dem unsicheren „Status“ des Kosovo.

Drittens und mit diesem Thema verknüpft: Wie wird VV die „Souveränität“ des Kosovo verteidigen, insbesondere in Bezug auf die sozialen Rechte? Daraus ergeben sich politische und sozioökonomische Fragen, die verschiedene territoriale Ebenen betreffen.

Die ehemaligen Angestellten der Trepça-Minen, Albaner oder Serben, stehen ohne Gewerkschaft da, die ihre Rechte verteidigen könnte. Auch die Bergarbeiter im benachbarten Albanien haben nach dreißig Jahren Privatisierung das gleiche Problem und versuchen, mit der Gründung einer neuen Gewerkschaft zu reagieren. Doch jenseits der Gewerkschaftsbewegung: Wer waren und wer sind die „rechtmäßigen Eigentümer“ dieser „Gemeingüter“? Die Privatisierungen, die nach 1989 in den ehemaligen, sich als sozialistisch bezeichnenden Ländern durchgeführt wurden, waren nicht nur ungerechtfertigt, sondern – gemäß den damaligen Verfassungen – auch gesetzeswidrig. Dieser Umstand wird in der Bilanzierung dieser Periode meist ausgeblendet, taucht allerdings in vielen Konflikten immer wieder auf. Dem von der EU angestrebten wettbewerbsorientierten „Freihandel“ könnten diverse Alternativen der „Vergesellschaftung“ von Ressourcen und Rechten entgegengestellt werden.

VV hat eine Überprüfung der Privatisierungen versprochen, aber wie?

Übersetzung: A. W.

1 Sieh dazu https://de.wikipedia.org/wiki/Internationale_Anerkennung_des_Kosovo. Wikipedia sieht Stand heute 115 die Unabhängigkeit anerkennende Staaten. [Anm. d. Red.]

HISTORISCHE DATEN UND WICHTIGE INSTITUTIONELLE PARTEIEN ...

1989 hebt der serbische Präsident Milošević den Status als Quasi-Republik auf, der dem Kosovo in der Verfassung von 1974 zuerkannt worden war. Die Albaner*innen dieser autonomen Provinz Serbiens beschließen den Boykott aller offiziellen Institutionen, die fortan durch Belgrad kontrolliert werden. Ab 1991 konkretisiert sich die Zerschlagung von Titos Jugoslawien (Tito starb 1980) mit den Unabhängigkeitserklärungen der ehemaligen Republiken (mit Ausnahme von Montenegro und Serbien, die in einer jugoslawischen Rumpfföderation verbunden bleiben).

1. Die Demokratische Liga des Kosovo (LDK) an der Spitze des pazifistischen Widerstands

Die Mitte-rechts-Partei LDK wird 1989 von Ibrahim Rugova gegründet. Der „Gandhi des Balkans“ ist Schriftsteller und ehemaliges Mitglied des Bundes der Kommunisten. Im September 1991 rufen die Kosovo-Albaner*innen (nach einem geheimen Referendum) die „Republik Kosovo“ aus. Sie organisiert sich durch eine Verdoppelung aller offiziellen Institutionen, mit parallelen Schulen und Gesundheitseinrichtungen sowie Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Ibrahim Rugova wird zum Präsidenten gewählt und hofft auf die internationale Anerkennung der „Republik Kosovo“ in einem Kontext von „weder Frieden noch Krieg“.

2. Vom bewaffneten Kampf der UÇK (Kosovo-Befreiungsarmee) zur PDK (Demokratische Partei des Kosovo)

Angesichts der internationalen Anerkennung, die Milošević im Rahmen des Dayton-Abkommens 1996 erhält (das Abkommen beendet die dreijährige ethnische Säuberung Bosnien-Herzegowinas und gibt dem Land eine neue Verfassung), wird Rugovas pazifistische Strategie von der „Volksbewegung für den Kosovo“ kritisiert. Die Bewegung beschließt, zum bewaffneten Kampf überzugehen, und gründet die Kosovo-Befreiungsarmee UÇK. Diese versucht, die Solidarität der Dörfer zu gewinnen, um gemeinsam Widerstand gegen die Repression Belgrads zu leisten. Später bemüht sie sich auch um die Unterstützung der USA. Letztere betrachten die Guerillakämpfer zunächst als „Terroristen“, dann als Vertreter des Unabhängigkeitskampfes. Nach dem Scheitern der Verhandlungen von Rambouillet fungiert die UÇK 1999 vor Ort als bewaffneter Flügel der NATO.

Am 14. Mai 1999 wird die Demokratische Partei des Kosovo (PDK) als politisches Pendant der UÇK gegründet.

3. Vom Protektorat Kosovo in Rumpf-Jugoslawien zur Unabhängigkeit

Nach drei Monaten eines nicht erklärten NATO-Krieges beendet die von Belgrad unterzeichnete Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates (inklusive Moskau) den Konflikt und errichtet (mit der UNO) ein voraussichtlich provisorisches internationales Protektorat (an dessen Kontrollinstitutionen die NATO, die UNO und die EU in veränderlicher Gewichtung beteiligt sind). Der Kosovo erhält dabei einen Autonomiestatus als „Provinz Jugoslawiens“ (um zu vermeiden, dass er unter direkte serbische Herrschaft gelangt). Dieser Status wird hinfällig, als Montenegro im Jahr 2006 seine Unabhängigkeit erklärt. Im Februar 2007 präsentiert der UN-Sondergesandte Martti Ahtisaari einen Lösungsplan für die Unabhängigkeit des Kosovo unter internationaler Aufsicht. Der Vorschlag stößt auf das Veto von Belgrad (das die Anwendung der Resolution 1244 im neuen Kontext fordert, also mit einer Autonomie des Kosovo innerhalb Serbiens). Im Februar 2008 nimmt das kosovarische Parlament die Bedingungen des Ahtisaari-Plans an und erklärt die Unabhängigkeit des Landes, unterstützt von den USA und einem großen Teil der EU-Mitgliedstaaten.

4. Die PDK liegt bis 2007 hinter der LDK auf dem zweiten Platz, dann wird sie die erste Partei im Land, die angesichts der endgültigen Auflösung der Föderation die Hinfälligkeit des Autonomiestatus in einem jugoslawischen Rahmen zum Ausdruck bringt.

Ab 2016 werden mehrere Dutzend ihrer Mitglieder wegen Korruption und Kriegsverbrechen angeklagt. Die PDK steht zudem im Verdacht, politische Morde an Mitgliedern der LDK angeordnet zu haben, und wird vom Europarat beschuldigt, während des Krieges gegen Serbien (1999) am Handel mit Organen von Gefangenen beteiligt gewesen zu sein. Ihr Vorsitzender Hashim Thaçi, einer der Kommandanten der UÇK, wird zum Präsidenten der Republik gewählt und bekleidet dieses Amt vom 7. April 2016 (nach drei Wahlgängen ohne ausreichende Mehrheit) bis zum 5. November 2020, als er nach der Anklage durch den Kosovo-Sondergerichtshof (KSC) in Den Haag zurücktreten muss. (Der KSC ist ein kosovarischer Rechtsorgan, das sich aus internationalen Richter*innen zusammensetzt. Es hat seinen Sitz in Den Haag, um die Zeugen zu schützen, ist aber mit der Untersuchung von Verbrechen beauftragt, die von kosovarischen Unabhängigkeitskämpfern hauptsächlich gegen Serben, Roma und kosovarische Gegner der Unabhängigkeitsguerilla begangen wurden.)

... DES KOSOVO

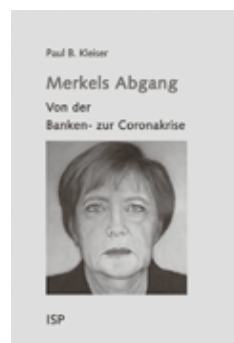
5. Die rechtsgerichtete Allianz für die Zukunft des Kosovo (AAK) wird am 29. April 2001 als Ergebnis eines Mehrparteienbündnisses gegründet.

Ihr Vorsitzender ist Ramush Haradinaj, einer der historischen Führer und ehemaliger hochrangiger Offizier der UÇK. Haradinaj wird 2004 nach der Bildung einer Koalition mit der LDK zum Premierminister gewählt. Nach drei Monaten muss er wegen einer Anklage durch den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) zurücktreten. Er wird 2012 (in der Berufung) freigesprochen und erlangt im September 2017 erneut das Amt des Ministerpräsidenten, an der Spitze einer Koalition aus fünf Parteien, darunter die Serbische Liste (SL), die in den mehrheitlich serbischen Gemeinden im Norden des Landes verankert ist und im Ruf steht, von Belgrad gelenkt zu werden. Im Juli 2019 erklärt Haradinaj seinen Rücktritt, nachdem er vom KSC wegen Verdachts auf Kriegsverbrechen vorgeladen wurde.

CATHERINE SAMARY

ist Mitglied des Internationalen Komitees der Vierten Internationale. Sie hat unter anderem folgende Werke veröffentlicht: *Le Marché contre l'autogestion – L'expérience yougoslave* (Publisud/La Brèche, 1988); *La Fragmentation de la Yougoslavie* (IIRE d'Amsterdam, Cahiers d'Études et de Recherches n° 19/20, 1992); *La Déchirure yougoslave, questions pour l'Europe* (l'Harmattan, 1994), in deutscher Übersetzung: *Die Zerstörung Jugoslawiens – Ein europäischer Krieg* (Neuer ISP Verlag, Köln 1995); *Les Conflits yougoslaves de A à Z* (avec Jean-Arnault Dérens, éditions de l'Atelier, 2000); *Yougoslavie : de la décomposition aux enjeux européens* (éditions du Cygne, 2008); *D'un communisme décolonial à la démocratie des communs* (éditions du Croquant, 2017). Siehe auch ihre Artikel über Ex-Jugoslawien auf <http://csamary.fr>.

Neu bei ISP



Paul B. Kleiser

Merkels Abgang Von der Corona- zur Bankenkrise

188 Seiten, 19,80 Euro
ISBN 978-3-89 900-158-7
lieferbar

Nach langen sechzehn Jahren geht die Ära Angela Merkel zu Ende. Der frühere Bundesumweltminister Klaus Töpfer nannte sie »eine Karriere aus dem Nichts heraus«. Als Merkel Nachfolgerin von Gerhard Schröder wurde, hätte niemand auf eine so lange Kanzlerschaft gewettet.

Als im Jahre 2000 das Beben um die schwarzen Kassen den »schwarzen Riesen« aus der Pfalz in seiner Glaubwürdigkeit tief erschütterte, ergriff die Generalsekretärin Angela Merkel (Helmut Kohls »Mädchen«) die Gelegenheit und rechnete in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mit den Praktiken der CDU ab. Jahrzehntlang hatte Kohl am Parteiengesetz vorbei Pfründe verteilt, ohne dass sie im Rechenschaftsbericht zum Vorschein kamen. Kohls »natürlicher Nachfolger« Wolfgang Schäuble, von 1984 bis 1989 Bundesminister für besondere Aufgaben und 1998 bis 2000 auch Parteivorsitzender der CDU, musste zurücktreten, weil er illegal Gelder des Waffenhändlers Schreiber angenommen hatte. Dadurch wurde der Weg für Angela Merkel als Parteichefin frei.

Sie regierte in einer Zeit starker Krisen, angefangen von der Banken- und Finanzkrise ab 2007 mit dem Zusammenbruch vieler Banken im Gefolge der Pleite von Lehman Brothers, über die Eurokrise, den »Arabischen Frühling« und die Flüchtlinge 2015 bis hin zur Corona-Krise ab 2019..

Neuer ISP Verlag GmbH

☎ (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

NACHRUF

SAID

Liebe Freunde und Freundinnen,
am Sonntag, 16. Mai 2021 ist unser Freund SAID gestorben. SAID war einer der größten – wenn nicht der größte – lebende Dichter deutscher Zunge. Und gleichzeitig einer der ersten Migranten, die in deutscher Sprache schrieben.

„in unserem dürrer exil/
wollte niemand meine persischen gedichte./
es waren nur kampffieder/
angesagt in unserem kreis –/
da nahm ich zuflucht/
zur deutschen sprache;/
die mich aufnahm/
so gastlich sie konnte.“

SAID war auch längere Jahre – zwischen 1995 und 2002 – Vorsitzender des deutschen PEN-Zentrums.

SAID wurde 1947 in Teheran als Sohn eines Offiziers geboren und kam 1965 zum Deutschstudium in die BRD. Im Zuge der Studentenbewegung politisierte er sich, weil er einer derjenigen war, die den Mythos des „Schahs von Persien“ und seiner Frau Farah Diba kritisch auseinandernahmen. Und die deutschen Wirtschaftsinteressen im Iran (Daimler) thematisierten. Deswegen konnte er nicht in seine Heimat zurück. Er engagierte sich in der Studentenbewegung und in der Münchener Linken.

Als 1979 das Schahregime gestürzt wurde, ging er für einige Woche in sein Heimatland zurück. Doch er musste schnell erkennen, dass die Religiösen die Oberhand behalten würden und für ihn Gefahr für Leib und Leben bestand. Dennoch blieb er einer der besten Kenner der inneren politischen und sozialen Entwicklungen im Iran hierzulande.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

Paul B. Kleiser



Neu bei ISP



John Tully

Teufelsmilch

Eine Sozialgeschichte des Gummis

Aus dem Englischen
von Klaus E. Lehmann
482 Seiten, Hardcover, 29,80 Euro
ISBN 978-3-89900-144-0
lieferbar

Für die moderne Welt ist Gummi genauso wichtig wie Öl oder Stahl. Dies zeigt sich schon an der Bedeutung internationaler Großkonzerne wie Michelin, Firestone oder Goodyear, die den Weltmarkt genauso beherrschen wie die Öl- oder die Automobilkonzerne. Es erstaunt daher, dass es bislang keine größere kritische Geschichte dieses Rohstoffs und seiner Herstellung gab. Dabei war Kautschuk lange eine der wichtigsten Kolonialwaren, die in Indochina, Südamerika oder dem Kongo unter äußerst brutalen Bedingungen gefördert wurden. Auch Häftlinge der Nazis mussten in den Konzentrationslagern synthetischen Gummi für die IG Farben fertigen. »Teufelsmilch« zeigt beispielhaft, wie der Kapitalismus bei der Ausbeutung von Mensch und Natur keine Grenzen kennt.

Neuer ISP Verlag GmbH

☎ (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

NINA GLADITZ

(1946–2021)

Vor kurzem verstarb die aus Kirchzarten bei Freiburg stammende Filmemacherin Nina Gladitz in Schwäbisch Gmünd. Sie wurde 1976 in jungen Jahren einem großen Publikum bekannt, als ihr Film *Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv* (und das Buch dazu) über den Kampf gegen das geplante Kernkraftwerk Wyhl am Kaiserstuhl herauskamen. In Wyhl begann 1974 in der BRD der Kampf gegen die Atomkraft, wobei sich die Menschen der Rheinebene im „Dreiländereck“ bereits auf Erfahrungen der Elsässer (Fessenheim) und der Schweizer (Kaiseraugst) stützen konnten. Über die Grenzen hinweg fand eine intensive Zusammenarbeit statt. Der Film dokumentierte die Brutalität der Polizei, die auf Anordnung der Landesregierung Baden-Württembergs mit Wasserwerfern, Hunden, Stacheldraht und Hubschraubern gegen die Demonstrant*innen vorging. Doch diese Methode erwies sich gegen eine örtliche, vor allem bäuerliche und handwerkliche Bevölkerung als schwerer Fehlschlag; die Regierung Hans Filbinger bzw. ab 1978 Lothar Späth musste das Projekt schließlich aufgeben. Wyhl war auch der Ausgangspunkt des Widerstandes gegen den Bau der AKWs im Norden, z.B. Grohnde und Brokdorf. Den Höhepunkt der Mobilisierungen stellte die Verhinderung der geplanten WAA in Wackersdorf in der Oberpfalz dar. Der Film *Wackersdorf* (Regie: Oliver Haffner, 2018) setzt der Bewegung und dem dortigen Landrat und WAA-Gegner Hans Schuirer ein Denkmal.

Nina Gladitz hatte an der Münchner Hochschule für Film und Fernsehen (HFF) Dokumentarfilm studiert. Sie arbeitete zeitweilig für den WDR, später dann für 3SAT. Ihr agitatorischer Film über Wyhl – eine der interessantesten Arbeiten über den Kampf gegen die AKWs – wurde später als DVD in den Band 18 der „Bibliothek des Widerstandes“ aufgenommen. (Laika Verlag).

1982 kam ihr Film *Zeit des Schweigens und der Dunkelheit* heraus, in dem sie sich – und das sollte ein bisschen ihr zweites Lebensthema werden – mit der Nazi-Regisseurin Leni Riefenstahl (1902–2003) befasste, die nach dem Krieg als „Mitläuferin“ eingestuft worden war. Riefenstahl hatte für ihren Film „Tiefland“ (der erst nach Kriegsende in die Kinos kam) Sinti und Roma aus dem Lager Maxglan als Statisten in ihren Film geholt, die sie nicht bezahlte und

die danach großenteils in Auschwitz ermordet wurden. Leni Riefenstahl war die Regisseurin der Nazi-Filme „Triumph des Willens“ über den Nürnberger Parteitag, sowie der beiden „Olympia-Filme“. Sie war überzeugte Parteigängerin Hitlers, den sie mehrfach auf dem Obersalzberg traf, und hatte allzeit Zugang zu den Nazi-Größen. Der avantgardistische Kameramann Willy Zielke fotografierte einen Teil der Aufnahmen der Olympia-Filme. Auch an „Tiefland“ arbeitete Zielke mit. Doch seinen Namen sucht man in den Credits vergeblich.

Kurz vor ihrem Tod gelang es Nina Gladitz noch, ihr Buch *Leni Riefenstahl: Karriere einer Täterin* fertigzustellen und im Züricher Orell Füssli Verlag herauszubringen.

Paul B. Kleiser



Internationaler Aufruf: Schluss mit dem System der privaten Patente!

Auf Initiative des Internationalen Komitees für die Abschaffung der illegitimen Schulden CADTM haben zweihundertfünfzig Organisationen, Gewerkschaften, NGOs und andere Bewegungen, die auf allen Kontinenten aktiv sind, den folgenden internationalen Aufruf unterzeichnet.

Dank enormer wissenschaftlicher Anstrengungen, die auf internationaler Zusammenarbeit und historischen Summen öffentlicher Gelder beruhen, konnte die Menschheit in weniger als einem Jahr mehrere wirksame Impfstoffe gegen COVID-19 entwickeln. Damit diese große Errungenschaft jedoch nicht von der Profitgier der Pharmaindustrie zunichte gemacht wird, müssen die von der Mehrheit der Bevölkerung geforderten außergewöhnlichen Maßnahmen auch für die private Pharmaindustrie gelten. Vorrangig geht es dabei um die Aufhebung aller Patente zur Bekämpfung oder Eindämmung von COVID-19.

Doch dabei dürfen wir nicht stehen bleiben. Initiativen wie COVAX oder C-TAP sind kläglich gescheitert, weil sie zu kurz greifen und vor allem, weil sie das Versagen des global (vor)herrschenden Systems widerspiegeln, in dem die reichen Länder und multinationalen Konzerne, oft in Form von Stiftungen, versuchen, die Weltordnung nach ihrem Gusto umzugestalten. Philanthropie und die Zunahme öffentlich-privater Initiativen bieten keine Lösung, erst recht nicht für die globalen Herausforderungen in einer Welt, die von Staaten und Industrien beherrscht wird, für die nur Marktlogik und Profitmaximierung zählen.

Die Gesundheitskrise ist weit davon entfernt, gelöst zu sein. Das kapitalistische System und die neoliberale Politik tragen dafür die durchgängige Verantwortung. Die Wurzel dieses Virus liegt in der ungezügelter Transformation der Beziehung zwischen der menschlichen Spezies und der Natur. Umwelt- und Gesundheitskrise sind eng miteinander verwoben und werden durch dieselbe räuberische, neoliberale Logik weiter verschärft, die darauf nur mit privat- und konkurrenzwirtschaftlichen Mechanismen reagiert und damit noch mehr Ungleichheit, Leid und Tote produziert, um die Interessen einiger weniger Privilegierter zu sichern.

Die Pandemie hat die soziale Ungleichheit und andere gefährliche Entwicklungen weiter verschärft, unter denen die arbeitenden Klassen, insbesondere Frauen und rassistisch deklarierte Menschen, am meisten leiden. Frauen stellen die Mehrheit des Gesundheitspersonals, das bei der Pandemie an vorderster Front steht, und sie sind auch am stärksten von den Kürzungen der öffentlichen Dienste und der sozialen Rechte und deren Bewältigung betroffen.

Gesundheit, Zugang zur Krankenversorgung und zu Impfungen sind universelle Menschenrechte. Impfstoffe sind daher ein globales öffentliches Gut und die Patente zu ihrer Herstellung müssen dringend aufgehoben werden. Zugleich müssen Schritte zur Verstaatlichung der privaten Pharmaindustrie und zum zügigen Aufbau einer öffentlichen Pharmaindustrie in allen Ländern unternommen werden. Es bedarf einer öffentlichen Planung der Impfstoffproduktion und -verteilung, nach Möglichkeit durch den Ausbau lokaler Produktionskapazitäten, gegebenenfalls ergänzt um verbindliche Maßnahmen internationaler Solidarität.

Da Viren keine Grenzen kennen, darf auch der Kampf gegen sie keine haben. Wir begrüßen daher die Bemühungen Kubas, Impfstoffe und Behandlungen gegen die Pandemie zu entwickeln, um sie der ganzen Menschheit zur Verfügung zu stellen. Gesundheit ist keine Ware. Wir müssen daher schnell und energisch handeln, um weltweit einen gleichen und uneingeschränkten Zugang zu einer hochwertigen Gesundheitsversorgung zu gewährleisten.

Aus all diesen Gründen fordern wir

- Aussetzung privater Patente auf alle Technologien, Kenntnisse, Behandlungen und Impfstoffe im Zusammenhang mit COVID-19.
- Abschaffung der Geschäftsgeheimnisse und Offenlegung der Produktionskosten und der (indirekten) öffentlichen Subventionen in verständlicher und allgemein zugänglicher Form.
- Transparenz und öffentliche Kontrolle in allen Phasen der Impfstoffentwicklung.
- Universeller und kostenloser Zugang zu Impfungen und Behandlungen.
- Enteignung und Vergesellschaftung der privaten Pharmaindustrie unter öffentlicher Kontrolle als Grundlage für ein universelles öffentliches Gesundheitssystem.
- Ausbau des öffentlichen und wohnortnahen Gesundheits- und Pflegewesens mit mehr Personal, höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen.
- Besteuerung der Vermögen und Einkommen der Reichsten, um die Kosten der Pandemiebekämpfung zu finanzieren und einen sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Ausstieg aus den verschiedenen Krisen des globalen Kapitalismus zu gewährleisten.
- Aussetzung der Schuldenzahlungen für die Dauer der Pandemie und die Streichung der illegitimen Schulden und solcher, die zur Finanzierung des Kampfes gegen das Virus aufgenommen wurden.

Quelle: <https://www.cadtm.org/End-the-system-of-private-patents>